



Stenografischer Bericht

– ohne Beschlussprotokoll –

öffentlich

Teil 2

19. Sitzung – Hauptausschuss

5. Anhörung: Legitimität der Maßnahmen: Politikwissenschaften, Soziologie

27. Februar 2026 – 14:12 bis 17:20 Uhr

Anwesende:

Vorsitz: Holger Bellino (CDU)

CDU

Dirk Bamberger
Birgit Heitland
Hartmut Honka
Michael Reul
Uwe Serke
André Stolz

AfD

Arno Enners
Markus Fuchs
Volker Richter
Jochen K. Roos
Gerhard Schenk

SPD

Kerstin Geis
Stephan Grüger
Esther Kalveram

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kathrin Anders
Markus Bocklet
Jürgen Frömmrich
Lara Klaes

Freie Demokraten

Yanki Pürsün

Weitere Anwesende:

Vertreterinnen und Vertreter der Staatskanzlei und der Ministerien sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und der Landtagskanzlei.

Die Liste aller Anwesenden liegt der Ausschussgeschäftsführung vor.

Öffentliche Anhörungen (Teil 2)

Zu: Ausführung des Beschlusses (28. Plenarsitzung am 11.12.2024) zu dem

Antrag

Fraktion der CDU,

Fraktion der SPD

Gemeinsam für die Zukunft aufstellen: Parlament und Landesregierung starten Dialog- und Maßnahmenprozess für mehr Resilienz und Sicherheit

– Drucks. [21/1424](#) –

HAA, GFA

hierzu:

Stellungnahmen von Anzuhörenden

– Ausschussvorlage HAA 21/12 –

(Teil 1, 2 und 3 verteilt am 23., 25.02. und 03.03.2026)

Legitimität der Maßnahmen: Politikwissenschaften, Soziologie

1. Prof. Dr. Annelies Blom

Soziologie und Quantitative Methoden, Universität Bremen

2. Joachim Sylla

Diakonie Hessen

Dr. Martin Mencke

Beauftragter der Evangelischen Kirchen am Sitz der Landesregierung in Wiesbaden

3. Prof. Dr. Ulrike Guérot

Politikwissenschaftlerin

4. Prof. Dr. Michael Knipper

Geschichte der Medizin, Justus-Liebig-Universität Gießen

5. Prof. Dr. Stefan Huster

Öffentliches Recht, Sozial- und Gesundheitsrecht und Rechtsphilosophie, Ruhr Universität Bochum

Vorsitzender: Ich eröffne die Sitzung und möchte zu Beginn darauf hinweisen, dass wir hier anderthalb Tage sehr konzentriert und sehr diszipliniert gearbeitet haben. Ich wünsche mir sehr, dass das auch für den letzten Teil dieser zweitägigen Anhörung gilt. Wenn ich schon das Wort habe, möchte ich mich bei der Technik bedanken. Sie ist jetzt bescheiden wieder von dannen gezogen, sie möge das bitte im Protokoll nachlesen, oder Sie richten es ihr bitte aus. Herzlichen Dank dafür, dass Sie hier in den zwei Tagen mehrfach improvisiert haben, unter anderem wegen der Chart-Präsentationen, die zunächst so nicht geplant waren. Aber bei diesem wichtigen Thema haben wir gesagt: Wir machen das, was die Sachverständigen wünschen und was sie benötigen.

Aktuell musste, weil Frau Prof. Dr. Blom durch die bekannten Streiks und anderes verhindert ist, kurzfristig dieser Monitor installiert werden. Das ist zum einen schon eine Aufgabe, aber insbesondere in diesem Plenarsaal; denn er muss so platziert werden, dass man einigermaßen alles sehen kann und dass wir auch von hier vorne den Überblick behalten, zumindest was das Visuelle anbetrifft. Um den anderen Überblick bemühen wir uns auch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie – ich sagte das bereits – zum letzten Teil dieser zweitägigen Anhörung sehr herzlich begrüßen. Ich begrüße die Damen und Herren Sachverständigen, die Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne, die Pressevertreterinnen und -vertreter und natürlich auch die Abgeordneten. Ich begrüße die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen, der Landesregierung und der Landtagskanzlei. Ich darf darauf hinweisen, dass diese im Vorfeld durchaus einiges zu tun hatten.

Wir sind zusammengekommen, um die dritte Säule dieser wichtigen Thematik „Gemeinsam für die Zukunft aufstellen: Parlament und Landesregierung starten Dialog- und Maßnahmenprozess für mehr Resilienz und Sicherheit“ zu bearbeiten. Die erste Säule war, zusammenzufassen, was die Landesregierung bereits unternommen hat, wo man entsprechende Optimierungen vornehmen kann. Der zweite Teil waren die Fokusgruppen. Da wurden sechs Fokusgruppen gebildet, die einen subjektiven Eindruck durch die gesamte Gesellschaft geliefert haben, um zu hören, wie sie das empfunden haben: die Eltern von Kindergartenkindern oder die Schülerinnen und Schüler, die jetzt älter geworden sind, bis hin zu den Senioren, aber auch dem Pflegepersonal, den Wirtschaftswissenschaftlern und vielen anderen mehr. Die dritte Säule – das ist gestern und heute der Fall gewesen – befasst sich damit, dass Sachverständige befragt werden, dass diese in einem etwa 15-minütigen Vortrag erst einmal darstellen, was sie uns mitgeben wollen, was gut gelaufen war, was man optimieren kann. Diese haben sich natürlich zuvor schon schriftlich geäußert. Auch hier war uns als Hauptausschuss wichtig, dass wir einen Querschnitt aller Bereiche haben.

So haben wir heute in erster Linie die juristische Seite und die soziologische Seite zu betrachten. Wir hatten gestern hier schon Gruppen aus den Bereichen Psychologie, Soziologie, Wirtschaft – das hatte ich bereits gesagt – und natürlich auch aus dem großen Bereich der Virologie – also aus dem gesamten Spektrum. Das war uns wichtig.

Ich hatte bereits darauf hingewiesen, dass wir in der Sitzordnung ein bisschen improvisieren mussten, aber ich denke, das ist uns gelungen.

Ich darf Ihnen, den Sachverständigen und auch den Besuchern auf der Tribüne, sagen, dass das Auditorium links und rechts sowie hinter den Sachverständigen aus Abgeordneten verschiedener Ausschüsse besteht. Da sehen Sie wirklich, wie groß das Interesse ist: zum einen der federführende Hauptausschuss, zum anderen der Gesundheits- und Familienpolitische Ausschuss und der Corona-Untersuchungsausschuss. Hier sind wirklich alle drei Gremien, die sich intensivst mit dem Thema befassen, vertreten. Es gibt auch immer Wortprotokolle, sodass das im Nachgang wirklich intensiv studiert werden wird. Am Ende wollen wir Handlungsempfehlungen entwickeln, um zu sagen, wo man noch besser werden kann.

Die Damen und Herren Sachverständige, die mit Präsentationen arbeiten möchten, darf ich bitten, nach vorne ans Rednerpult zu kommen. Es ist technisch alles vorbereitet. Die, die sich ohne Präsentation zu Wort melden, können das gerne auch von ihrem Platz aus machen – wie Sie wünschen.

Wir hören zunächst die einzelnen Sachverständigen in einer durchgängigen Runde. Dann werden die einzelnen Fraktionen nach Fraktionsstärke aufgerufen. In der ersten und auch in den folgenden Fragerunden kann jede Fraktion bis zu drei Fragen stellen. Wenn alle Fraktionen durch sind, kommen die Sachverständigen wieder zu Wort.

Noch einmal zur Besuchertribüne, weil Sie hier teilweise neu dazugekommen sind: Auf der Tribüne darf nicht gegessen und getrunken werden. Das können Sie natürlich sofort draußen machen. Wenn Sie kurz rausgehen, ist das kein Problem. Wir bitten auch darum – das ist eine klare Regelung der Hausordnung –, dass während der laufenden Sitzung nicht fotografiert wird. Sie können das nachher in der Lobby machen, wenn Sie mit dem einen oder anderen vielleicht ein Foto machen wollen. Ganz wichtig ist, dass es keine Beifalls- und Missfallensäußerungen von der Tribüne geben darf. Darauf müssen wir Wert legen. Das hat bis jetzt funktioniert und wird mit Sicherheit auch in der letzten Anhörung funktionieren.

So viel zu den einleitenden Bemerkungen. Wenn uns die Technik nicht verlässt, können wir jetzt die erste Sachverständige zu Wort kommen lassen. Das ist Frau Prof. Blom, die uns aus den bekannten Gründen zugeschaltet ist. Frau Prof. Blom, Sie können starten. Bitte schön.

Frau Prof. **Dr. Annelies Blom**: Mein Name ist Annelies Blom. Ich arbeite heutzutage an der Universität Bremen, habe aber im Jahr 2020 die Mannheimer Corona-Studie an der Universität Mannheim geleitet und viel länger um diesen Zeitraum herum auch das German Internet Panel, in dem die Mannheimer Corona-Studie eingebettet ist. Auf Basis dieser Studien möchte ich etwas zu der Akzeptanz der COVID-Infektionsmaßnahmen und zu den sozioökonomischen Folgen – vor allem während des ersten Lockdowns – sagen. Es gibt aber auch ein paar Ergebnisse für danach.

Ganz kurz, damit wir das richtig einordnen können: Sie wissen natürlich, wann der erste Corona-Fall in Deutschland aufgetaucht ist, sage ich mal. Was ich hier eigentlich nur zeigen möchte: Wir waren mit der Mannheimer Corona-Studie wirklich sehr schnell nach Anfang der Corona-Zeit in Deutschland im Feld und haben dadurch Daten erheben können, die wirklich einzigartig sind. Wir

haben den gesamten ersten Lockdown abdecken können. Wir waren ein paar Tage vorher, vor dem Anfang des Lockdowns, im Feld und noch eine Weile danach, sodass wir sehen können, wie sich das Leben der Menschen verändert hat während des ersten Lockdowns. (Folie 3)

Die Corona-Studie ist ferner in die größere Studie des German Internet Panel eingebettet. Das war eine Studie, die ab 2012 alle zwei Monate Daten erhoben hat. Die Personen, die an der Mannheimer Corona-Studie teilgenommen haben, haben alle auch an vorherigen Wellen des German Internet Panels teilgenommen. Das bedeutet, dass wir vorher schon sehr viele Information über diese Menschen hatten und tatsächlich sehen konnten, wie sich ihr Leben verändert hat. Das gilt nicht für alle Faktoren, die während der Corona-Zeit relevant waren, weil wir die natürlich auch nicht vorhergesehen haben. Über die Einstellung zu Masken tragen haben wir uns vorher zum Beispiel keine Gedanken gemacht; dementsprechend war es nicht abdeckbar, wie das vorher und nachher war. Aber es gibt doch einige Aspekte, die wir sehr wohl abdecken konnten. (Folie 4)

Noch ein Schritt zurück: Die Mannheimer Corona-Studie hat täglich Daten erhoben und täglich Daten veröffentlicht, die dann zum Beispiel ins Krisenkabinett eingeflossen sind, vor allem über das BMAS, mit dem wir wöchentlich in Kontakt standen.

Es gibt sehr viele Erkenntnisse. Ich habe eine Selektion gemacht: soziale, politische und psychologische Konsequenzen der Maßnahmen. Ich werde da ein bisschen langsam durchgehen, weil mir natürlich bewusst ist, dass Sie diese Grafik noch nicht kennen und man sich das ein bisschen anschauen muss. Wir haben in einer Grafik mehrere Achsen. Das ist einfach, weil es dort unterschiedliche Größen gibt. Entschuldigen Sie bitte, dass das auf Englisch ist. Das ist einfach ein englischer Zeitschriftenaufsatz, dementsprechend ist das auf Englisch. Ich glaube aber, die Achsenbeschriftung ist relativ klar. (Folie 5)

Wir haben hier mit der dicken durchgezogenen Linie die Anzahl der offiziellen neuen Corona-Fälle, die wir gemittelt über fünf Tage pro Tag ausgerechnet haben, damit wir nicht zu viele Fluktuationen haben. Wir haben – gestrichelt – die kumulative Anzahl der damals berichteten Toten, der durch, mit oder an Corona gestorbenen Personen. Da sehen Sie, dass das immer weiter ansteigt. Das liegt einfach daran, dass das kumulativ ist. Und wir haben – gepunktete Linie – die Anzahl der Maßnahmen, die durchgeführt wurden – also wie stark in das Leben eingegriffen wurde. Es ist natürlich ein bisschen subjektiv, was „wie stark“ bedeutet. (Folie 7)

Was wir hier schon sehr schön sehen, ist, die Maßnahmen wurden eingerichtet, und die Anzahl der täglichen Fälle ist deutlich runtergegangen, und das, obwohl sich die Messung der täglichen Fälle eigentlich verbessert hatte und wir irgendwann tatsächlich einfach mehr Fälle gemessen hatten als am Anfang, weil wir das damals noch nicht konnten.

Hier ist eine Grafik, die sich darauf bezieht, wie Personen während des ersten Lockdowns gearbeitet haben. Da sehen wir – es wurde damals sehr viel darüber gesprochen –, dass Menschen dann ins Homeoffice gegangen sind und dann Homeoffice und Kinderbetreuung gleichzeitig zu bewerkstelligen war. Das gilt tatsächlich aber nur für die höher Gebildeten. Das ist etwas, was mir damals schon aufgefallen ist und weiterhin in der Berichterstattung immer wieder auffällt: Wir

haben da einen extremen Wahrnehmungsbias in der Politik, bei Ihnen, und in den Medien, weil wir von vielen Personen umgeben sind, die eine hohe Bildung haben und entsprechend bestimmte Arbeiten ausführen, die sie auch eher von zu Hause ausführen können. Alles, was am Computer stattfindet: Damit kann man ins Homeoffice gehen. Das ist überdurchschnittlich häufig der Fall, wenn man Abitur und Uniabschluss hat. (Folie 8)

Die Situation sah ganz anders aus, wenn man keinen Schulabschluss, einen Hauptschulabschluss oder einen Realschulabschluss hatte. Da sehen wir, dass sogar während des ersten Lockdowns – also während der wirklich wahrscheinlich kritischsten Phase der Corona-Zeit – über zwei Drittel der Personen im Mai tatsächlich noch vor Ort gearbeitet haben.

Sie möchten natürlich wissen, was wir anders machen können. Es ist sehr wichtig, wahrzunehmen, wenn man in der Politik, in der Wissenschaft oder bei Medien tätig ist, eine sehr gefärbte Wahrnehmung von dem hat, wie das normale Leben dann abläuft. Das sieht einfach anders aus und man vergisst dann leider manchmal die Leute, die nicht ins Homeoffice gehen konnten und zum Beispiel auch nicht die Kinder zu Hause betreuen konnten während des Homeoffice – was schwierig genug war. Aber, wenn man im Supermarkt arbeitet, dann kann man das Kind nicht mitnehmen, wenn die Schule zumacht.

Akzeptanz der Maßnahmen. Die folgenden Ergebnisse finden sich teilweise auch in Zeitschriftenartikeln – in ein bisschen anderer Weise – wieder. Das sind jetzt Ergebnisse aus unseren täglichen Berichten – hier der allerletzte tägliche Bericht –, wo wir alle täglichen Berichte kumuliert haben.

Wie häufig treffen sich Personen mit Freunden, Verwandten oder privat mit Arbeitskollegen pro Woche? Die Frage ist natürlich etwas komplexer. Hier sieht man ganz am Anfang, vor dieser gestrichelten Linie, dass sich über 50 % der Personen außerhalb der Arbeit mehrmals pro Woche oder täglich getroffen haben. Einmal täglich: Da haben wir noch einmal ungefähr 25 %. Gar nicht: Das ist sehr niedrig. (Folie 10)

Wir sehen, dass, sobald der erste Lockdown angekündigt beziehungsweise umgesetzt wird, diese Kontakthäufigkeit extrem runtergeht. Damals wurde weniger kontrolliert. Es wurde gesagt, man muss zu Hause bleiben, aber da gab es noch wenig Konsequenzen, wenn man das nicht gemacht hat. Aber wir sehen, dass sich die Leute sehr stark daran gehalten haben. Was wir auch sehen, ist, dass die Kontakthäufigkeit im Verlauf des Aprils, des Mais und des Junis deutlich wieder zunimmt, und wir sind ab Anfang Juni wieder ungefähr auf dem Niveau vor dem Lockdown. Das hat sich wieder zurück normalisiert. Hier wäre es sehr spannend zu wissen, wie sich das in den weiteren Lockdowns entwickelt hat. Meine Vermutung ist, dass die Menschen weniger bereit waren, ihre Kontakte einzuschränken, weil diese anderthalb Monate am Anfang der Corona-Pandemie sehr einschneidend für die Menschen waren.

In dieser Grafik sehen wir unterschiedliche Maßnahmen und den Anteil der Bevölkerung, der diese Maßnahmen befürwortet – wieder im Zeitverlauf, während der gesamten Zeitdauer der Corona-Studie. (Folie 11)

Was wir hier sehen, ist, dass am Anfang des Lockdowns oder kurz vor dem Anfang des Lockdowns eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung – 95 %, 97 % der Bevölkerung – es befürwortet hat, dass öffentliche Einrichtungen schließen. Das sind Schulen, Universitäten, ähnliche Einrichtungen, die zugemacht wurden. Das wurde damals von der Bevölkerung sehr unterstützt – auch, dass die Grenzen zugemacht haben. Wir vergessen das, glaube ich, inzwischen, dass wir damals auch die Grenzen zugemacht haben und dass Veranstaltungen verboten wurden.

Wir sehen aber auch – gerade bei der Schließung der Schulen –, dass diese Akzeptanz nach Ostern deutlich gesunken ist. Da geht es sukzessive nach unten. Das ist die rote Linie, die fällt richtig ab und geht dann weit nach unten. Da war es dann genug mit der Akzeptanz für die Schulschließungen. Die Akzeptanz war bei arbeitenden Eltern mit schulpflichtigen Kindern deutlich niedriger als bei Personen, die davon nicht betroffen waren. Das brauche ich Ihnen vermutlich nicht zu erklären. Aber man sieht einfach den Verlauf über die Zeit hinweg: Kurzfristig war die Akzeptanz hoch, langfristig – auch während des ersten Lockdowns – sah das ganz anders aus.

Im Nachhinein überraschend ist, dass eine allgemeine Ausgangssperre – wir dürfen nicht mehr rausgehen, wir sollen zu Hause bleiben – am Anfang des ersten Lockdowns, das ist die lila Linie, noch von über 50 % der Bevölkerung unterstützt wurde. Das ist eine sehr einschneidende Maßnahme. Da war aber das Verständnis da, das ist aber sehr schnell abgefallen. Irgendwann war da überhaupt kein Verständnis mehr dafür da, dass man nicht rausgehen darf.

Es gab auch eine Frage dazu, ob der wirtschaftliche Schaden der Corona-Maßnahmen höher ist als ihr gesellschaftlicher Nutzen – also eine Nutzen-Kosten-Abwägung dieser Maßnahmen. Hier sehen wir, dass auch dort am Anfang 25 % der Bevölkerung der Meinung war, der Schaden ist größer, aber 75 % haben gesagt: Nein, der Nutzen ist größer. – Diese Linie geht dann auch recht rasch hoch auf 50 %. Da sind die Personen sehr geteilter Meinung. (Folie 12)

Hier sehen wir eine Grafik dazu, wie die Menschen während des ersten Lockdowns arbeiten. Wir sehen mit der roten Linie Personen, die im gleichen Umfang wie bisher vor Ort an ihrem Arbeitsplatz arbeiten. Wir sehen, dass sich dieser Prozentsatz eigentlich kaum wandelt. Die Fluktuationen haben mit der Messung zu tun; da brauchen Sie sich keine Gedanken zu machen. Aber der gesamte Verlauf geht wieder ein bisschen hoch. Nach dem Lockdown gehen wieder etwas mehr Leute vor Ort arbeiten, aber generell ist das recht stabil. Das liegt einfach daran, dass wir einen Großteil der Erwerbstätigen haben, die vor Ort arbeiten müssen. Ansonsten macht das alles wenig Sinn. (Folie 13)

Auf der blauen Linie sind Personen, die im Homeoffice arbeiten, aber weiterhin Vollzeit oder Teilzeit – so, wie sie vorher Teilzeit gearbeitet haben. Während des ersten Lockdowns sind wir da bei 25 % der Bevölkerung. Aber sobald der Lockdown aufhört, sinkt das rapide ab und die Menschen gehen doch sehr schnell wieder zurück an ihren lokalen Arbeitsplatz.

Uns hat auch interessiert, wie viel Angst mit der Corona-Krise verbunden war. Wir haben eine Psychologin mit im Team gehabt – Jutta Mata von der Uni Bremen –, die uns da unterstützt hat. Das hier ist ein Index, der uns die Gefühle der Angst im Verlauf zeigt. Nochmals: Wir haben hier keine Messung vor Corona. Wir wissen nicht, ob die Menschen viel weniger ängstlich waren vor

Corona als dann ab dem ersten COVID-Fall oder ab dem ersten Lockdown. Aber wir sehen, dass die Angst leicht zurückgeht. So richtig viel tut sich da nicht. Die Menschen sind ängstlich, sie werden weniger ängstlich, aber wir hätten hier viel stärkere Effekte erwartet. Das war tatsächlich nicht der Fall. (Folie 14)

In dieser Grafik sehen wir, inwiefern Personen die Corona-Pandemie für sich persönlich als Bedrohung wahrnehmen und wie hoch sie ihr subjektives Ansteckungsrisiko sehen. Da sehen wir bei beidem – bei Bedrohung und beim subjektiven Ansteckungsrisiko –, dass das am Anfang deutlich höher liegt und im Verlauf bis in den Juli hinein wieder deutlich runtergeht. Das entspricht natürlich auch den tatsächlichen Zahlen. (Folie 15)

Wir haben auch berechnet, wie die Personen einschätzen, wie hoch das Risiko ist, dass sie sich selbst anstecken. Das ist die grüne Linie, und die ist über die Zeit hinweg überraschenderweise sehr stabil, obwohl wir ja wissen, dass die Ansteckungsgefahr im Sommer deutlich niedriger war als im Frühling.

Ich hatte eben schon Jutta Mata erwähnt, die Psychologin, die sich gerade diese Sachen angeschaut hat, auch mit Blick auf Kinder. Aus ihrer Veröffentlichung möchte ich zwei Ergebnisse hervorheben. Das eine ist: Hier sieht man separat Indexskalen für Angstzustände, Depressionen und Einsamkeit, wo wir den April 2020, den Mai 2020 und den Juni 2020 verglichen haben. Da sieht man, dass das sukzessive abnimmt. Leider haben wir hier nicht mehr Messungen, weil wir diese Messung nicht bereits zu Anfang der Corona-Studie hatten. (Folie 16)

Spannender finde ich das Ergebnis zu Screen time – Handys, Tablets und eigentlich auch Fernsehen. Da ist die Anzahl der Stunden, die Menschen während des Lockdowns vor den Screens verbracht haben, deutlich gestiegen. Das ist natürlich nicht überraschend, aber in der Konsequenz, was das für die Gesundheit der Menschen bedeutet, doch beachtlich. (Folie 18)

Wir sehen auch, dass die Menschen deutlich ungesünder aßen, vor allem im April – da gibt es so etwas wie Anxiety-Eating und Frustessen wahrscheinlich auch –, und dass die Menge an Sportaktivitäten, überhaupt Bewegung, auch während des Lockdowns deutlich runtergegangen ist. Das letzte Ergebnis steht im Kontrast zu dem, was während des ersten Lockdowns gerne berichtet wurde, dass jetzt alle draußen laufen gehen. Das konnten wir in den Daten tatsächlich nicht sehen. Im Gegenteil: Die Leute wurden zu den Couch-Potatoes vor dem Bildschirm.

Das Ergebnis zur Corona-Warn-App werde ich ganz kurzhalten. Ich muss auch dazu sagen: Das ist eine kleine Frustration von mir. Wir haben, bevor die Corona-Warn-App entwickelt worden ist, eine Studie dazu gemacht, wie sehr sie angenommen werden würde. Da ich jahrelang vorher schon das German Internet Panel geleitet habe und da ein besonderes Merkmal darauf hatte, wie Personen Technik nutzen, war das für mich ein besonders spannendes Thema, ob sie denn erfolgreich sein kann.

Tatsächlich wussten wir bereits im Juni 2020 – und haben diese Informationen auch direkt weitergegeben –, dass die Corona-Warn-App nicht funktionieren kann. Wir haben ausgerechnet, wie viel Prozent der Bevölkerung Zugang zu den notwendigen Smartphones haben, wie viel Prozent

die App installieren wollen, wie viel Prozent Bluetooth anmachen und ständig anhaben möchten und, ich glaube, noch ein, zwei andere Fragen, die dafür relevant waren. (Folien 20 – 22)

Dann kommt Folgendes heraus: Von 100 % der Menschen hätten 56 % die App installieren, korrekt ausführen und sich an die Empfehlungen halten müssen, damit sie effektiv ist. Das ist nicht meine Forschung, das ist eine Forschung anderer sehr schlauer Kolleginnen und Kollegen. Das hat mit diesem Infektionsgeschehen usw. zu tun und damit, wie man sich dann verhalten sollte. Das wäre diese Anzahl der Menschen gewesen.

Wir haben vorhergesagt – das ist sehr wahrscheinlich eine Unterschätzung, das wussten wir damals schon –, dass 34 % dies tun würden. Warum ist das eine Unterschätzung? Nicht jeder ist in so einer Online-Studie dabei, und die Personen, die nicht in der Online-Studie dabei sind, sind auch die Personen, die eher kein Smartphone haben. Dadurch gehen wir von einer Unterschätzung aus. Das heißt, uns fehlten 22 % der Bevölkerung, die das hätten machen müssen. Das sind so krasse Zahlen. Wenn wir jetzt herausgefunden hätten, 50 % machen das wahrscheinlich, da hätten wir gesagt: Okay, vielleicht klappt das ja doch. – Aber nicht bei 34 %. Wir haben das sogar an das Krisenkabinett weitergeleitet, aber diese Strategie wurde weiterhin verfolgt und, wie wir wissen, tatsächlich nicht sehr erfolgreich.

Diese Corona-Studie, die wir durchgeführt haben, hat viele Erkenntnisse geliefert, und das Schöne war: täglich. Wir haben die Personen täglich befragt. Wir haben sie detailliert befragt. Wir hatten schon vorher sehr viele Informationen. (Folie 24)

Das German Internet Panel, auf das diese Studie aufgesetzt ist, basiert auf einer Zufallsstichprobe aus den Gemeinderegistern der deutschen Bevölkerung und ist damit tatsächlich repräsentativ. Auch, wenn viele behaupten, dass sie repräsentativ sind: In diesem Fall stimmt es. Wir haben eine repräsentative Studie gehabt, und zwar zur allgemeinen Bevölkerung im Alter von 17 bis 87 Jahren – 17 hat damit zu tun, wann die Stichprobe rekrutiert wurde und auch die 87 Jahre.

Unsere Erkenntnisse wurden der Öffentlichkeit direkt mitgeteilt, also das war auf der Webseite direkt runterladbar, und nach ein, zwei Wochen wussten vor allem auch die Zeitungen, Zeitschriften Bescheid und haben das auch genutzt. Wir haben zusätzlich wöchentlich Analysen für das BMAS durchgeführt, was für uns auch eine schöne Erfahrung war. Die Erkenntnisse wurden an das Corona-Kabinett weitergeleitet – sowohl direkt als auch über das BMAS. Sehr wichtig zu wissen ist: Andere sozioökonomische Daten zur allgemeinen Bevölkerung gab es damals nicht. Ich könnte das auch noch einschränken: Es gab einfach gar keine Daten. Wir waren die einzigen, die hierzu Daten hatten. Ich werde gleich noch mehr dazu sagen. Es ist natürlich schön, dass wir das hatten, aber auch nicht ohne.

Dass es überhaupt die Mannheimer Corona-Studie gegeben hat, war ein großer Zufall. Das ist mir ein sehr wichtiger Punkt für diesen Ausschuss; denn es sollte nicht von einem Zufall abhängen, ob man Informationen dazu hat, wie es der Bevölkerung geht, wenn man in einem Lockdown ist – wenn das vorher noch nicht gemacht wurde. Das war ein großer Zufall, weil wir die bestehende Datenerhebung des GIP hatten, weil wir einen finanziell relativ gut aufgestellten

Sonderforschungsbereich hatten – eine Förderlinie der Deutschen Forschungsgemeinschaft –, und vor allem hatten wir auch sehr engagierte Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter.

Wir haben das zehn Wochen lang gemacht. In der Zeit haben wir alle viel zu wenig geschlafen. Da sind alle über das zu erwartende Engagement hinausgegangen. Es war ein großer Zufall, dass man wirklich so ein engagiertes Team hatte. Auch ganz wichtig: Ich habe inzwischen eine kleine Tochter. Ich hätte das in der Situation, in der ich jetzt bin, niemals gemacht. Deswegen noch einmal: Es war ein großer Zufall, dass wir im zentralen Projektteam nicht von Kita- und Schulschließungen betroffen waren.

Was brauchen wir in Zukunft? Ich glaube, dass es eine langfristige Dateninfrastruktur zu dem, wie die Menschen leben, braucht und vermutlich innerhalb der Bundesdateninfrastrukturen braucht – zum Beispiel bei der Bundesagentur für Arbeit und im IAB, das da als Forschungszentrum ansässig ist –, auf Basis einer Zufallsstichprobe, die das Leben der Bevölkerung gut abbildet und schnell auf externe Schocks reagieren kann. Denn wir haben tolle Dateninfrastrukturen in Deutschland, aber die konnten alle nicht schnell reagieren. Die meisten waren dann irgendwann im Juli, August im Feld und haben erhoben, dass sich die Situation vor und nach dem ersten Lockdown nicht groß geändert hatte. Wie Sie in meinen Grafiken sehen konnten: Während des Lockdowns haben wir sehr gravierende Einschnitte gesehen. Man braucht zudem fähige Personen, die tatsächlich auf Abruf auf einmal sehr viel mehr Arbeit leisten können. Ich weiß nicht, wie man das bewerkstelligen kann, aber das ist das, was man braucht.

Das war das, was ich, meiner Meinung nach, hierzu beitragen konnte. Ich freue mich, wenn Sie noch Fragen haben.

(Beifall)

Herr **Joachim Sylla**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank im Namen der Diakonie Hessen, dass wir eingeladen wurden, im Hauptausschuss des Hessischen Landtags zu berichten. Die Diakonie Hessen begrüßt ausdrücklich, dass Sie die Erfahrungen der Pandemie nicht isoliert betrachten, sondern in einen strukturierten Lernprozess überführen wollen, der auch die Perspektiven der Betroffenen einbezieht. Dafür bin ich, sind wir heute da.

Ich möchte hier gerne den O-Ton von unseren Leitungskräften, Mitarbeitenden und Bewohnerinnen und Bewohnern unserer Einrichtungen präsentieren. Die Erkenntnisse beruhen im Wesentlichen auf dem Projekt „Was bleibt von Corona? – Politik hört zu“, das wir gemeinsam mit den evangelischen Kirchen durchgeführt haben. Da gab es Dialoge mit Abgeordneten des Hessischen Landtags in unseren Mitgliedseinrichtungen. Diese haben gezeigt, wie tief Corona das Leben in Pflege- und Eingliederungshilfe geprägt hat und was wir daraus für die Zukunft mitnehmen müssen. Ich möchte im Folgenden gerne sozusagen diese Menschen zu Wort kommen lassen.

Die Pandemie hat insbesondere die vulnerablen Gruppen unserer Gesellschaft getroffen. Besonders einschneidend waren Isolation und Einsamkeit sowie Berufsverbote, geschlossene

Gemeinschaftsräume, ausfallende Freizeitangebote, die zu einem massiven Verlust an sozialer Teilhabe bei Einrichtungen der Eingliederungshilfe sowie Altenheimen geführt haben. Viele berichteten von Langeweile, Orientierungslosigkeit und dem Gefühl, aus der Zeit gefallen zu sein.

Was auch ganz klar festgestellt wurde, war eine deutliche Verschlechterung gesundheitlicher und kognitiver Fähigkeiten. Der Wegfall gewohnter Aktivitäten führte zu spürbaren Rückschritten, etwa im Bewegungsverhalten oder in der Alltagsstrukturierung. Viele Bewohnerinnen und Bewohner hatten das Gefühl, dass über sie, statt mit ihnen entschieden wurde. Die Aussage einer Bewohnerin „Ich wurde gar nicht gefragt, ob ich geschützt werden will“ steht, glaube ich, symbolisch für das weit verbreitete Gefühl fehlender Selbstbestimmung, oder die Aussage einer 90-Jährigen, die sagte, ihr sei es wichtiger, mit ihren Lieben zusammen zu sein, als noch ein oder zwei Jahre zu leben.

Neue Bewohnerinnen und Bewohner fanden unter extrem erschwerten Bedingungen kaum Anknüpfungspunkte sozialer Integration. Für Krankenhauspatientinnen und -patienten und Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeeinrichtungen bestand lange Zeit ein komplettes Besuchsverbot, das von ihnen und ihren Familien als besonders grausam empfunden wurde. Wenn die Lebenszeit ohnehin als nur noch sehr begrenzt erlebt wird, ist es umso wichtiger, dass Menschen am Lebensende das Miteinander mit Zu- und Angehörigen ermöglicht wird, die für sie von großer Bedeutung sind.

Insbesondere der Tod ohne Abschied war eine sehr einschneidende Erfahrung. Das haben viele Angehörige mit Verwandten erlebt; denn auch tote Körper galten weiterhin als hoch infektiös, das heißt, selbst wenn die Person gestorben war, konnte noch nicht einmal richtig Abschied genommen werden.

Bei den Mitarbeitenden hat sich gezeigt, dass die Pandemie sie nicht nur beruflich, sondern auch privat sehr stark betroffen hat. Beschäftigte fürchteten, entweder die eigene Familie oder die Bewohnerinnen und Bewohner anzustecken. Manche zogen sogar zeitweise in Hotels, um Risiken zu verringern. Permanentes Tragen von Schutzausrüstung, fehlende Pausen, hoher Dokumentationsaufwand und die ständige Testung führten zu enormer Überlastung. Das Gefühl, auf einmal selbst ein Risiko für Bewohner und das private Umfeld zu sein, hinterließ tiefe Spuren und erzeugte zusätzlichen Druck. Es wird wirklich berichtet, dass sie im privaten Umfeld zu spüren bekommen haben, dass sie als Risiko gesehen wurden. Mitarbeitende waren gleichzeitig Eltern, Partner, pflegende Angehörige, und dieses Spannungsfeld wurde durch die Maßnahmen verstärkt.

Zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht. Auch wenn sich ein Großteil der Mitarbeitenden einer Impfung unterzogen hat, auch bereits freiwillig, blieb doch bei vielen das Unverständnis dafür, warum nur eine einzige Berufsgruppe dieser Pflicht unterlag, während alle anderen dies weiter frei entscheiden konnten.

Auch die Führungskräfte in den Einrichtungen standen unter einem permanenten Ausnahmezustand. Es gab dann immer die kurzfristigen Verordnungen, oft Freitagnachmittag, die sofort umzusetzen waren – also schnelle Umsetzung ohne ausreichende Vorbereitungszeit.

Dokumentationspflichten und Nachweise banden Personal, das an anderer Stelle dringend benötigt wurde. Die Gesundheitsämter unterstützten teilweise pragmatisch, aber oft wurde auch nur bürokratisch die Einhaltung der Maßnahmen kontrolliert, ohne Rücksicht auf Sinnhaftigkeit oder praktische Umsetzbarkeit in individuellen Fällen. Insbesondere Test- und Isolationsräume fehlten. Hinzu kam, dass gelieferte Schutzmaterialien teilweise von so schlechter Qualität waren, dass sie kaum nutzbar waren. Eben weil sich die Lage oft täglich änderte, standen Leitungspersonen unter einem enormen psychischen Druck.

Zur nicht ausreichenden Vernetzung der verantwortlichen Akteure, zum Beispiel der Gesundheitsämter. Teilweise galten in jedem Landkreis andere Regelungen. Dies bedeutete zusätzlichen Aufwand und zusätzliche Unsicherheiten für die Verantwortlichen vor Ort. Oft war der letzte Ausweg der direkte Kontakt zum Landrat, zur Landrätin, was mal besser, mal schlechter funktioniert hat.

Aus Verbandssicht, also aus der Sicht der Diakonie Hessen, zeigten sich mehrere strukturelle Probleme: zu späte Einbringung der Leistungserbringer in der Langzeitpflege in den Landesgremien, zum Beispiel in den Pandemiestab. Dazu war eine aktive Mitsteuerung erschwert. Erst ganz spät bekam die Liga Hessen einen Sitz im Pandemiestab. Relevante Entscheidungen wurden oft erst über Pressekonferenzen bekannt. Die Zusammenarbeit mit den Gesundheitsämtern war teilweise herausfordernd. Uneinheitliche Vorgaben, unterschiedliche Auslegungen und knappe Erreichbarkeit erschwerten die Praxis. Hinweise aus der Praxis fanden nicht immer Eingang in die Entscheidungsfindung. Die Pandemie hat damit offengelegt: Krisensteuerung braucht verbindliche, partizipative und praxisnahe Kommunikationswege.

Es war schon angedeutet: Umgang mit Sterben und Tod, dass eben oft nicht Abschied genommen wurde. Die übliche palliative Versorgung war nur eingeschränkt möglich, weil niemand Zugang hatte, außer dem Fachpersonal. Vorgaben wie die Pflicht zum Leichensack waren für viele emotional kaum nachvollziehbar.

Die Pandemie fiel auch in die Einführung der generalistischen Ausbildung. Das war ein denkbar ungünstiger Zeitpunkt. Lernmöglichkeiten waren eingeschränkt, Praxisanleitungen kaum umsetzbar. Digitale Lernformate mussten spontan entwickelt werden. Die Auswirkungen auf die Ausbildungsqualität sind langfristig spürbar.

Es gab trotz aller Herausforderungen auch positive Aspekte. Besonders der Rettungsschirm, der von Bund und Land eingesetzt wurde, hat den Einrichtungen geholfen, sodass sie überlebt haben. Natürlich gab es viele kreative Lösungen, die möglich waren: Balkonkonzerte, das Umdenken von Räumen, was den sozialen Kontakt förderte. Es zeigte sich: Wer kreativ vor Ort war, konnte einiges bewirken. Oft musste man natürlich die persönliche Verantwortung dafür übernehmen. Supervision und seelsorgerische Begleitung wurden verstärkt genutzt. Es entstand ein starkes Gefühl an Vertrauen und Zusammenhalt, sowohl intern als auch mit den Angehörigen. Die Erfahrung zeigt: Wo Flexibilität erlaubt war, entstanden tragfähige Lösungen.

Auf Basis unserer Auswertungen formuliert die Diakonie Hessen folgende Empfehlungen:

Sprache bewusst und verantwortungsvoll wählen, keine Schuldzuweisungen. Die öffentliche Kommunikation hat erheblichen Einfluss auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Polarisierende und stigmatisierende Aussagen – etwa über die Schuld einzelner Gruppen für die Infektionsentwicklung – sollten künftig vermieden werden. Solche Botschaften spalten und erhöhen den psychischen Druck.

Weniger Angst als Handlungsgrundlage. Mehr und detaillierte Maßnahmen bedeuten nicht automatisch mehr Sicherheit. Angst darf kein zentrales Steuerungsinstrument sein. Entscheidend sind Verhältnismäßigkeit, Transparenz und Evidenz.

Handlungsspielräume vor Ort stärken. Statt detaillierter und starrer Vorgaben sollte die Politik klare Rahmenbedingungen schaffen und gleichzeitig Einrichtungen Entscheidungskompetenz übertragen, also eben auch auf die Fachkompetenz der Leute vor Ort vertrauen. Entscheidungsgewalt und Verantwortung müssen zusammenfallen. Die Leistungserbringer sollten frühzeitig mit einbezogen werden.

Gemeinsame Haltungsbildung fördern. In Situationen wissenschaftlicher Unsicherheit braucht es Prozesse, die ethische Abwägungen systematisch berücksichtigen. Wie balancieren wir Schutz und Lebensqualität aus? Wie bewahren wir Selbstbestimmung?

Letzter Punkt. Zukünftige Maßnahmen müssen die Auswirkungen auf soziale Teilhabe, psychische Gesundheit, Bildung und Pflegequalität frühzeitig und systematisch mit einbeziehen.

Zum Schluss: Die Corona-Pandemie hat uns alle vor Herausforderungen gestellt, die wir uns vorher kaum vorstellen konnten. Für die Menschen in unseren Einrichtungen waren Maßnahmen notwendig, aber sie waren auch belastend und manchmal verletzend. Gleichzeitig hat die Krise gezeigt, wie viel Kreativität, Engagement und Solidarität in unserer Gesellschaft steckt.

Als Diakonie Hessen sehen wir unsere Aufgabe darin, diese Erfahrungen nicht nur zu dokumentieren, sondern im konkreten Lernen zu überführen; denn Krise ist immer auch ein Auftrag zur Weiterentwicklung. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, diese Perspektive in die politische Aufarbeitung einzubringen. Gemeinsam können wir Strukturen schaffen, die Menschen besser schützen, ohne ihre Würde, ihre Beziehungen und ihre Lebensqualität aus dem Blick zu verlieren. – Danke schön.

(Beifall)

Herr Dr. Martin Mencke: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Herzlichen Dank, dass auch die Evangelischen Kirchen in Hessen ihre Erfahrung und Erkenntnis in diesen Dialog für mehr Resilienz und Sicherheit einspeisen können. Aus der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck liegt Ihnen dazu eine knappe Auswertung vor. Das sollte Ihnen zumindest vorliegen. Auf die möchte ich jetzt nur am Rande eingehen. In Anbetracht der Zeit möchte ich nur einige wenige Schwerpunkte hervorheben.

Für die Evangelischen Kirchen ist vorab und insgesamt hervorzuheben, dass wir sehr dankbar auf eine gute, sehr enge und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Hessischen Landesregierung zurückblicken. Die Landesregierung hat damit das bestehende Verhältnis zwischen Staat und Kirche geachtet und entsprechend gepflegt. Das Selbstbestimmungsrecht der Kirchen wurde trotz aller Bedrohungen durch die Situation der Pandemie gewahrt und durchgehalten. Ihrerseits waren sich die Kirchen ihrer besonderen Verantwortung sehr bewusst, die durch das Offenhalten von Gestaltungsfreiräumen für kirchliches Leben gegeben war, und haben entsprechend maßvoll gehandelt. Die Kirchen empfehlen, diese partnerschaftliche Zusammenarbeit auch für zukünftige Maßnahmen im Blick zu behalten.

Für uns ist hervorzuheben, dass die Religionsausübung auch in analogen Gottesdiensten nach dem Ende des ersten Lockdowns während der Pandemie zwar unter bestimmten Auflagen, aber doch grundsätzlich möglich war. Bei den einzelnen Maßnahmen vertrauten die Leitungen auf die Richtigkeit der mit Fachleuten erarbeiteten Regelungen. Dabei war das Spannungsverhältnis zwischen Religionsfreiheit und Lebensschutz bewusst, auch wenn der Schutz der Gemeindeglieder und der Gesamtgesellschaft immer höchste Priorität hatte. Herr Sylla hat das eben schon gesagt: Die Kurzfristigkeit politischer Entscheidungen führte auch in den Kirchen zu enormem Druck auf Krisenstäbe, Gemeindeleitungen, Leitungen von Kitas, Schulen in kirchlicher Trägerschaft. Ein besonderer Aspekt für Landeskirchen, die oft über Bundeslandgrenzen hinausreichen, ist, dass diese verschiedenen Regelungen es den Kirchen sehr erschwert haben, für ihr Kirchengebiet jeweils einheitliche Maßstäbe und Handlungsanweisungen zu entwickeln und dann Empfehlungen für die Gemeinden und Einrichtungen auszusprechen. Es wäre zu überlegen, ob bei einer bundesweiten Epidemie Maßnahmen nach Möglichkeit zusammengefasst werden können.

Besonders schwerwiegend sind nach dem Eindruck der Seelsorgerinnen und Seelsorger die Einschränkungen bei Sterbebegleitungen und Trauerfeiern mit stark reduzierten Teilnehmenden, weil sie nach unserem Eindruck zu tiefen Verletzungen und dauerhaft belastenden Erfahrungen geführt haben. Sterbebegleitung war nur unter Extrembedingungen möglich. Viele Seelsorgende berichten von Situationen, in denen sie die einzigen Menschen waren, die Sterbende noch berühren durften. Das hat Spuren hinterlassen – spirituell, emotional und natürlich auch theologisch.

In der Altenheimseelsorge wurde die Isolation zum Hauptthema. Herr Sylla hat darüber schon ausgeführt, auch über die Trauer ohne Abschied und über die Überlastung des Personals. Insgesamt ist aber aus einer evangelisch-kirchlichen Sicht festzuhalten, dass Seelsorge Krisenkompetenz ist und dass sie stark zur Bewältigung der emotionalen und seelischen Erschütterungen durch die Pandemie beigetragen hat. Als solche ist sie in unseren Augen systemrelevant – wir erinnern uns noch an diesen Begriff. Vielerorts wurde kirchliches Handeln als stabilisierende Kraft wahrgenommen. Die Pandemie hat die Bedeutung spiritueller Resilienz sichtbar gemacht für Patientinnen und Patienten, Bewohnerinnen und Bewohner, Angehörige, Mitarbeitende und Einsatzkräfte.

Besonders schwer – das haben Sie heute und vielleicht gestern schon mehrfach gehört – wogen die Schließungen von diversen Einrichtungen. Wir möchten darauf hinweisen, dass auch in der außerschulischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen der Wegfall von Präsenzangeboten und

informellen Treffpunkten zu einer deutlichen Reduzierung sozialer Kontakte außerhalb von Familie und Schule geführt hat. Viele Kinder und Jugendliche berichten auch deshalb von Einsamkeit, fehlenden Tagesstrukturen, dem Verlust verlässlicher Bezugspersonen und Freizeitangeboten. Zudem wurden Beteiligungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Prozesse der Selbstorganisation, der demokratischen Teilhabe und Gruppenbildung konnten nur eingeschränkt stattfinden oder mussten vollständig pausieren.

Zugleich möchten wir den Blick ein wenig weiten, weil die in Bund und Land getroffenen Maßnahmen von Hessen aus auch eine weltweite Wirkung entfaltet haben. Sie stellen nämlich das kirchliche entwicklungspolitische Engagement in Deutschland vor erhebliche Herausforderungen. Durch Kontaktbeschränkungen und Veranstaltungsverbote mussten zahlreiche Bildungs-, Vernetzungs- und Kampagnenformate abgesagt oder digitalisiert angeboten werden. Bis heute beklagen Vereine und Initiativen den Verlust von Kontakten weltweit, die während der Pandemie abgebrochen sind und bislang nicht wiederhergestellt werden konnten.

Schließlich lässt sich aus kirchlicher Perspektive insgesamt sagen, dass die Maßnahmen zur Kontaktbeschränkung tief in die genuinen sozial verfassten Grundformen kirchlichen Lebens eingegriffen haben und dort bleibende Spuren hinterlassen haben. Auch die sozialen Praktiken des religiösen Lebens beruhen auf Routine und Selbstverständlichkeit. Ein zeitweise erzwungener Abbruch führt zu dauerhafter Verhaltensänderung. Dies lässt sich besonders gravierend und beispielhaft im Bereich der Kirchenmusik beobachten, wo gemeinsames Musizieren über längere Zeit nicht mehr möglich war. In der Folge verloren ehrenamtliche Ensembles Mitglieder bis hin zur Auflösung, und die Tendenz weg vom aktiven Musizieren hin zum Musikkonsum wurde verstärkt und hat damit bis heute reichende Folgen für die musisch-kulturelle Bildung der gesamten Gesellschaft nach sich gezogen.

Wir danken als Kirchen für die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Land, auch im Zusammenhang dieses Dialog- und Maßnahmenpakets. Wir setzen uns gerne dafür ein, gemeinsame Lehren für eine verantwortliche, menschenwürdige und handlungsfähige Krisenpolitik in der Zukunft zu ziehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Frau Prof. **Dr. Ulrike Guérot**: Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Gäste und Zuschauer! Ich darf als unabhängige Expertin eine politikwissenschaftliche Einschätzung der Legitimität der Corona-Maßnahmen abgeben. Mein Vortrag liegt Ihnen inklusive eines Fußnotenapparates sowie weiterführender Materialien schriftlich vor.

Die Corona-Krise kann epidemiologisch als weitgehend geklärt betrachtet werden. Sämtliche Mythen, die sich um das damalige Krisengeschehen ranken, sind heute alle empirisch entkräftet: „Der Krisenursprung ist eine Fledermaus.“ – „Masken bieten Schutz.“ – „Lockdowns und Schutzschließungen sind notwendig.“ – „Der PCR-Test bildet das Infektionsgeschehen sinnvoll ab.“ – „Die Krankenhäuser sind überlastet.“ – „Herdenimmunität kann erreicht werden.“ – „Es gibt eine

Pandemie der Ungeimpften.“ – „Die Impfung ist sicher.“ – Das alles hat sich als falsch herausgestellt.

Die sogenannten RKI-Files zeigen eindeutig, dass die Corona-Maßnahmen politisch motiviert waren. Auch das Argument, man konnte es damals nicht besser wissen, ist widerlegt. Selbst wenn man Anfang 2020 einen Überraschungseffekt konzidiert, so konnte man spätestens ab Juni 2020 wissen, dass das Virus nicht so gefährlich ist, wie zunächst vermutet, weswegen es zu einer Risikoabwägung zwischen Virus und Maßnahmen unter Beachtung existierender Pandemiepläne hätte kommen müssen. Spätestens seit Dezember 2020 wusste man, dass der Impfstoff gefährlich ist, weswegen unter anderem die Pfizer-Zulassungsstudie abgebrochen wurde.

Die Frage nach der Legitimität der Maßnahmen muss vor diesem Hintergrund beachtet werden und ist damit eigentlich auch schon beantwortet. Wo keine Notlage, da auch keine Legitimität für gesetzliche Notstandsregeln, geflickschusterte neue Gesetze bzw. die Abänderung von bestehenden Gesetzen durch die Exekutive unter massiver Durchbrechung der Gewaltenteilung. Wo weder wissenschaftliche Argumente noch Unwissenheit für die Corona-Maßnahmen geltend gemacht werden können, müssen die Gründe für einen de facto willkürlich konstruierten Ausnahmezustand anderweitig in Staat, Politik und Gesellschaft gesucht werden.

Die Frage ist, wie es möglich sein konnte, dass oft schon formal illegale, deswegen illegitime, in großem Umfang bevölkerungsschädigende und obendrein absurde Corona-Maßnahmen, die tief in die Grundrechte der Bevölkerung eingegriffen haben, wider besseres und verfügbares Wissen über knapp drei Jahre durchgesetzt und von der Gesellschaft weitgehend widerspruchslos hingenommen werden konnten; denn die Maßnahmen gingen im Herbst/Winter 2021 nicht nur weiter, sondern im 2G-Winter 2021 ging die Impfdebatte erst richtig los. Inzwischen liegt von Jens Spahn die Aussage vor, dass es ein „Experiment am laufenden Markt“ war, also ein nach nationalem und internationalem Recht strafrechtlich relevanter Versuch am Menschen.

Zu analysieren ist aus politikwissenschaftlicher Sicht das Spannungsverhältnis zwischen Mehrheit und Rechtsstaat, wenn eine Mehrheit der Bürger in einer Krisensituation Maßnahmen wünscht, die die geltenden Gesetze nicht hergeben. Über 90 % der Bevölkerung befürworteten den ersten Lockdown. Es geschah also vordergründig alles im Namen des Volkes. Die Politik tat nur, was die große Mehrheit der Bevölkerung wünschte. Aber Demokratie ist nicht gleich Mehrheit, und die Mehrheit hat im doppelten Wortsinn nicht immer recht.

Eine Mehrheit ohne parlamentarische Entscheidung, ohne Gewaltenteilung, ohne unabhängige Gerichte, ohne Minderheitenschutz und ohne Meinungsfreiheit, um nur diese fünf Grundfeste einer Demokratie zu nennen, die allesamt bei Corona ausgehebelt wurden, ist keine Demokratie bzw. kein Rechtsstaat im Sinne des Grundgesetzes.

Rechtsstaat heißt, das geltende Recht notfalls gegen eine Mehrheit durchzusetzen bzw. zu verteidigen, wenn diese Mehrheit im Affekt angstgetrieben oder hochgradig manipuliert agiert. Genau das war der Fall.

Staat und Gesellschaft, die, so die Grundannahme der Soziologie, eine untrennbare Einheit darstellen, wurden mit Beginn von Corona symbiotisch und steigerten sich in eine Massenpsychose. Das ganze Corona-Geschehen muss als hochgradig irrational angesehen werden und entzieht sich schon deswegen der Frage nach der Legitimität. Nur so lassen sich Aussagen wie: „Eine Politik, die keine roten Linien mehr kennt“, zumal aus dem Munde eines Bundeskanzlers, erklären.

Die Bundesrepublik Deutschland ist in diesem Moment in einen durch Carl Schmitt geprägten Dezinismus – Not kennt kein Gebot – abgerutscht. Die sogenannte Singularitätsthese, das Geschehen sei so einzigartig gewesen, dass alles erlaubt sein musste, sogar mehr Diktatur wagen, hält einer Legitimitätsprüfung nicht stand. Denn wer entscheidet darüber, ob eine Krise singular ist?

Dass Krisenerzählungen zum Vorwand genommen werden, um rechtsstaatliche Grundfeste einzuschränken oder ganz auszuhebeln, natürlich nur zum Schutz der Bevölkerung, hat die Politikwissenschaft umfassend erforscht und dafür den Begriff des szientistischen Totalitarismus geprägt, also ein Totalitarismus, der vermeintlich nicht hinter fragbaren Notlagen geschuldet ist, die zwar wissenschaftlich behauptet werden, eigentlich aber Ideologien sind. Es geht um die problematische Normalisierung des Regierens per Ausnahmezustand oder um die Inszenierung von Krisen in Demokratie.

Nach diesen Ausführungen ist nun die Frage zu beantworten, wie und warum sich bei Corona jene symbiotische Verschmelzung von Staat, Politik, Medien und Gesellschaft vollziehen konnte, in der eine große Mehrheit bereit war, rechtsstaatliches und demokratisches Terrain im Handumdrehen zu verlassen.

Die Antwort ist, dass durch gezieltes, auch staatliches Schüren von Angst und Panik und durch massive Propaganda die natürliche Schwarmintelligenz der Gesellschaft ausgehebelt und diese hochgradig manipuliert wurde. Zugleich wurde Kritik an dem Geschehen mit dem verführerischen Argument der Solidarität ausgebremst.

Eine diesem Vortrag beigefügte Chat-GPT-Analyse weist aus, dass in den Jahren 2020 bis 2023 inklusive der Sondervergütungen für impfende Ärzte insgesamt knapp 8 Milliarden Euro für staatliche Kampagnen zu Corona ausgegeben wurden. Exemplarisch ist der propagandistische Aufwand mit Blick auf die „Pandemie der Ungeimpften“. Die Kampagne begann nämlich erst zu einem Zeitpunkt, als das RKI bereits wusste, dass das nicht stimmt.

(Zuruf Abgeordnete Lara Klaes)

Dieser paratotalitäre Zugriff auf Staat und Gesellschaft war wiederum nur möglich, weil die Bundesrepublik zuvor über Jahrzehnte von einem sogenannten bürgerlichen Block ausgehöhlt wurde, sodass oligarchische, monopolistische und teilweise Clanstrukturen die sozioökonomischen und parlamentarischen Funktionsmechanismen der Bundesrepublik kapern und diese in eine sogenannte simulative Demokratie umwandeln konnten.

(Unruhe – Zuruf: Und Sie dürfen sich hier hinstellen und das sagen! – Weitere Zurufe)

Der Bericht über das Zensurnetzwerk Deutschland dokumentiert, dass die Durchdringung von staatlichen, wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen mit finanziellen Zuwendungen, die Abhängigkeitsstrukturen und Kontrolle verfestigt haben, seit etwa 2016 sprunghaft zugenommen hat. Nur deswegen konnte die massive Propaganda auf so fruchtbaren Boden fallen.

(Unruhe)

Es kam zu einer Neutralisierung von Kritik bei gleichzeitiger Ausschaltung der Opposition. Um die Propaganda durchzusetzen, wurden heterodoxe Stimmen diffamiert und sanktioniert und bisher beispiellose Methoden der Repression und Nötigung eingesetzt, um eine massive Sammlung nicht um eine nationale Fahne, sondern um die Fahne der Wissenschaft zu erzwingen, also eine Gleichgerichtetheit der gesamten Gesellschaft und ihrer institutionellen Akteure. Gerade die akademischen Funktionselementen und die Beamtenapparate waren nicht kritisch.

(Abgeordnete Lara Klaes: Was soll das? – Abgeordnete Esther Kalveram: Ich bin gerade beschmissen worden!)

Vorsitzender: Entschuldigung, was ist da oben los? Da ist etwas geworfen worden.

(Abgeordnete Esther Kalveram: Ich bin getroffen worden! – Zuruf von der Besuchertribüne: Gummibärchen!)

Wer hat das gesehen? Wer war das?

(Besucherin: Ich war das!)

Verlassen Sie den Raum. Wir sind hier im Parlament und nicht in irgendeiner Wurstbude.

(Besucherin: Hier wird auf das iPad oder das Handy geglotzt oder Bonbons gegessen!)

Da haben Sie kein Recht, dazu Stellung zu nehmen. Verlassen Sie den Raum.

(Besucherin: Ich habe ein Recht zu allem, mein Bester, und zwar mein ganzes Leben lang!)

Das können wir an anderer Stelle erörtern, aber Sie haben hier nicht im Parlament mit irgendwas herumzuwerfen.

(Besucherin: Solange die dahinten die ganze Zeit – –)

Das geht Sie nichts an.

(Besucherin: Sie werden von Steuergeld bezahlt!)

Verlassen Sie den Raum, oder ich lasse die Tribüne räumen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Besucherin: Ihr solltet euch schämen, da unten, ihr Penner! – Die Besucherin wird aus dem Plenarsaal geleitet.)

Ich rüge das ausdrücklich, und wenn die Zuschauerinnen und Zuschauer sich nicht benehmen, lasse ich die Tribüne räumen. Wir sind hier im Parlament, und dieses Parlament befasst sich parteiübergreifend Wochen und Monate mit diesem Thema. Wir haben uns vorgenommen, das sachlich zu tun, und wir haben uns vorgenommen, daraus zu lernen. Aber wir lassen uns nicht beschimpfen oder diskriminieren. Ich kann nur appellieren, dass Sie sich daran halten.

Die Anhörung wird fortgeführt, mit oder ohne Zuschauertribüne. Damit wir uns da richtig verstehen: Sie sind hier Gast. Sie können zuhören. Wir können unsere Arbeit auch ohne Sie machen. Aber wenn Sie den weiteren Verlauf verfolgen wollen, dann benehmen Sie sich.

(Weitere Besucherinnen und Besucher verlassen die Tribüne.)

Ich erteile Ihnen das Wort.

Frau Prof. **Dr. Ulrike Guérot**: Ich setze wieder ein bei dem letzten Satz.

Um die Propaganda durchzusetzen, wurden heterodoxe Stimmen diffamiert und sanktioniert und bisher beispiellose Methoden der Repression und Nötigung eingesetzt, um eine massive Sammlung, nicht um eine nationale Fahne, sondern um die Fahne der Wissenschaft zu erzwingen, also an die Gleichgerichtetheit der gesamten Gesellschaft und ihrer institutionellen Akteure. Gerade die akademischen Funktionseliten und die Beamtenapparate waren nicht kritisch oder konnten es aufgrund der symbiotischen Verschmelzung von Staat und Gesellschaft nicht werden.

Laut der klinischen Psychologin Ariane Bilheran haben nur drei gesellschaftliche Gruppen der totalitären Versuchung widerstanden – einfache Menschen ohne akademische Bildung, gläubige oder spirituell eingestellte Menschen und Personen, die schon einmal einen autoritären Staat erlebt haben. Letzteres erklärt die auffälligen Differenzen in den Einstellungen zu Corona zwischen Ost- und Westdeutschen.

Prüfen wir die eingesetzten Methoden kurz auf ihre rechtsstaatliche Legitimität.

Eine Demokratie kennt grundsätzlich keine Dissidenten. Die staatlich angeordnete oder gruppendynamisch erzeugte Ausschaltung heterodoxer Stimmen ist ein schwerer Verstoß gegen Artikel 5 Grundgesetz. Legitime Kritik ist das Alleinstellungsmerkmal von demokratischen Systemen im Gegensatz zu autoritären, totalitären oder faschistischen Systemen. Demokratische Politik bedeutet, dass konkurrierende Gruppen darum ringen, ihre Sichtweisen als allgemeinverbindlich durchzusetzen.

Zweitens ist Repression keine legitime Methode in einem Rechtsstaat. Zur Repression gehörte unter anderem brutalstes Verprügeln von Demonstranten durch die Polizei, die grundlose Inhaftierung von Personen, die diese Demonstrationen organisiert haben, Kontenschließungen für kritische Medienportale, Praxisschließungen oder Verhaftungen von dissidentischen Ärzten, neuartige Auslegung des Verfassungsschutzgesetzes, wodurch Regierungskritik zu staatsfeindlichen Umtrieben umdefiniert wurde.

Drittens ist Nötigung ein Straftatbestand nach § 240 StGB und kann mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft werden. Mit Blick auf die Corona-Impfung wurde staatlicherseits in erheblichem Umfang mit sogenannter emotionaler Nötigung gearbeitet, was die Frage aufwirft, wer den Staat bestraft und wie, wenn der Staat selbst zum Täter im Sinne seiner eigenen Gesetze wird.

Für die kritische Sozialwissenschaft ist sogenanntes Nudging eine Erziehung zur Unmündigkeit und verfolgt das Ziel einer normierten Gesellschaft.

Als besorgniserregende Nötigung muss die einrichtungsbezogene Impfpflicht für Pflegepersonal oder Bundeswehrsoldaten gewertet werden, die eine höchst strittige Einschränkung von Artikel 1 und 2 Grundgesetz bedeutete.

Im Ergebnis waren praktisch alle Corona-Maßnahmen nicht nur nicht legitim, sondern strukturell mit Demokratie und Rechtsstaat nicht vereinbar. Es war ein neuartiger, technokratisch geprägter Autoritarismus unter dem Zeichen des vermeintlich einzig Wahren und Guten. Zudem korrelierte der staatliche Autoritarismus mit antipluralistischen, gar faschistoiden Tendenzen in der Gesellschaft.

(Unruhe – Die anwesenden Mitglieder der SPD-Fraktion verlassen den Raum.)

Diese zeigten sich unter anderem im gesellschaftlichen Bündeln – Faschismus kommt von dem italienischen Wort *fascis*, Bündel –, um ein ideologisches Argument, das der Impfung fast eine Heilserwartung beimaß, der Androhung des Entzuges von Bürgerrechten, dem gruppenspezifischen Ausschluss nicht geimpfter Personen, dem Aufruf zum Denunziantentum, öffentlichem Anden-Pranger-Stellen, der Nutzung menschenverachtender Sprache – „Blinddarmfortsatz“, „sozialschädliche Kinder sind Ratten“ – oder an hochgradig ideologisierten Slogans, zum Beispiel „Impfen macht frei“. Gerade bei Letzterem hätten in der Bundesrepublik Deutschland alle Alarmglocken schrillen müssen.

(Unruhe)

Corona markierte in Deutschland insofern den bedenklichen Übergang von einer offenen Gesellschaft zu einer geschlossenen Gemeinschaft, die sich auf Moral und nicht auf Recht beruft.

Im Ergebnis ist die Bundesrepublik durch Corona in einer Stasis gelandet, also einer gesellschaftlichen Stockung. Die Gesellschaft zerfällt in zwei Mengen: Wir gegen die. – Mindestens 20 Millionen Ungeimpfte fordern eine rigorose Aufarbeitung, 60 Millionen möchten verdrängen. Vor allem der Beamtenapparat und die Gerichte halten gegen jede empirische Evidenz und die inzwischen fast erschlagenen Dokumentationen von staatlichem Versagen an der Deutungshoheit einer

Pandemie fest, sodass der staatliche Autoritarismus zu Zeiten von Corona in einen Autoritarismus zur Deckung von staatlichem Unrecht umzuschlagen droht.

81 % der Deutschen denken, dass Corona die Gesellschaft zum Negativen verändert hat, und ahnen gleichzeitig, dass bei Corona etwas ganz Grundsätzliches in der Bundesrepublik schiefgelaufen ist, dass sie möglicherweise Propaganda erlegen sind, einen gefährlichen Impfstoff im Körper haben und sich womöglich aktiv faschistoid verhalten haben.

Meine Damen und Herren, eine gesellschaftliche Stockung ist für eine Gesellschaft hochgradig gefährlich. Ich darf an Margarete und Alexander Mitscherlichs Buch, „Die Unfähigkeit zu trauern“, erinnern. Die Gesellschaft kann aus der Stasis nur herausfinden, wenn Politik und Staat ihr bald ein klares Signal geben, dass es erlaubt ist, über das Eigentliche zu reden.

Die Vertuschung durch den Staat und die Verdrängung durch die Gesellschaft nähren sonst Nihilismus und selbsterstörerische Tendenzen. Die augenblicklichen Kriegsvorbereitungen werden in verschiedenen Theorien bereits in diese Richtung gedeutet.

(Unruhe)

Was es bräuchte, um das kolossale staatliche, politische und gesellschaftliche Versagen der letzten Jahre zu heilen, wäre eine nicht simulierte juristische und politische Aufarbeitung, die Rücktritte mindestens von Jens Spahn und Karl Lauterbach als Signal für politischen Anstand, ein sofortiges Moratorium der mRNA-Impfstoffe, eine allgemeine Amnestie vor allem für dissidentische Ärzte und Soldaten und ihre Freilassung, die großzügige Entschädigung der Impfpfopfer, die Rehabilitierung der kritischen Stimmen, eine radikale Reform des ÖRR, den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der WHO, das Auswechseln der Beamtenapparate von RKI und PEI, die Rückführung aller Corona-Gesetze auf den Status ex ante und die Rücknahme der einschlägigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts.

Es geht nicht darum, ob Schulen früher geöffnet oder Parlamente besser hätten einbezogen werden können, sondern es geht um die Behebung struktureller Demokratieprobleme, die Neutralisierung des Zensurkomplexes, die Beendigung der Zersetzung der Gesellschaft sowie die Stärkung ihrer Resilienz gegen Propaganda.

Demokratien sterben heute nicht mehr durch Putsch- oder Ermächtigungsgesetze, sondern sie sterben langsam, von innen heraus und vor allem bereitwillig. Das hat die Politikwissenschaft hinreichend untersucht. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall – auch von der Tribüne)

Vorsitzender: Ich weise jetzt das letzte Mal darauf hin, dass Missfallens- und Beifallsäußerungen von der Tribüne zu unterlassen sind. Wenn Sie das nicht verstehen oder nicht verstehen wollen, lasse ich die Tribüne räumen.

(Zurufe von der Tribüne)

Es gehört sich nicht. Sie sind erwachsene Menschen, Sie müssen wissen, wo Sie hier sind. Sie sind im Hessischen Landtag und nicht sonst irgendwo. Das ist unerhört.

Zur Referentin sage ich Folgendes: Wenn Sie ein Abgeordneter gewesen wären, hätte ich Sie gerügt und Sie wahrscheinlich des Saales verwiesen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Begriffe wie „Faschismus rügen“ mit der Unterstellung, es würde Faschismus herrschen, oder hier würde ein Krieg vorbereitet, der mit Corona zu tun habe oder „mehr Diktatur wagen“ gehören nicht in ein Parlament.

(Unruhe)

Ich habe Sie als Sachverständige vor Respekt ausreden lassen. Wenn Sie Abgeordnete wären, wären Sie nicht mehr drin.

(Wortmeldung Prof. Dr. Ulrike Guérot)

Ich erteile Ihnen nicht das Wort. Ich habe hier etwas festgestellt. Wenn ich etwas feststelle, wird mit mir nicht diskutiert. Damit das klar ist. Das sage ich auch in Richtung der AfD. Mit mir wird hier nicht diskutiert, wenn es um verfahrensleitende Dinge geht.

Ich bedauere sehr, dass diese hervorragende Stimmung, die in kritischen Situationen oder bei kritischen Themen über zwei Tage hinweg durch solche Beiträge diskreditiert wird.

Ich hoffe, dass die Öffentlichkeit wahrnimmt, dass wir uns sachlich über Monate mit diesem Thema beschäftigt haben und dass das hier ein Ausrutscher ist.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Die Mitglieder der SPD-Fraktion betreten wieder den Plenarsaal.)

Ich erteile Ihnen, Herr Prof. Knipper, das Wort.

Herr Prof. **Dr. Michael Knipper**: Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich danke sehr für die Einladung, bei dieser meiner Ansicht nach nicht simulierter Bemühung um Aufarbeitung der COVID-Pandemie als Sachverständiger beitragen zu können.

Ich möchte kurz zu den Ausführungen meiner Vorrednerin sagen, dass ich schockiert bin und ich mich davon distanzieren möchte. Vielleicht kommen wir nachher in Diskussionen, aber ich möchte jetzt versuchen, auf die sachliche Basis zurückzukehren.

(Unruhe – Dirk Bamberger: Herr Vorsitzender, es gibt schon wieder Solidaritätsbekundungen!)

Vorsitzender: Ich darf den Sachverständigen bitten, etwas näher ans Mikrofon zu gehen oder besser an sich heranzuziehen. Ich glaube, es war ein akustisches Problem auf der Tribüne.

Herr Professor **Dr. Michael Knipper:** Können Sie mich jetzt hören? – Gut.

Es geht hier um die Frage nach der Legitimität der Maßnahmen, die während der COVID-19-Pandemie getroffen wurden. Das ist ein sehr vielschichtiges Thema. Viele Aspekte wurden bereits behandelt.

Ich möchte einleitend kurz zunächst meine wissenschaftliche Perspektive auf die COVID-Pandemie und meinen professionellen Erfahrungshintergrund mit Ihnen teilen, aus denen ich dann meine Stellungnahme und meine Empfehlungen ableite.

Mein Arbeitsfeld ist der interdisziplinäre Bereich zwischen Medizin, Sozial- und Kulturwissenschaften in Deutschland und international. Aus einer insbesondere historisch und medizin-anthropologisch orientierten Perspektive befasse ich mich mit Gesundheit und medizinischer Versorgung im Kontext von sozialer, kultureller und lebensweltlicher Vielfalt. Zentrale Interessensgebiete sind Gesundheit und Migration sowie Gesundheit und Menschenrechte. Außerdem – und das ist vielleicht wichtig – war ich 2021 als Impfarzt im Impfzentrum Gießen tätig und stand in engem Austausch mit Kolleginnen und Kollegen in diversen Gesundheitsämtern sowie wissenschaftlichen Partnerinnen und Partnern in Deutschland und international, auch mit der WHO zum Beispiel.

In der retrospektiven Beurteilung der Legitimität der Corona-Maßnahmen zeigt sich aus meiner Perspektive neben all dem, was schon besprochen wurde, vor allem ein zentrales Versäumnis, welches auch in meiner Auffassung in der bisherigen Aufarbeitung der Pandemie nur unzureichende Beachtung gefunden hat, nämlich dass weder die Maßnahmen selbst noch ihre öffentliche Kommunikation die sozioökonomische, lebensweltliche und insbesondere auch sprachliche Vielfalt der in Deutschland lebenden Bevölkerung systematisch berücksichtigt hat.

Damit wurde ein wichtiges Prinzip sozialmedizinischer Infektionskontrolle vernachlässigt, welches auch zu Beginn der COVID-19-Pandemie bereits gut bekannt war. Denn Maßnahmen zur Prävention, Kontrolle und Bekämpfung von Infektionskrankheiten müssen stets die Lebenswirklichkeit der gesamten Bevölkerung in den Blick nehmen. Frau Blom hat das eben auch schon angedeutet. Maßnahmen können von den Menschen nämlich nur dann angenommen und umgesetzt werden, wenn diese auch die Möglichkeit haben, von den Maßnahmen zu erfahren, sie zu verstehen und entsprechend zu handeln.

Außerdem galt vorhersehbar auch für COVID-19, dass zum Beispiel Armut und ein Leben am Rande der Gesellschaft mit einem höheren Risiko für Ansteckungen, Erkrankungen und die medizinischen, psychosozialen und weiteren Folgen der Infektion verbunden sein würden. Erste Hinweise auf das Vorliegen von sozioökonomisch begründeten Unterschieden im Infektions- und Erkrankungsrisiko in Deutschland wurden zum Beispiel bereits im September 2020 publiziert.

Allerdings waren anfangs vor allem sozioökonomisch besser gestellte Menschen von dem Virus betroffen, was sich später deutlich änderte. Die ersten Fälle waren Menschen, die Gelegenheiten zu Dienstreisen und Urlaubsreisen hatten. Später waren es dann eher Menschen aus sozioökonomisch benachteiligten Gruppen.

Denn entgegen einer in der Pandemie oft gehörten Wendung sind die Menschen vor keinem Virus gleich. Sowohl biologische Faktoren wie Alter, Geschlecht und Vorerkrankungen als auch soziale Faktoren beeinflussen Krankheitsrisiken nahezu jeder Art. Wobei die genaue Ausprägung dieser Unterschiede von der jeweiligen Erkrankung bzw. Krankheitsursache, also ob es Viren, Bakterien oder Noxen sind, abhängt, und das muss jeweils durch wissenschaftliche Forschung geklärt werden.

Selbstverständlich muss jede rückblickende Kritik an den COVID-Maßnahmen die zeitliche Dynamik berücksichtigen. In den ersten Monaten waren die Verunsicherungen erheblich und das Wissen um das Virus und seine biologischen und klinischen Eigenschaften gering. Aber schon im zweiten Quartal 2020, während der ersten Lockdowns, wurden genau die von mir hier angesprochenen Fragen zum Beispiel zur sozialen Ungleichheit bezogen auf COVID von vielen Kolleginnen und Kollegen diskutiert. Leider fanden aber diese Überlegungen kaum Berücksichtigung in der politischen Gestaltung der Pandemie, auch nicht in den folgenden Jahren und der anschließenden Aufarbeitung der Pandemie.

Zur Verdeutlichung dieser Zusammenhänge möchte ich kurz einige Ergebnisse aus einem internationalen Forschungsprojekt aus den Jahren 2022 bis 2025 skizzieren, in dem ich gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland, Brasilien, Peru und Kanada in einem partizipativen Ansatz untersuchte, wie Bevölkerungsgruppen, die in einer Gesellschaft als Minderheit oder soziale Randgruppe gelten oder Quartiere, die als sozialer Brennpunkt gelten, die Pandemie erlebten. Eine der Nachbarschaften, mit denen wir arbeiten, war zum Beispiel die Gießener Nordstadt – manche kennen sie vielleicht.

Im Rahmen des Projekts konnten wir deutlich herausarbeiten, mit welchen erheblichen Belastungen die Maßnahmen für Menschen verbunden waren, die in beengten Wohnverhältnissen mit mehreren Personen lebten, teilweise ohne Zugang zu Garten oder Balkonen und häufig nur mit einem digitalen Endgerät für mehrere Kinder im Homeschooling. Hier wird die zentrale Bedeutung der sogenannten sozialen Determinanten von Gesundheit sichtbar, die für nahezu alle Erkrankungen relevant sind und auch im Kontext der Pandemie systematisch berücksichtigt werden müssen oder hätten wir berücksichtigt werden müssen.

Diese sozialen Determinanten von Gesundheit sind all jene sozialen und strukturellen Faktoren, die die Lebenssituation von Menschen ausmachen, etwa Wohn- und Arbeitsverhältnisse, Zugang zu Bildung, Zugang zu medizinischer Versorgung und zu gesundheitsrelevanten Informationen sowie die soziale Einbindung in eine Gesellschaft. Oft verstärken sich die Auswirkungen dieser Faktoren in von Armut betroffenen Nachbarschaften noch einmal besonders und gegenseitig. In der Pandemie etwa: enge Wohnverhältnisse, Arbeit in systemrelevanten Berufen, wo dann kein Homeoffice möglich war, Nutzung von öffentlichem Personennahverkehr anstatt von privaten Pkw etc.

Ein weiterer zentraler Aspekt, den wir gesehen haben, betrifft die Kommunikation der Maßnahmen. Sowohl die rasch wechselnden politischen Vorgaben als auch regionale und lokale Regelungen, etwa Bezug auf Lockdowns, Infektionen, Schulschließungen oder -öffnungen oder Impfungen wurden in der Pandemie überwiegend auf Deutsch und zum Teil nicht einmal in leicht verständlicher Sprache kommuniziert. Mehrsprachige Informationsangebote waren bis zum Ende der Pandemie nur unzureichend vorhanden. Von einzelnen positiven lokalen Initiativen, zum Beispiel mancher Gesundheitsämter oder Initiativen abgesehen. Das heißt in der Praxis, dass Menschen mit geringen Deutschkenntnissen dadurch faktisch von zentralen Informationskanälen ausgeschlossen waren.

Gleichzeitig wurde insbesondere in Stadtteilen mit hoher Armutsbelastung, geringen Bildungsressourcen und einem hohen Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte ein erheblicher Kontrolldruck durch Ordnungsbehörden wahrgenommen. Dies führte nicht zu Vertrauensbildungen, sondern vielfach zu Frustrationen, Verunsicherung und dem Gefühl sozialer Ausgrenzung.

Unsere Forschung zeigte auch gleichzeitig, wie groß das Informationsbedürfnis der Menschen in diesen Stadtteilen zum Beispiel war. So berichteten Personen mit Arabisch als Muttersprache zum Beispiel, dass sie auf arabischsprachige YouTube- und Instagram-Kanäle umgestiegen sind oder angewiesen waren, die täglich die Inhalte der deutschen Tagesschau berichtet haben. Jeden Tag Instagram, YouTube und deutsche Tagesschau auf Arabisch, damit die Menschen sich verlässlich informieren konnten. Und hier stellt sich mir die Frage, weshalb es in Deutschland nicht möglich war, zentrale Informationsangebote systematisch in den am häufigsten gesprochenen Sprachen bereitzustellen.

Gleichzeitig stellen wir fest, dass in den betroffenen Stadtteilen nicht nur Konflikte und Belastungen zu beobachten waren, sondern ein erhebliches Maß an Solidarität und gegenseitiger Unterstützung, oftmals über ethnische und sprachliche Grenzen hinweg. Als ganz zentrale positive Aspekte haben sich neben nachbarschaftlicher Solidarität außerdem die Angebote von religiösen Gemeinschaften, Vereinen und vor allem von den etablierten Strukturen der sozialen Arbeit und Stadtteilarbeit herausgestellt. Die Bedeutung solcher Unterstützungsangebote, die zum Teil auch in der Pandemie unter erheblichen Schwierigkeiten von manchen sozialen Menschen aus der sozialen Arbeit weiterhin angeboten wurden, wurden von den Menschen ausdrücklich gewürdigt.

All diese Punkte unterstreichen die zentrale Rolle sozialer Einbindung, sozialer Arbeit und quartiersbezogener Strukturen in gesundheitlichen Krisenlagen. Im Forschungsteam gehen wir so weit zu sagen, dass es sich aus unserer Ansicht auch bei sozialer Arbeit und Stadtteil- oder Community-bezogenen Unterstützungsangeboten um kritische Infrastruktur handelt, die vonseiten staatlicher Stellen dauerhaft sichergestellt und gepflegt werden muss.

Komme ich nun zum Abschluss, zu den Empfehlungen. Im Hinblick auf mögliche Lehren aus der Pandemie, insbesondere zur Verbesserung der Legitimität und Verhältnismäßigkeit von staatlichen Maßnahmen, möchte ich fünf Punkte benennen.

Zum einen ist es aus meiner Sicht von zentraler Bedeutung, eine Pandemie wie COVID-19, aber auch andere Gesundheitsthemen nicht ausschließlich in den Kategorien der Medizin und der

Biomedizin zu betrachten. Naturwissenschaftliche Ansätze sind sehr wichtig, aus der Virologie, der Pharmakologie selbstverständlich, und sie sind unverzichtbar. Auch klinische Medizin und entsprechende Forschungen etwa zur Entwicklung und Prüfung von Impfstoffen sind das ebenso.

Aber die sozialen Determinanten, das Wissen um die psychosozialen Aspekte von Krankheiten, von Infektionsdynamiken und Gesundheit sind ebenso bedeutsam und müssen in der wissenschaftlichen Diskussion integriert werden. Mit Blick auf die Zukunft wäre es wichtig, dass bei der Beratung von politischen Maßnahmen auch sozialmedizinische sowie sozialwissenschaftliche und historische Wissensbestände und Perspektiven systematisch miteinbezogen werden.

Der zweite Punkt. Die Notwendigkeit, den Öffentlichen Gesundheitsdienst und die lokalen Gesundheitsämter zu stärken, ist inzwischen politischer Konsens. Da ist meine Hoffnung, dass es von Dauer ist. Denn das ist sehr erfreulich, sehr wichtig, aber das muss wirklich auch nachhaltig gewährleistet werden.

Drittens. Eine aus meiner Sicht notwendige Ergänzung der lokalen Gesundheitsarbeit besteht in einer Stärkung von sozialen Infrastrukturen, also sozialer Arbeit und Stadtteilarbeit als kritische Infrastruktur, wie ich eben gesagt habe, und auch von partizipativen Community-Health-Ansätzen, die es durchaus an einigen Orten inzwischen gibt. Es ist wichtig, das Potenzial, das Wissen und die Kreativität der Menschen in den Nachbarschaften einzubeziehen, um eine an der realen Lebenswirklichkeit der Menschen orientierte Gesundheitsfürsorge zu etablieren und wirklich niemanden zurückzulassen oder auszuschließen.

Hier kommt dann auch historisches Wissen zum Tragen. Aus anderen epidemischen und pandemischen Kontexten der Vergangenheit, zum Beispiel HIV/AIDS, Tuberkulose, ist gut bekannt, dass konventionelle Ansätze der Infektionsbekämpfung, die primär auf Kontrolle, Verbote und Sanktionen setzen, weniger erfolgreich sind als gut kommunizierte, partizipative und community-basierte Ansätze. Und da kann man gerade auch in Deutschland sehr viel aus Ländern des globalen Südens lernen, wo man deutlich weiter ist.

Damit komme ich aber auch zum vierten Thema, nämlich Kommunikation. Diese muss zielgruppenorientiert, mehrsprachig und kohärent sein. Das ist, glaube ich, ein ganz zentraler Punkt. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, die Menschen mit ihren Sorgen und Fragen nicht zu verunsichern und transparent zu informieren.

Es war ein Erlebnis in der Impfkabine, dass wir wirklich sehen konnten am Morgen, was am Abend vorher für eine Talkshow im Fernsehen gelaufen ist und wie die Leute völlig verunsichert und irritiert in die Impfkabine kamen. Gleichzeitig kamen Menschen mit großer Angst in die Impfkabine, gerade Pärchen, Ehepaare, die kamen, wo der eine wollte, die andere nicht oder umgekehrt, wo man sehr viel Arbeit und Zeit investieren musste in das Zuhören und die oft sehr vernünftigen Fragen der Menschen. Die Leute hatten Angst und hatten sehr kluge Fragen, trauten sich aber kaum, die Fragen zu stellen. Wenn sie dann endlich die Gelegenheit hatten, mal 20 Minuten mit einem Impfarzt zu sprechen, die Fragen zu klären, war häufig dann die Entscheidung für die Impfung einfacher. Manche haben gesagt: „Ich überlege es mir nochmal.“ Niemand wurde

gezwungen. Andere haben gesagt: „Okay, jetzt bin ich überzeugt, jetzt werde ich auch die Impfung nutzen“.

Zum letzten Punkt, schließlich, weil ich auch zum Thema Migration und Gesundheit arbeite und das in den Stadtteilen natürlich auch wichtig ist, erwarte ich auch von der Politik in der Hinsicht einen differenzierten, sachorientierten und konstruktiven Umgang mit dem Thema Migration und insbesondere Migration und Gesundheit.

Wie stets im Bereich von Gesundheit und Medizin dürfen politische Meinungen oder Ideologien und die Auffassung, was wir von Migration halten oder nicht, die Qualität der medizinischen Versorgung oder den Zugang zu medizinischer Versorgung und gesundheitsrelevanten Maßnahmen nicht infrage stellen.

Das Thema, wie es in der Pandemie passiert ist, weitgehend auszublenden oder sich auf pauschale Aussagen zu spezifischen Gruppen darauf zu reduzieren, ohne wirklich die Lebensrealität und die sozialen und politischen Hintergründe zum Beispiel von epidemiologischen Daten angemessen zu betrachten, ist nicht zielführend. Dabei muss die normative Grundlage zur Bewertung von Aussagen und Zusammenhängen auch zum Hinblick auf Gesundheit und Migration, zum Beispiel meines Erachtens stets die universelle Würde und die Rechte aller Menschen sein, unabhängig von sozialen oder biografischen Hintergründen. – Ich danke sehr für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Herr Prof. **Dr. Stefan Huster**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete! Vorab zwei Vorbemerkungen. Ich habe darauf hingewiesen, dass ich nicht, wie es für diesen Teil der Anhörung eigentlich vorgesehen war, Politikwissenschaftler oder Sozialwissenschaftler bin. Ich bin Jurist mit einem gewissen philosophischen Hintergrund, und ich kann vielleicht ein bisschen aus meiner Erfahrung als Vorsitzender einer Evaluationskommission von Bundestag und Bundesregierung in den Jahren 2021 und 2022 dazu beitragen.

Im Übrigen ist es jetzt natürlich eine Herausforderung, nachdem Sie hier schon zwei Tage sitzen, überhaupt noch irgendetwas Neues beizutragen. Ich folge dem alten Motto: Es ist alles gesagt worden, nur noch nicht von jedem. – Ich versuche, das ein bisschen zu kompensieren, indem ich relativ schnell durch die Punkte durchgehe und nur noch das hervorhebe, was mir besonders wichtig ist. Sie finden im Übrigen alles dazu in meiner schriftlichen Stellungnahme.

Zunächst einmal zur Frage, was man zur Legitimität der Maßnahmen sagen kann. Ich unterscheide jetzt zwei Punkte, eine Art formale und materielle Legitimität. Formal bedeutet, was bei den Verfahren und Institutionen funktioniert hat und was nicht.

Ein Punkt, über den heute Morgen schon, soweit ich das mitbekommen habe, gesprochen worden ist, was gar nicht funktioniert hat, war die Rechtsgrundlage. Wir hatten nämlich praktisch keine. Das Infektionsschutzgesetz war, das war auch schon von wenigen kundigen Juristen vor

der Pandemie diskutiert worden, auf eine Pandemie überhaupt nicht eingestellt. Das war der örtliche Masernausbruch, für den das Infektionsschutzgesetz ausgelegt war.

Sie haben heute Morgen gerätselt, wie man das denn nennen sollte, wenn nicht Infektionsschutzgesetz. Es hieß übrigens vorher Bundesseuchengesetz. Da ist vielleicht Infektionsschutzgesetz doch schon ein gewisser Fortschritt. Dazu sage ich nichts mehr. Darüber ist heute Morgen lange geredet worden. Die gesetzliche Grundlage hat in gewisser Weise nicht stattgefunden.

Der zweite Punkt hängt damit ein bisschen zusammen. Auch darüber wird morgen schon lange geredet worden. Es ist klar, eine Notlage, eine Notsituation ist immer ein Stück weit die Stunde der Exekutive. Aber vielleicht haben sich die Parlamente hier doch ein bisschen sehr weit zurückgezogen. Zunächst war der Bundestag aufgefordert gewesen, im Infektionsschutzgesetz klarere Vorgaben zu machen. Dann hätten auch die Länderparlamente mehr gestalterische Funktionen übernehmen können.

Ich erwähne das deshalb, weil es ein Grundproblem in der Pandemiepolitik bezeichnet, weil wir schon eine Struktur hatten, dass stark exekutivisch durchregiert wurde, mit sehr speziell zusammengesetzten Beratermaßstäben. Das hat einen gewissen Tunnelblick ergeben. Ich könnte mir vorstellen, wenn Sie alle, die sich hier sitzen und die sozusagen in Ihre Wahlkreise gehen und da irgendwie gehört hätten, was denn die Pandemie-Maßnahmen bedeuten für Familien, für Schule, für Kinder, für vulnerable Gruppen und so weiter, dass diese Aspekte dann doch in der Gestaltung der Politik eine stärkere Bedeutung bekommen hätten.

Ich glaube, wir sind uns heute alle einig, egal, wie man insgesamt die Corona-Politik einschätzt, dass es da doch gewisse Defizite gegeben hat. Ich würde sagen, eine stärkere Parlamentarisierung – das ist ja gerade der Sinn, dass sozusagen die Interessen und Belange der Gesellschaft repräsentiert werden – hätte an der Stelle geholfen.

Dritter Punkt. Es ist heute Morgen schon viel über die Frage gesprochen worden: Hat die Justiz oder die gerichtliche Kontrolle versagt, müssen wir da nicht nachschärfen? – Vor dem Weg kann ich, ehrlich gesagt, nur warnen. Ich glaube, es ist eine grandiose Überforderung des Rechtssystems und der Gerichte, dass sie in einer Notsituation unter sehr schwierigen Bedingungen, auch zeitlichen Bedingungen, dann sozusagen all das reparieren, was im politischen Betrieb nicht funktioniert hat. Ich glaube, das geht einfach nicht. Das ist eine Überforderung. Die Gerichte haben ihre Arbeit im Großen und Ganzen, auch darüber ist heute Morgen schon gesprochen worden, ganz ordentlich gemacht, mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen.

Das Bundesverfassungsgericht kam aufgrund dieser Rechtsstruktur erst sehr spät ins Spiel, weil eben erst sehr spät mit der Bundesnotbremse überhaupt sachhaltige Vorgaben im Infektionsschutzgesetz, also im Bundesrecht, gemacht wurden.

Aber zu glauben, wir könnten jetzt sozusagen die ein oder andere Fehlentwicklung, die es da gegeben haben mag, dadurch heilen, dass also jetzt so der allwissende Richter die Probleme löst, ich glaube, das ist einfach eine Fehlvorstellung.

Vierter Punkt. Das ist insbesondere eine Fehlvorstellung, wenn es darum geht, dass man glaubt, die Justiz könnte über wissenschaftliche Streitigkeiten entscheiden. Der Richter steht da, der kriegt sozusagen unterschiedliche Auskünfte von unterschiedlichen Wissenschaftlern, und der soll jetzt sagen, was jetzt irgendwie richtig ist. Das ist eine völlig absurde Vorstellung. Das unterschätzt die Differenziertheit der Wissenstatbestände in einer so hochdifferenzierten Gesellschaft, wie wir es sind, kolossal.

Wir hatten schon vor 30, 40 Jahren, als die Atomkraft in Deutschland diskutiert wurde, Situationen, wo dann Atomkraftwerke genehmigt wurden, und dann einzelne Verwaltungsgerichte sich in Kammern zurückgezogen haben, und gesagt haben, sie bearbeiten jetzt zwei Jahre keinen Fall, sondern lesen sich in die Atomwissenschaft ein, werden Nuklearexperten. Das ist völlig absurd. So kann es nicht gehen.

Deswegen muss man realistisch sein und sagen: Die Gerichte können eine grobe Plausibilitätskontrolle machen – deswegen war das RKI so wichtig –, sie können sich überlegen oder anschauen, ob sich die staatlichen Entscheidungsträger darum bemüht haben, vernünftige Tatsachengrundlagen für ihre Entscheidungen zu bekommen, aber sie können am Ende nicht irgendwie wissenschaftliche Streitigkeiten entscheiden. – Das ist wirklich eine absurde Vorstellung.

Was man dagegen viel eher überlegen sollte ist, oder was man beobachten konnte, war, dass die Auswahl der wissenschaftlichen Sachverständigen, die in all diesen Expertenmaßstäben und so weiter saßen, sehr intransparent war. Da hatte man das Gefühl, der Laschet hat sich seine Leute zusammengesucht, und Scholz und Lauterbach haben sich andere Leute zusammengesucht. Das waren zum Teil ihre Buddys oder Leute, die ihnen über die Partei verbunden waren und so weiter. Das war keine sehr glückliche Situation. Ich mache gleich einen Vorschlag, was man da vielleicht tun kann.

Fünfter Punkt. Auch das ist schon angesprochen worden, erwähne ich nur, das hat mich während der Pandemie auch sehr geärgert: Es gab überhaupt keine koordinierte Begleitforschung. Also, man hat Maßnahmen eingeführt, und Monate später hatte keiner irgendeinen blassen Schimmer – oder rein zufällig, weil Herr Streeck dann irgendwie etwas gemacht hat oder an irgendwelchen Ecken irgendwas erforscht wurde –, ob das denn überhaupt irgendwas hilft.

Da würde ich sagen: Es ist ganz dringend geboten, dass man mit der Maßnahme sofort eine Begleitforschung aufsetzt, damit man die Chance hat, zu erfahren, ob das, was man in so einer Situation tut, überhaupt irgendwie wirksam ist, sonst ist das ja der totale Blindflug.

Der nächste Punkt, den Herr Kollege Knipper gerade schon angesprochen hat, der ganz zentral wichtig ist, ist natürlich die Kommunikation. Da sind, glaube ich, auch echte Fehler gemacht worden. Der schlimmste Fehler, der das meiste Vertrauen zerstört hat, war, dass Politiker so getan haben, als sei alles klar, als kriegten sie aus der Wissenschaft eindeutige Ansagen und als sei das alternativlos, was man irgendwie wissen muss. Jetzt haben wir die RKI-Protokolle, die ich gar nicht so spannend finde, weil die einfach nur zeigen, dass innerhalb der Behörde diskutiert worden ist. Aber diese Unsicherheit, die da irgendwie war, und dieses argumentative Hin und Her, das ist eben überhaupt nicht abgebildet worden.

Ich verstehe auch, dass es für die Politiker in so einer Notsituation nicht einfach ist, zu sagen: Wir wissen auch nicht genau, aber wir entscheiden uns jetzt mit guten Gründen für dieses und jenes. – Es ist schon klar, dass das auch nicht vergnügungssteuerpflichtig ist, aber es ist, glaube ich, besser, als im Brustton der Überzeugung zu sagen: „Hier gibt es nur eine richtige Entscheidung“, und drei Wochen später muss man irgendwie das Gegenteil behaupten. Ich meine, das ist dann irgendwie ganz fatal. Die Unsicherheit muss man sehr viel stärker mitkommunizieren, als man das bisher gemacht hat.

Dann will ich noch etwas sagen zum Stichwort Kommunikation zu diesem Thema und der Frage: Wie ist man mit Kritikern umgegangen? Es hat die Situation gegeben, tatsächlich, das habe ich selber auch erlebt. Ich habe so einen Fall in meinen schriftlichen Ausarbeitungen geschildert, dass ganz vernünftige juristische Maßnahmenkritik von Politikern, die aus dem Sessel gegangen sind, kommentiert wurden: Bis du jetzt auch von der AfD? – Das bin ich bei Gott nicht. Aber diese Fälle hat es gegeben.

Auf der anderen Seite muss man sagen, es hat in der Geschichte der Menschheit noch nie so viel, so gezielt und so systematisch Desinformation gegeben wie in diesem ganzen Prozess. Ehrlich gesagt haben wir heute Nachmittag auch schon wieder einen Fall davon erlebt.

Gut, das waren die Punkte zur Institution und Verfahren. Jetzt noch zwei kurze Punkte zur inhaltlichen Bewertung der Maßnahmen. Da will ich nur auf zwei Dinge hinweisen.

Erstens. Rote Linien. Das ist heute auch schon einmal thematisiert worden. Das war diese Äußerung des Bundeskanzlers, der gesagt hat: Es kann in der Pandemie jetzt keine roten Linien geben. – Und ehrlich gesagt, aus juristischer Sicht hat der Mann völlig recht.

Das mag Sie jetzt überraschen, aber das liegt daran, dass alle juristischen Versuche, zu sagen, es gibt irgendwo absolute Grenzen, Dinge, die man überhaupt nicht tun kann, so etwas wie den Wesensgehalt der Grundrechte usw., völlig unabhängig von der Gefahr, um deren Bekämpfung es geht, einfach nicht funktionieren. Das sind immer gleitende Maßstäbe. Das sind immer Verhältnismäßigkeitsüberlegungen. Da ist immer die Frage: Wenn die Gefahr groß genug ist, können Sie auch sehr intensive, sehr weitgehende Maßnahmen rechtfertigen? – Denken Sie an so etwas wie den finalen Rettungsschuss.

Solche Dinge gibt es. Das sind hoffentlich Extremsituationen. Aber zu denken, es gibt irgendwo eine feste Grenze, und die darf nie überschritten werden, ist keine sehr plausible Vorstellung. Darüber können wir jetzt lange philosophieren. Selbst „Menschenwürde“ ist ein sehr konkretisierungsbedürftiger Begriff, der anhand der Anforderungen der jeweiligen Situation konkretisiert wird.

Deswegen würde ich sagen, die Idee, es sei irgendetwas falsch gewesen, allein schon deshalb, weil da eine absolute Grenze überschritten wurde, ist juristisch einfach wirklich unsinnig. Gleichzeitig heißt das aber auch, sind alle Vorstellungen unsinnig, und die hat es auf beiden Seiten gegeben, dass ein Rechtsgut, um das es hier geht, immer Vorrang hat. Es hat nicht Gesundheit für immer Vorrang. Es hat aber auch nicht Freiheit immer Vorrang. Bei Gesundheitsschutz und

Freiheit bleibt Ihnen nichts anderes übrig, als das im Einzelfall immer in ein vernünftiges Verhältnis zu setzen. Zu sagen, abstrakt hat das eine vor dem anderen Vorrang, oder es hat immer Vorrang, oder solche Vorstellungen, da kann ich Ihnen versprechen: Damit werden Sie jedenfalls in der juristischen Dogmatik nicht weit kommen.

Es gibt jetzt 75 Jahre Bundesverfassungsgerichtsrechtsprechung. Ich kenne keinen einzigen Fall, in dem das Bundesverfassungsgericht gesagt hat, hier sei eine Maßnahme unzulässig, weil irgendein Wesensgehalt, ein absoluter Kern eines Grundrechts verletzt worden ist. Das gibt es nicht. Das hat sehr gute Gründe, warum es das nicht gibt, weil es immer auf die Relation ankommt: Wie groß die Gefahr ist, wie groß und intensiv der Freiheitseingriff ist? – Das muss man dann in ein vernünftiges Verhältnis setzen.

Letzter Punkt zu dieser Frage der inhaltlichen Maßstäbe. Sie überfordern die Justiz auch, wenn Sie ihr letzten Endes aufgeben, hier das Verhältnis der Rechtsgüter von Freiheit und Gesundheitsschutz wirklich zu konkretisieren. Das ist primär zuallererst eine politische und gesellschaftliche Aufgabe.

Nach der Pandemie hat es Leute gegeben, die gesagt haben: „Das mit den Masken hat für mich gar nicht so schlecht funktioniert, ich trage sie auch während der Grippezeit im öffentlichen Personalverkehr.“ Neulich in Heidelberg und Mannheim haben die Unikliniken gesagt: „Sie kommen nur rein, wenn sie Masken tragen.“ – Sofort war die Aufregung im Netz wieder groß, irgendwie Bevormundung und blablabla: Wie kann man das denn machen, es gibt doch gar keine Evidenz dafür und so weiter.

Da sollen die Gerichte jetzt entscheiden, wie wir uns in so einer Risikosituation verhalten? Da kann ich nur sagen: Nein, das können die Gerichte natürlich nicht. Die Gerichte können nur überprüfen, ob es dafür vernünftige Argumente gibt. Und wenn jetzt zwei Unikliniken sagen: „Wir finden jetzt Masken in der Grippezeit ganz sinnvoll“, dann spricht wohl einiges irgendwie dafür, dass es nicht völlig abwegig ist. Das können die Gerichte an der Stelle nicht korrigieren. Sie können einen ganz groben Rahmen setzen. Im Übrigen ist das eine gesellschaftliche Diskussion, wie wir uns dazu verhalten wollen.

Letzte Bemerkung zu den inhaltlichen Fragen. Ich will mich nicht um eine Bewertung drücken. Zu der Frage: Wie kann man die Legitimität der Corona-Maßnahmen in Deutschland im internationalen Vergleich einschätzen?, würde ich sagen: Wir liegen im Mittelfeld. Der Infektionsschutz hat ganz gut geklappt, wir haben relativ wenig direkte Corona-Tote. Wir haben natürlich auch ganz gute Intensivkapazitäten gehabt in den Krankenhäusern. International waren wir da Spitzenreiter. Das hat sicherlich geholfen. Auf der anderen Seite haben wir relativ viele Kollateralschäden gehabt. Das war dann irgendwie nicht so glücklich.

Wenn man einen Strich darunter macht und zusammenrechnet, und wenn ich jetzt eine Schulnote geben müsste, würde ich sagen: So eine 3. Es ging so. War nicht doll, aber war jetzt auch alles andere als verheerend. War irgendwie okay. Es gab genügend Dinge, die man lernen kann, die man besser machen kann, aber auch weit davon entfernt, dass es hier ein riesiges Versagen gegeben hat oder so etwas.

Deswegen jetzt abschließend noch ganz kurz stichwortartig ein paar Punkte: Was könnte man jetzt besser machen?

Der erste Punkt ist eine Vorbemerkung. Ich würde mich ehrlich gesagt an Ihrer Stelle als Parlamentarier nicht sehr ausführlich mit der Frage beschäftigen, ob damals die Masken oder der Lockdown sinnvoll waren. Erstens werden wir das nie so ganz endgültig herausbekommen, aus heute auch schon diskutierten Gründen. Und zum Zweiten, was hilft Ihnen das, wenn Sie wissen, dass Masken gegen das Corona-Virus sinnvoll oder nicht sinnvoll waren, wenn das nächste Virus ein ganz anderes ist? Also, ich weiß nicht, was Sie damit wollen.

Deswegen würde ich an der Stelle den Ball relativ flach halten und mich auf die zukunftsgerichteten Dinge konzentrieren, das sind eher die strukturellen: Institutionen, Verfahren, Rechtsgrundlagen, Vorratshaltung, all die Dinge, die man machen muss, wenn man noch nicht weiß, welche Gefahr irgendwie kommt.

Jetzt die inhaltlichen Vorschläge.

Erstens. Das habe ich schon gesagt: Das Infektionsschutzgesetz ist dringend überarbeitungsbedürftig. Das ist Sache des Bundestages. Das können Sie vielleicht über den Bundesrat anregen. Bei der Regelung zur Triage müssen Sie sowieso mitmachen; das ist auch im Infektionsschutzgesetz geregelt.

Zweite inhaltliche Anmerkung: Die Rolle der Parlamente muss gestärkt werden. Da können Sie wirklich viel selber machen, indem Sie sich gegebenenfalls stärker einbringen und indem Sie die Parlamentsbeteiligung gesetzlich sicherstellen. Das hat es in vielen Bundesländern gegeben. Ich weiß gar nicht, wie es in Hessen war, dass es da spezielle Gesetze gegeben hat, wo die Rolle der Parlamente gestärkt wurde.

Drittens. Das habe ich auch schon gesagt: Ich würde darauf dringen, dass, wo genau muss man sich gut überlegen, verpflichtend Begleitforschung gemacht wird, wenn derartige Maßnahmen in einer Notsituation ergriffen werden.

Nächster Punkt inhaltlicher Natur: Ich würde mich dafür einsetzen, dass die wissenschaftliche Politikberatung transparenter aufgestellt wird, dass die Landesregierungen sich nicht nach Gutdünken ein paar Buddys zusammensuchen, sondern dass das wirklich ein transparenter Prozess ist.

Man könnte zum Beispiel auf Bundesebene einen nationalen wissenschaftlichen Krisenrat einrichten, der dann schaut: Welche Leute brauche ich denn in einer bestimmten Krisensituation? Oder man könnte ein eingespieltes Verfahren etablieren, mit dem man zum Beispiel die wissenschaftlichen Fachgesellschaften bittet, Sachverständige zu entsenden, weil die am besten wissen, wer von diesen Geschichten etwas versteht. Ich glaube, das ist eine gute Maßnahme, die auch Vertrauen schafft und die Leute das Gefühl haben, bei der Besetzung dieser Gremien wird nicht geschummelt, sondern das ist eine repräsentative Auswahl von Sachverständigen.

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit würde ich es dabei belassen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender: Herzlichen Dank auch von uns. – Ich darf die erste Sachverständigenrunde abschließen und zur Fragerunde überleiten. Die erste Wortmeldung, CDU-Fraktion, Herr Bamberger, bitte schön.

Abgeordneter **Dirk Bamberger:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich stehe gerade noch ganz unter dem Eindruck der Ausführungen von vorhin und komme nicht umhin, hier noch etwas ausführlicher darauf einzugehen, bevor ich zu meinen Fragen komme.

Zunächst einmal den Herren Sachverständigen herzlichen Dank für ihre sachlichen Ausführungen. Wir haben uns als Hessischer Landtag ganz bewusst dazu entschlossen, diese Aufarbeitung durchzuführen und uns all diesen Themen zu stellen, die im Zusammenhang mit der Coronapandemie stehen, um in Erfahrung zu bringen, an welchen Stellen möglicherweise der Staat nicht korrekt gehandelt hat, wo der Staat hätte besser und effizienter handeln können, wo wir als Politik in Zukunft darauf achten müssten, wie wir handeln und wie wir Entscheidungen treffen.

Ich glaube, die Grundstimmung von uns allen ist eine sehr offene Grundstimmung gewesen, bis zu dem Vortrag von Frau Guérot, die diese Plattform auf schlechteste Art und Weise missbraucht hat. Das beschädigt am Ende möglicherweise diese konstruktive Grundstimmung, mit der wir gemeinsam hineingegangen sind. Dass die AfD solchen Äußerungen eine Plattform bietet, finde ich bezeichnend.

(Unruhe)

Ich möchte klarstellen, ich bin tief betroffen bin, dass solche Äußerungen, die von Hass und Verachtung geprägt waren, unwürdig sind für dieses Haus. Wir haben an diesem Beispiel gesehen, wie schnell aus Worten Taten werden. Ich glaube, das sollte uns hier eine Lehre sein. Das sollte vor allen Dingen der AfD eine Lehre sein. Es gehört zur Demokratie dazu, dass man sich auch Dinge anhört, die einem nicht gefallen.

(Einige Besucherinnen und Besucher verlassen die Tribüne. – Abgeordnete Esther Kalveram: Deswegen gehen jetzt alle! – Unruhe AfD)

Nun zu meinen Fragen. Ich richte meine Fragen zunächst an Frau Prof. Blom: Können Sie genauer aufschlüsseln, mit welchem Personal- und Kostenansatz bei solchen Internet-Panel-Studien zu rechnen wäre?

Zweitens. Wie haben Sie die Personen für die Stichproben rekrutiert? Drittens. Wie sieht es mit Problemen bei der Selbstselektion bei Internet-Panel-Studien aus? Viertens. Welches Qualifikationsprofil müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitbringen? Ist das etwas, was Behörden genauso gut leisten könnten wie Universitäten? – Soweit erst einmal meine Fragen an Frau Prof. Blom.

Abgeordneter **Volker Richter**: Erlauben Sie mir, ganz kurz etwas zu reflektieren. Ich habe in einer Anhörung noch nicht erlebt, dass eine Anzuhörende seitens der Kollegen dermaßen behandelt wurde, und ein Kollege sagt: „Das ist irre“, und dann rausgeht. Das halte ich zum Beispiel auch für unparlamentarisch.

Ich denke, dass man in der Lage sein muss, auch etwas, was einem nicht gefällt, zu ertragen. Da sind wir etwas leidensgeprüfter als andere.

(Abgeordneter Dirk Bamberger: Das stimmt doch gar nicht!)

Aber das müssen auch Sie ertragen, Herr Bamberger. Wir ertragen es immer. Das ist auch gar kein Problem. Wir haben es aber in diesen Tagen erlebt, dass bei gegensätzlichen Meinungen von „Schwurblern“ geredet wurde, dass gesagt wurde „Das ist alles Schwachsinn“. Das wurde alles teilweise von Abgeordneten gesagt. Ich habe das auch entsprechend weitergegeben, wollte es aber nicht thematisieren.

Wenn Sie aber jetzt eine Anzuhörende so darstellen, dann sage ich Ihnen:

(Zuruf)

Ich weiß nicht, wie Sie zugehört haben, aber vielleicht sollten Sie das, was Frau Guérot gesagt hat, noch einmal nachlesen. Es ist Ihnen unbenommen, damit nicht einverstanden zu sein. Da hätte man einfach Fragen stellen können. Man hätte auch reflektieren können auf das, was sie gesagt hat, wie sie etwas meint. Das werde ich jetzt gleich tun.

Deswegen werde ich meine erste Frage an – – Jetzt bin ich ganz durcheinandergelassen,

(Abgeordnete Ester Kalveram: Man merkt's!)

weil ich einfach den Vorgang unglaublich fand.

(Abgeordnete Esther Kalveram: Ich auch, ich bin getroffen worden!)

– Das fand ich auch unglaublich, dazu habe ich Ihnen gerade eine E-Mail geschrieben. Das ist furchtbar. Mir ist auch schon von dort oben auf den Kopf gespuckt worden. Deswegen weiß ich, wie Sie sich fühlen.

Vorsitzender: Jetzt ist alles friedlich. – Könnten Sie das Zwiegespräch bitte einstellen.

Abgeordneter **Volker Richter**: Ich fange mit meiner Frage an. Herr Dr. Mencke, Herr Sylla, Sie haben mit den Betroffenen gesprochen. Das nimmt uns alle sehr mit, die Sache mit dem Abschied, die Einsamkeit älterer Menschen. Da stellt sich für uns alle die Frage und die Gefälligkeit nach der sozialen Isolation gerade bei den vulnerablen Gruppen, und wir hatten das vorgestern

auch, und deren Lebenswillen. Und wir werden in Zukunft beantworten müssen, wie wir damit umgehen.

Wir werden beantworten müssen, ob wir eine solche Isolation noch einmal machen und ob die Ausbildung für die Menschen, die dort arbeiten, für die Mitarbeiter in den Alten- und Pflegeheimen zum Beispiel, nicht verändert und verbessert werden muss. Dazu hatten Sie auch schon etwas gesagt. Ich würde es wirklich sehr begrüßen, wenn Sie zu der Isolationspolitik noch einmal etwas sagen.

Wir haben das im Schwalm-Eder-Kreis erlebt, wo das Virus in einem Altenheim durchgegangen ist und sehr viele daran gestorben sind. Deswegen habe ich jetzt, ehrlich gesagt, auch nicht die Lösung parat. Da braucht man einfach diejenigen, die damit noch mehr Umgang haben, als unser einer, der dann vielleicht ab und zu mal mit den Betroffenen spricht.

Frau Professor Dr. Guérot, zu Ihnen habe ich eine Frage, und zwar haben Sie von einem „willkürlich konstruierten Ausnahmezustand ab Mitte 2020“ gesprochen. Jetzt würde mich etwas interessieren, und zwar möchte ich Sie darum bitten, etwas näher darauf einzugehen, warum Ihrer Meinung nach seitens der Politik und auch vieler Bürger so gehandelt wurde und weshalb noch immer kritische Bürger, deren Kritik sich auch im Nachhinein durchaus richtig dargestellt hat, gesellschaftlich und auch seitens der Politik herabgewürdigt werden, und wenn man im Nachhinein Kritik übt, so wie Sie es gerade gemacht haben – übrigens weitaus weniger diffamierend, als es seitens der Corona-Kritiker immer stattgefunden hat –, dies augenblicklich ins Abseits gestellt wird. Mir sind diese Zusammenhänge nicht ganz klar. Vielleicht können Sie das etwas näher erläutern.

Ich möchte es erst einmal bei den zwei Fragen belassen. – Danke.

Abgeordnete **Esther Kalveram**: Frau Geis hat dann auch noch eine Frage.

Ich lasse es jetzt, auf das einzugehen, was wir gerade erlebt haben. Ich finde das für dieses Haus unglaublich. Und ich finde, dass sich die AfD der eigenen Verantwortung auch einmal stellen sollte und nicht immer nur sagen sollte: Alle anderen sind schuld, nur wir nicht.

Ich fand die unterschiedlichen Perspektiven sehr spannend. Einerseits wird gesagt, die Parlamente müssten mehr Einfluss nehmen. Also wir haben getagt. Wir sind systemrelevant. Wir waren diejenigen, die auch zusammengekommen sind.

Aber auf der anderen Seite habe ich gerade im Bereich Altenpflege – ich habe auch bei dieser Gesprächsreihe mit der Diakonie teilgenommen – gemerkt, dass ganz stark gesagt wird: Ihr Politiker wisst überhaupt nicht, wovon ihr redet. Ihr fällt Entscheidungen und gerade im Bereich Altenpflege wisst ihr nichts. Wir müssen Dinge machen, die ihr entscheidet, aber die gegen das sind – wir hatten das gestern schon einmal –, was wir ethisch eigentlich vertreten können.

Dann ist immer wieder die Frage: Macht das Sinn? Also klar, Parlamente haben Wahlkreisabgeordnete, ich habe auch einen Wahlkreis. Aber während Corona war ja auch so ein bisschen die

Isolation vertreten und wir als Politiker hatten auch nicht viele Kontakte. Ich bin immer mit dem Hund spazieren gegangen und habe ganz viele Leute getroffen, die mir irgendwas erzählt haben. Aber gerade zu diesen Gruppen hatte man, wenn man nicht gerade eine Mutter im Altenheim hatte, auch nicht den Kontakt.

Deshalb diese Frage, ich habe sie auch gestern schon einmal gestellt: Ist es nicht in so einer Situation sinnvoll, Expertenräte mit sehr unterschiedlichen Perspektiven zu gründen? Wir haben gestern über Schulschließungen geredet.

Wir haben jetzt hier die Perspektive aus dem Bereich, die Perspektive aus dem migrantischen Bereich ist noch einmal eine ganz andere. Wir haben so unterschiedliche Perspektiven auf diese Pandemie. Ich sage immer sehr, wir haben alle die gleiche Pandemie erlebt, aber wir haben sie nicht gleich erlebt. Natürlich, auch aus den unterschiedlichen Bildungs- und Sozialschichten ist es sehr viel einfacher, das in einem Einfamilienhaus zu erleben als in beengten Verhältnissen.

Da ist die Frage, das ist fast eine Bürgerratsfrage: Wie bekommt man in dem Moment ein Gremium hin, auch in einer Krisensituation, das diese unterschiedlichen Perspektiven noch abbildet?

Die Parlamente sollen zwar ein Spiegelbild der Gesellschaft sein, aber wir sind schon nicht mehr mit allen in Kontakt getreten. Ich wollte das jetzt vielleicht ein bisschen netter ausdrücken. Das wäre so die Grundfrage von mir.

Aber Frau Geis hat auch noch eine Frage.

Abgeordnete **Kerstin Geis**: Meine Frage geht an Herrn Prof. Dr. Knipper, weil diese Frage der sozialen Komponente von Gesundheit eine Frage ist, die mich schon während der Pandemie sehr umgetrieben hat in meinem Umfeld sozusagen. Ich finde die Idee sehr sympathisch, nicht ausschließlich medizinische, wissenschaftliche Expertise an den Start zu bringen, sondern auch sozialwissenschaftliche Expertise, die sich dann genau auf diese Fragen fokussiert, von Kommunikation, wie nehme ich Menschen mit, wie kommuniziere ich in leichter Sprache, das ist alles wichtig.

Meine Frage ist: Wie identifiziere ich die Sozialräume, in denen ich diesen besonderen Fokus legen muss, wie könnte ein solcher Lösungsansatz hochpragmatisch umgesetzt werden? Es geht fast nur um Pragmatismus in solchen Fällen. Je geringer die Hürde ist, umso leichter geht es.

Zum Beispiel wäre eine Idee, dass man die Bundesländer beauftragt, zu sagen, legt ihr die 15, 20, 50 wichtigsten Sozialräume fest, das und das sind die Kriterien, also an der pragmatischen Umsetzung eines solchen Vorschlages wäre ich sehr interessiert.

Abgeordneter **Marcus Bocklet**: Danke erst einmal für die Vorträge der Herren.

Herr Prof. Huster, wissen Sie, ich war ein mäßiger Schüler. Auf eine Note 3 wäre ich eigentlich noch heute stolz. Aber ich meine ganz ernst, dass man eigentlich mit einer 3 gut leben kann und alles dafür tun soll, auch eine 2 und eine 1 zu kriegen.

Insofern sind die Bereiche Kommunikation und Verbesserung der Kommunikation tatsächlich eine spannende Aufgabe. Wir haben auch schon in anderen Zusammenhängen beim Katastrophenschutz darüber nachgedacht, wo man eine offizielle, geprüfte, zertifizierte Realität gesendet bekommt und sich darauf verlassen kann.

Die Feuerwehr Frankfurt hat beispielsweise bei einer Veranstaltung vorgeschlagen, man könnte die NINA-Warn-App, so heißt sie, in der auch die Kommuniqués offiziell stehen, nehmen. Aber angezweifelt wird sie immer, egal, was Sie machen. Selbst wenn der Papst etwas verkündet, werden Sie jemanden finden, sogar unter den Katholiken.

Es geht also um eine Verbesserung der Einbindung und um eine Verbesserung des Abwägens und der parlamentarischen Arbeit. Ich frage mich trotzdem, ich meine das gar nicht so respektlos: Haben Sie wirklich wissenschaftlich verfolgt, wie die Parlamente gearbeitet haben? Ich bin sehr verwundert darüber. Es gab Krisenstäbe. Da hat man jetzt nicht nur Blinde eingeladen.

Wir haben heute festgestellt, sechs Jahre später, dass wir vielleicht die Kinderpsychologen hätten einbinden müssen, um ein Beispiel zu nennen, die Erzieher oder Pfleger. Man kann besser werden als die Note 3. Aber wussten Sie, dass es Krisenstäbe gibt? Ich habe jetzt mehrfach gehört, wir brauchen einen Krisenrat.

Natürlich hat man sich als Minister und als Exekutive Krisenstäbe und Beratungsgremien zusammengestellt. Alles andere wäre fahrlässig gewesen. Ich kann es sogar von Herrn Klose sagen. Bei der parlamentarischen Arbeit, hinter Ihnen sitzt der Kollege Pürsün, er kann sich auch noch an die zweistelligen Stundenbereiche erinnern, die wir in Gesundheitsausschusssitzungen getagt haben. Die Kollegin von der SPD hat uns 57 Fragen gestellt. Wir haben zwölf Stunden beraten. Wir haben parlamentarisch dazu gearbeitet. Der Landtag war einbezogen. Den Fraktionen stand es offen, Anträge zu stellen oder Gesetzentwürfe einzubringen, bestimmte Verordnungen zu kippen usw.

Nach zwei Tagen erhärtet sich mein Eindruck, es waren nicht nur Sie, es waren auch andere, die das immer wieder gesagt haben. Aber eigentlich muss ich sagen, die Möglichkeiten waren doch vorhandenen. Niemand hat irgendjemanden davon abgehalten, Anträge einzubringen, Fragen zu stellen oder von parlamentarischen Rechten Gebrauch zu machen.

Das Letzte zum Abwägen. Ich war gesundheitspolitischer Sprecher meiner Fraktion. Ich kann mich an keine Verordnung erinnern, an keine Maßnahme erinnern, die wir nicht Stunden abgewogen hätten. Zum Teil haben wir auch die Frage des Abwägens korrigiert. Das eine Beispiel der Behinderteneinrichtungen von Menschen mit Behinderung, die ein geschwächtes Immunsystem haben, die uns auf Knien gebeten haben, ihre Einrichtungen zu schließen. Der Erlass erging am Freitag. Am Montag haben Sie auf Knie darum gebeten, die Einrichtung wieder aufzumachen,

weil die psychologischen Schäden für die Behinderten so schlimm sind, weil sie keine Außenkontakte mehr haben. Dann haben wir das korrigiert.

Es gab permanentes Abwägen. Ich frage Sie, aus der Innensicht von wissenschaftlicher Begleitung: Sehen Sie das nicht? Müssen wir das auch noch an die Wissenschaft kommunizieren? Ich finde, Kommunikation, Einbindung, Abwägen, parlamentarische Arbeit ist das ist, wofür wir eigentlich eine gute 2 verdient hätten.

Zum Schluss zu der Sachverständigen. An die AfD gerichtet darf ich das gerade sagen: Im Februar 2023 wurde das Arbeitsverhältnis wegen Verletzungen wissenschaftlicher Standards durch die Universität Bonn rechtskräftig vom Arbeitsgericht gekündigt. Das Landesarbeitsgericht Köln hat das bestätigt. An die Kolleginnen und Kollegen der anderen Parteien: Wir haben hier eine Sachverständige, die offensichtlich öfter die wissenschaftlichen Standards verletzt.

Wir haben gestern von Herrn Drostens gehört, wie die Lage war und dass es eine Gefahr gab. Ich bin froh, dass es diese Prognosen gab. Ich bin froh, dass wir reagiert haben und weitere 1.000 Tote verhindert haben. Aber wenn man das nicht wahrhaben will, dann will man auch nicht handeln. – Danke.

Vorsitzender: Frau Klaes, Sie hatten sich gemeldet. Eine Frage ging jetzt noch in dieser Runde.

Abgeordnete **Lara Klaes:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Vielen lieben Dank an alle Sachverständigen.

Vorweg: Ich bin seit dieser Legislaturperiode Abgeordnete und habe vorher in der Kinder- und Jugendarbeit gearbeitet, auch in der Corona-Zeit, weil ich in einem systemrelevanten Beruf gearbeitet habe. Vielleicht auch an die Vertreter der Kirche, dass sie das auch weitergeben, dass all diese Menschen, die dort gearbeitet haben, einen wunderbaren Job gemacht haben. Und ich glaube, das vergessen wir hier bei der Debatte auch, dass ganz, ganz viele Menschen dazu beigetragen haben, dass es nicht noch schlimmer geworden ist, dass Menschen sich nämlich nicht alleine gelassen fühlen. Das zeigt ja eigentlich, wie solidarisch unsere Gesellschaft in der Zeit auch war, auch wenn hier gerade versucht wurde, das zu delegitimieren. Aber die Mehrheit hat sich gegenseitig geholfen. Das darf ich auch noch einmal mitgeben an alle Mitarbeiter bei der Kirche.

Meine Frage geht an Prof. Dr. Knipper. Ich fand es total spannend, dass es die Studie zu den Stadtteilen gibt, wo sozioökonomisch schwächere Menschen, vor allem auch marginalisierte Menschen mit vielen Problemen leben. Wie schaffen wir das? Wir haben die Anhörung dazu berufen, um in Zukunft zu gucken, wie wir auch den Städten, den Kommunen und auch den Menschen helfen können. Was bräuchten denn diese Stadtteile noch mehr? Also bräuchte es mehr dezentrale Gesundheits- oder Gemeinschaftshäuser, wo sie zusammenkommen, wo sie schneller erfahren, welche Medikamente es gibt, in mehreren Sprachen, damit sozusagen alle Stadtteile gleichbehandelt werden?

Das ist ja ein Punkt, den wir an vielen politischen Themen sehen, dass in diesen Stadtteilen Menschen benachteiligt werden. Was können wir auf der landespolitischen Ebene machen, um den Menschen zu helfen?

Abgeordneter **Yanki Pürsün**: Vielen Dank für die Stellungnahmen.

Meine erste Frage geht, Herr Dr. Mencke, an Sie. Sie haben gesagt, die Landesregierung hat das bestehende Verhältnis zwischen Kirche und Staat geachtet und das Selbstbestimmungsrecht der Kirchen wurde gewahrt. Eine kritischere Stellungnahme, hätte mich jetzt nicht gewundert. Warum sage ich das? Natürlich hatten wir das im Prinzip auch bei den Stellungnahmen. Wenn man eingebunden ist, die agierenden Personen kennt, mit denen im Gespräch ist, hat man höheres Vertrauen und höhere Akzeptanz der Maßnahmen.

Aber es gab kleinere Religionsgruppen, Gemeinschaften, auf die das nicht zutrifft, die dann sehr schnell auch geklagt haben und dann auch recht bekommen haben. Das, was die erstritten haben, galt dann später für alle Gläubigen.

Sie haben gesagt, da Sie quasi länderübergreifend aktiv sind, würden Sie sich bundesweite Regeln oder einheitliche Regeln wünschen. Ich kann mich erinnern, als die Pandemie losging, gab es einen Bericht im Fernsehen. Es gab die Regelung, dass der Zweitwohnsitz nicht gilt und man an den ersten Wohnsitz zurückkehren muss.

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es Gegenden, da ist die Bevölkerungsdichte so gering, dass sie nach Definition der UNO oder der WHO quasi als unbevölkert gelten. Dann ist das eigentlich eine komische Regelung, wenn bundesweit das Gleiche gilt und die Regelungen sich nicht unterscheiden. Ich würde einen gewissen Widerspruch sehen, wenn man fordert, dass muss alles einheitlich sein, wenn die Verhältnisse doch unterschiedlich sind.

Dann hätte ich eine Frage an Frau Blom, eventuell auch an Herrn Knipper, wenn er etwas dazu sagen möchte.

Die Studien haben gezeigt, dass die Akzeptanz mit Vertrauen korreliert. Ab welchem Zeitpunkt hätte die Politik erkennen müssen, dass die Akzeptanz kippt und was wäre die adäquate Reaktion gewesen?

Die Frage an Herrn Huster: Wenn man sich Ihre Stellungnahme anhört und auch durchliest, ist die eigentlich so klar, dass sich jede Rückfrage verbietet. Da möchte ich aber auch noch einmal ganz deutlich sagen wollen, dass aus meiner Sicht die Parlamente, auch dieser Landtag, sich aktiver hätten einbringen können. Die Möglichkeiten hat es gegeben. Man hätte nicht so viel der Exekutive und vor allen Dingen auch nicht der Bundesebene überlassen sollen. Das sehe ich genauso.

Sie haben, glaube ich, einen Teil des vierten Panels verfolgen können. Würden Sie da vielleicht was sagen wollen zum Thema Rechtsschutz? Sie haben dargelegt, dass die Erwartungen an Justiz nicht erfüllbar sind.

Wir hatten im vierten Panel eine Diskussion zum Thema Rechtsschutz, ob man den nicht stärken müsste in solchen Situationen, weil das Zeitliche da eine viel stärkere Rolle spielt als sonst im Leben. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank. – Dann sind wir mit der ersten Fragerunde durch. Ich würde Frau Dr. Blom das Wort geben für die Fragen, die an Sie gerichtet sind. Ich hoffe, dass Sie uns hören.

Frau Prof. **Dr. Annelies Blom:** Ich weiß nicht, ob ich immer alles richtig verstanden habe. Es kommt manchmal wie in einem Wasserglas rüber. Entschuldigen Sie, wenn ich irgendetwas überhört habe.

Die ersten drei, vier Fragen bezogen sich ganz praktisch darauf: Wie teuer ist diese Studie, und wie macht man das genauer? – Ganz genau zu sagen, wie teuer die Studie ist, ist schwierig. Ich kann Ihnen sagen, bei uns waren das, über zehn Jahre hinweg, insgesamt etwa 6 Millionen Euro. Das ist eine Menge Geld, es waren aber auch zehn Jahre. Und man muss dazusagen, da waren sehr viele Forschungsprojekte mit angesiedelt, die in diesem Fall nicht unbedingt notwendig sein würden.

Dazu kommt auch: Es geht um eine zweimonatliche Datenerhebung. Am sinnvollsten ist es, wenn man dies an eine Datenerhebung anhängt, die man ohnehin schon hat, und dort stattdessen Kapazitäten schafft, damit man schnell reagieren kann. Das haben wir damals gemacht. Der Impetus war, als das Fukushima-Reaktorunglück war und ich gedacht hatte: Okay, wir müssten viel schneller darauf reagieren können, was das für uns hier bedeutet. – Damals waren auch die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, wo die GRÜNEN übernommen haben, usw. Da dachte ich, es ist sinnvoll, schnell reagieren zu können, um zu verstehen, welchen Impact das auf die Gesellschaft hat.

Das kann man auch in anderen Studien machen, und das kann man auch innerhalb des Systems der statistischen Ämter usw. machen. Es gibt am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit zum Beispiel die PASS-Studie, Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung. Die haben seit Corona tatsächlich auch daran gearbeitet, schneller Daten erheben zu können. Das konnten sie vorher nicht, sie waren nicht darauf vorbereitet. Aber inzwischen können sie das besser. Dort ist leider immer das Problem, dass es in erster Linie um sozialversicherungspflichtig angestellte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Arbeitslose geht. Sie decken zum Beispiel keine Beamtinnen und Beamten ab und damit auch keine Lehrerinnen und Lehrer in der Corona-Pandemie, und auch keine Selbstständigen.

Deswegen müsste man eher in die Richtung denken, wie man die Bevölkerung allgemeiner abdecken könnte mit einem Instrument ähnlich der PASS-Studie, die es schon gibt. Dann sind die Kosten natürlich deutlich geringer, weil man die Infrastruktur ohnehin schon da hat.

Wie wurden im German Internet Panel die Teilnehmer selektiert? – Jetzt gehen wir in die Stichprobentheorie rein. In Deutschland werden Zufallsstichproben der Allgemeinbevölkerung

mehrstufig gezogen. Was wir im Prinzip machen: Wir haben kein Einwohnerregister für die ganze Bundesrepublik, sondern das ist in den Einwohnermeldeämtern der Gemeinden. Das heißt, wir ziehen erst eine Zufallsstichprobe der Gemeinden, und dann ziehen die Gemeinden für die Wissenschaft oder auch für die statistischen Ämter Zufallsstichproben aus den Datensätzen der Einwohnermeldeämter. Diese Personen werden dann von dem Forschungsteam angeschrieben. Wir haben da verschiedene Möglichkeiten, die Teilnahmewahrscheinlichkeit zu erhöhen. Aber im Prinzip steht es jedem offen, dann an der Studie teilzunehmen oder auch nicht.

Die damit verbundene Frage war: Wie sieht es aus mit Selbstselektion der Teilnehmerinnen und Teilnehmer? – Es gibt keine Möglichkeit, sich selbst in die GIP-Studie und in alle großen Studien in Deutschland einzuwählen, zu sagen: „Ich möchte gern teilnehmen“, und damit ist man dann überrepräsentiert, wenn einen solche Themen besonders interessieren, sondern es ist tatsächlich nur möglich, wenn man zufällig ausgewählt wurde. Das nimmt nicht weg, wenn man eine Studie online durchführt, dass Personen mit einer höheren Internetaffinität – so hieß das früher; heute wäre das alles mit Technologie oder so – eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, tatsächlich teilzunehmen.

Das German Internet Panel ist 2012 gestartet. Damals, um dies abzufedern, wurden Personen, die kein Internet und keine Geräte hatten, um an der Studie teilzunehmen, mit entsprechenden Geräten ausgestattet. Damals war das noch ein Touchscreen-Desktop-Computer, weil Personen auch nicht unbedingt mit einer Maus umgehen konnten; irgendwann wurden das Tablets, usw.

Diese Problematik ist immer kleiner geworden, weil immer mehr Personen tatsächlich irgendwie an solchen Studien teilnehmen können. Aber das nimmt nicht weg: Wir haben hier eine Selektion, und die wird durch bestimmte Gewichtungen – das ist auch wieder ein statistisches Verfahren, um dafür zu sorgen, dass man dann Repräsentativität erhält – möglichst ausgeglichen. Ich glaube, wir machen das ganz gut; aber das ist bestimmt noch ausbaufähig. Es wäre schöner, wenn einfach jeder teilnehmen würde. Aber so ist die Realität halt nicht.

Wie sieht es mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in statistischen Ämtern oder so etwas wie dem IAB aus, sind das Personen, die so etwas können? Die Frage ist, ob das Commitment auch da wäre, um tatsächlich so sehr in Überstunden reinzugehen, wie man das für so eine Studie gebraucht hätte. – Das war wirklich eine riesige Leistung. Wir sind nach den zehn Wochen gefragt worden, ob wir doch bitte weitermachen wollen; und das war keine Option. Die Personen, die die Studie möglich gemacht hatten, brauchten dringend auch mal eine Pause.

Ich hoffe, ich habe vom ersten Fragesteller jetzt nichts vergessen.

Im zweiten Fragenblock war die Frage: Was wäre denn eine adäquate Reaktion gewesen, als die Akzeptanz zu den Corona-Maßnahmen kippte? – Da sind so viele „Was wäre, wenn“-Fragestellungen mit drin. Genau kann ich Ihnen das nicht sagen. Es ist vor allem auch rückwärtsorientiert, und wir wollen ja in die Zukunft schauen: Was wollen wir machen, wenn es weitergeht?

Ich glaube, dass man solche Statistiken zur Akzeptanz einfach viel ernster nehmen sollte. Ich weiß nicht, wie ernst sie genommen wurden; dazu fehlt mir das Feedback. Aber gerade wenn

man sich anschaut, dass die Akzeptanz der Schulschließungen so rapide gefallen ist: Meine Meinung ist, dass zu sehr nur auf das Medizinische geschaut wurde, was den Corona-Virus betrifft, und zu wenig auf das Sozial-Emotionale von Kindern, die dann nicht in die Schule gehen können. Ja, ich denke schon, dass da ein Fehler gemacht wurde. Aber im Nachhinein ist man immer schlauer. Ich möchte da auch gar nicht zu weit gehen.

Das bringt mich zu einer Frage, die gar nicht direkt an mich gestellt wurde, aber indirekt damit zu tun hat. Das war die Frage: Was bräuchten benachteiligte Stadtteile mehr? – Das kommt zurück auf die Daten, die ich Ihnen gezeigt habe. Es gab viel zu wenig Wahrnehmung der Einkommensschwachen, und das gilt natürlich für benachteiligte Stadtteile noch mehr. Wenn man so eine Studie durchführt, dann hört man, alle sollen drinbleiben, die Kinder sollen im Garten spielen, und dann wird der Unterricht über Tablet gemacht. Ich habe damals in einem Brennpunkt in Mannheim gewohnt, wunderschöne Gegend, sehr divers. Man sieht um sich herum viele Menschen, von denen man weiß, da wohnen vier Personen auf vielleicht 50, 60 Quadratmetern. In Mannheim waren damals 35 Grad. Es ist einfach ein Ding der Unmöglichkeit: Wie soll man das dann machen? – So etwas fühlt sich in so einem Moment an wie Hohn, und das ist da auch das Problem gewesen. Die Daten waren ja da. Nur, die Wahrnehmung derjenigen, die in der Wissenschaft waren, in der Politik wie Sie, das, was in den Medien hochgekommen ist, war ein sehr elitärer Blick. Ich glaube, wir haben da viele Gruppen vergessen, für die die Verkraftung dieser Maßnahmen einfach viel schwieriger war.

Ich sollte vielleicht noch sagen: Das war der Teil der Fragen, die ich verstanden habe. Wenn ich etwas weggelassen habe, dann wiederholen Sie das gern.

Herr **Joachim Sylla**: Die erste Frage ging in die Richtung: Soziale Isolation – war das so notwendig, bzw. wie hätte man da anders reagieren können? – Das wurde hier schon mehrfach gespiegelt, und das war auch unser Eindruck, dass gerade zu Beginn der Pandemie doch eine sehr naturwissenschaftlich-virologische Sichtweise herrschte und man sozusagen die Maxime ausgab: Lebensrettung, Lebenserhaltung um jeden Preis.

Aber wenn man sich mit Leuten unterhält, die in der Pflege, im Krankenhaus mit kranken Menschen, im Hospiz oder in der Palliativstation arbeiten, machen die natürlich ein Fragezeichen daran: Ist das wirklich die absolute Maxime, die zu setzen ist, oder ist an mancher Stelle doch für Menschen in bestimmten Lebenssituationen auch ein mögliches Sterben, aber dafür in Würde, doch eher zu bevorzugen? – Wenn wir jetzt unsere Kolleginnen und Kollegen befragen würden, würden die alle dafür plädieren, dass an der Stelle doch das Individuum entscheiden sollen dürfte, wie er oder sie geschützt werden möchte.

Das zielt schon fast auf den zweiten Fragenblock ab. Die Vorgaben wurden von den Einrichtungen sehr stark top-down empfunden, dass bestimmte pauschale Regelungen dann doch sehr detailliert getroffen wurden, die überhaupt nicht auf die Einrichtung passten. Da ist unser Plädoyer, dass vor Ort doch Expertinnen und Experten sind, gerade was Infektionsschutz betrifft, und dass man an der Stelle Zutrauen haben kann. Hier wurde es auch gesagt: Das sind sehr gut

ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die auch in der Lage sind, wenn Rahmenbedingungen gesetzt werden, die Details doch individuell vor Ort zu entscheiden. Das haben manche gemacht, muss man sagen, aber natürlich immer mit dem Risiko, sich gegebenenfalls sogar strafbar zu machen.

Ich nenne jetzt nur ein Beispiel. In einer Einrichtung bei uns gab es nebendran einen Park, und in der ersten Lockdownphase wollten sie anbieten, dass sich die Bewohner in dem Park mit den Angehörigen treffen konnten; und das wurde verboten. Das ginge nicht, wenn das zur Einrichtung gehört. – Gut, das war jetzt ein Konzern, der hatte mehrere Einrichtungen. Dann haben sie einfach diesen Park einer anderen Einrichtung zugeschlagen, und ab dann ging es.

Das zeigt, Kreativität war möglich, aber natürlich immer mit dem Risiko, doch dafür haftbar gemacht zu werden. Insofern wäre einfach unser Plädoyer, da mehr Individualität, mehr Spielraum zuzulassen, gerade weil doch Expertinnen und Experten vor Ort sind.

Dann noch die Frage von Frau Kalveram: Wie könnte man eine bessere Einbeziehung von relevanten Gruppen schaffen? – Das wäre auch ganz stark unser Plädoyer, von Anfang an, wenn solche Pandemiestäbe gebildet werden, die Leistungserbringer vor Ort mit einzubeziehen. Das wird mittlerweile auch schon praktiziert. Ich nenne nur mal Offenbach als positives Beispiel. Die Stadt hat einen runden Tisch gebildet und die beteiligten Träger regelmäßig mit einberufen. Zum Beispiel Ende letzten Jahres war wieder eine Grippewelle, und dann kamen die Träger an einen runden Tisch und konnten darüber beraten: „Ist jetzt wieder Maskenpflicht?“, und so. Das hat sehr gut funktioniert. Insofern plädieren wir dafür, so etwas doch zur Regel werden zu lassen.

Das war im Wesentlichen das, was ich sagen wollte.

Herr **Dr. Martin Mencke**: Eine Frage von Herrn Pürsün war an mich gerichtet, das war die Frage nach der bundeseinheitlichen Regelung, die mich, ehrlich gesagt, am Anfang auch verwundert hat. Dann leuchtete sie mir ein. Aber die Antwort knüpft am besten an das an, was Herr Sylla eben gesagt hat: Die Sehnsucht war nach einer einheitlichen Regelung, die aber Spielräume und Verantwortlichkeiten vor Ort zulässt und eine situations- oder lebensraumangepasste Lösung. Ein Teil der Maßnahmen bestand für viele der Umsetzenden darin, dass es als nicht unbedingt situationsangepasst empfunden worden ist. Diese Spielräume wären wichtig gewesen.

Ich glaube, wir haben im Lauf der Pandemie dazugelernt. Ja, wir hätten auch anders argumentieren können zum Verhältnis von Staat und Kirche. Allerdings war es nach dem ersten Lockdown doch sehr beeindruckend, dass in engster Abstimmung – hier mit der hessischen Exekutive – den Kirchen ein weitgehender Freiraum zur Gestaltung ihrer eigenen Lebensverhältnisse gegeben worden ist. Das hat zwar innerkirchlich zu Ruckelbewegungen geführt, weil natürlich auch nicht immer alle mit Regelungen einverstanden sind, die dann die eigene Institution treffen. Das hat aber doch zu einer, ich würde sagen, höheren Situationsangepasstheit von Maßnahmen führen können. Das heißt, wo es dem Staat möglich war – in dem Verhältnis war das anscheinend so der Fall –, Freiräume zur Regelung zu geben, hat das zu einer höheren Regelungszufriedenheit

bei den Betroffenen geführt. Für mich ist das ein gutes Beispiel für das Learning aus dieser Pandemie.

Frau Prof. **Dr. Ulrike Guérot**: Ich danke erst einmal der SPD, dass sie gerade auf Wikipedia gecheckt haben

(Abgeordneter Volker Richter: Das waren die GRÜNEN! – Zuruf Abgeordnete Lara Klaes)

– oder es waren die GRÜNEN –, dass mir im Februar 2023 in der Tat von der Universität Bonn gekündigt wurde. Für das Protokoll würde ich gern Folgendes dazu sagen, dass mein Fall im Moment vor dem Bundesarbeitsgericht in Erfurt liegt und gleichzeitig mit Aktenzeichen C 22 vom 19. Mai 2025 in einem Bericht des Europarates zur Einschränkung von Meinungsfreiheit und Wissenschaftsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland zitiert werden wird. Dieser Bericht dürfte jetzt im Frühjahr erscheinen. Der Europarat macht darin geltend, dass genau das passiert, was ich versucht habe in meinem Vortrag zu sagen, dass nämlich dissidentische Stimmen, also Stimmen, die von Anfang an den Finger gehoben haben und gesagt haben: „Es ist doch irgendwie etwas seltsam mit diesem Pandemiegeschehen, und die Erzählungen stimmen nicht so richtig, und die Zahlen stimmen auch nicht“, dass diese Stimmen sanktioniert wurden. Das war sozusagen Teil meines Vortrags.

Insofern würde ich Ihnen gern erst einmal zu bedenken geben: Warten wir doch auf das Bundesarbeitsgericht, warten wir auf die Entscheidung des Europarates. Gleichzeitig ist Ihnen sicherlich nicht entgangen, dass Frau Alena Buyx, die in dem Pandemiegeschehen doch eine große Rolle hatte, vor zwei Tagen mit tatsächlich substanziellen Plagiatsvorwürfen überführt worden ist, etwa 40 % ihrer Doktorarbeit. Wenn zum Rechtsstaatsprinzip das Prinzip der Verhältnismäßigkeit gehört, dann müsste man zwischen meinen Fehlern im 1-%-Bereich und 40 % Fehlern bei Frau Alena Buyx in einer Dissertation einen Unterschied machen. Tatsächlich bin ich sehr hoffnungsvoll, dass das Bundesarbeitsgericht diesen Unterschied machen wird.

Das war jetzt die Vorbemerkung. Ansonsten wurde mir leider Desinformation vorgeworfen. Ich würde dazu gern noch einmal – –

(Zuruf: Nein, „faschistoid“!)

– Moment. Jetzt darf ich vielleicht auch reden. – Es fiel der Begriff der Desinformation. Zum Begriff der Desinformation möchte ich ausdrücklich sagen: Ich habe Ihnen ein Papier mit 101 Fußnoten gegeben. Hinter jedem meiner Sätze, wenn nicht hinter jedem Wort, ist eine Fußnote, die Sie zu Zahlen und zu Studien verweist. Sie können das lesen, Sie können auch sagen, Sie möchten das nicht lesen; das überlasse ich Ihnen.

Was ich an dieser Stelle zur Desinformation aber noch einmal vortragen möchte, ist, dass ich eine ChatGPT-Analyse gemacht habe, die Folgendes auswirft: Der Begriff einer „Pandemie der Ungeimpften“ wurde am 3. November 2021 auf einer Pressekonferenz von Jens Spahn geprägt.

Am 5. November, also zwei Tage später, steht in den RKI-Protokollen, dass zu dem Zeitpunkt vom 3. November bekannt war, dass es für die „Pandemie der Ungeimpften“ keinerlei empirische, also wissenschaftliche, Evidenz gibt.

Meine Frage an Sie ist: Wie wollen wir also bewerten, dass im Nachgang, nach dem 3. November 2021, also der Ankündigung der „Pandemie der Ungeimpften“, mehrere Hundert Millionen Euro an staatlichen Geldern für Kampagnen bewilligt wurden, in deren Folge 208.500 Artikel erschienen sind über die sogenannte „Pandemie der Ungeimpften“, die insgesamt 585.000-mal erwähnt wurde, also ziemlich genau 1.200-mal pro Tag? Ich würde daraus schließen, dass das eine gezielte Desinformation oder Propagandakampagne, diesmal mit staatlichen Mitteln, war. Sie müssten mir das Gegenteil beweisen; denn sonst können Sie nicht erklären, warum nach einem Zeitpunkt, als offenbar dem RKI und damit dem Gesundheitsminister klar war, dass es eine „Pandemie der Ungeimpften“ laut Datenlage und wissenschaftlichem Befund nicht gegeben hat, diese Geldmittel in der Höhe bewilligt werden konnten. Das ist für mich tatsächlich Desinformation und in dieser Hinsicht staatliche Desinformation.

Zum Begriff „faschistisch“ möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen, auch bitte an Sie, Herr Vorsitzender, dass ich nicht von „Faschismus“ gesprochen habe, sondern von „faschistoider Sprache“. Da können Sie auch meinen Text lesen und das vielleicht differenzieren. Ich habe das belegt mit genau drei Äußerungen, einmal „Kinder sind Ratten“, einmal „Ungeimpfte sind Sozialschädlinge“, und einmal „Ungeimpfte sind Blinddarmfortsätze“. Jetzt müssten wir uns semantisch darüber verständigen, was für Sie denn eine faschistoide Sprache ist. Ich würde sagen, „Kinder sind Ratten“, „Menschen sind Sozialschädlinge“, und „Menschen sind Blinddarmfortsätze“, würde für mich in eine semantische Interpretation von faschistoider Sprache fallen. Darüber müssten wir uns unterhalten. Diese Ausdrücke sind auch nicht irgendwie am Rande der Gesellschaft erwähnt worden, sondern sie wurden erwähnt von Künstlern, in diesem Fall auch Jan Böhmermann, mitten im ZDF, also einer Anstalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Ich hätte mir damals gewünscht, dass diese Äußerungen sofort zurückgezogen oder zumindest geahndet worden wären; und das wurden sie nicht. Deswegen habe ich mir erlaubt, noch einmal daran zu erinnern. Sie finden die Belege in meinen Ausführungen in den Fußnoten.

Dann ist hier sehr viel diskutiert worden – ich wurde das auch gefragt – über den willkürlich konstruierten Ausnahmezustand. Ich habe in meinen Ausführungen, die Ihnen schriftlich vorliegen, sehr viel Datenmaterial darüber zusammengetragen, aus dem hervorgeht, dass man im Juni 2020 wissen konnte, dass das Virus nicht so gefährlich ist, wie es behauptet wurde, und dass man spätestens im Dezember 2020 wissen konnte, dass die Zulassungsstudie für den Impfstoff von Pfizer abgebrochen wurde. Das alles ist dokumentiert, auch dazu finden Sie Fußnoten in meinem Text. Es ist unter anderem dokumentiert in den Anhörungen des U.S. Congress. Es ist auch dokumentiert in den Anhörungen des Europäischen Parlamentes. Die EMA hat das selbst zugegeben. Jetzt noch im Februar in Davos hat der CEO von Pfizer gesagt, der mRNA-Impfstoff hätte nie Impfstoff genannt werden sollen. Auch diese Äußerungen sind alle in meinen Fußnoten.

Insofern komme ich eigentlich zu der Frage, und es ist ja eine Frage, die ich formuliert habe, wie es sein kann, ich nenne noch einmal die Zahl, dass die Bundesrepublik Deutschland 8 Milliarden

Euro – also, wir reden nicht von 5 oder 10 Millionen, sondern wir reden von 8 Milliarden Euro – über zwei Jahre an öffentlichen Geldern für Kampagnen bewilligt hat, die im Grunde Angst und Panik erzeugt haben, zu einem Zeitpunkt, als die wissenschaftliche Evidenz, wie gefährlich das Virus ist, was man wirklich tun muss und ob Herdenimmunität erreicht werden kann, als diese Daten eigentlich vorgelegen haben.

Ich habe versucht, Ihnen die Antwort zu geben. Ich habe dabei übrigens auch keinen Hass und keine Verachtung zum Ausdruck gebracht, sondern ich habe in meiner Selbstwahrnehmung sehr nüchtern und eigentlich auch sehr beherrscht meinen Text vorgetragen.

Insofern habe ich nur ausgeführt, dass die Wahrscheinlichkeit oder die Vermutung besteht, wenn man eben sagt, es wurde propagandistisch gearbeitet mit den Summen, die ich zitiert habe, dass die Gesellschaft nicht rational gehandelt hat. Die Gesellschaft war angstgetrieben, sie war panikgetrieben, unter anderem eben durch diese propagandistischen Maßnahmen. Und das ist ja das Entscheidende. Sie finden übrigens auch in meinen Zitaten eine Äußerung einer hessischen Mitarbeiterin des Gesundheitsamtes von Frankfurt, hier um die Ecke, die das zu Protokoll gegeben hat: Daten interessierten nicht, Ratio interessierte nicht, existierende Pandemiepläne interessierten nicht. Alles wurde weggeworfen, mal eben so.

Das beanstandete ich. Das ist die Frage, die sich ein Parlament stellen muss. Das hat Frau Hamed übrigens heute Morgen auch schon gesagt. Sie hat nämlich gesagt: Wir machen ja das Grundgesetz und rechtliche Regelungen nicht für die Schönwetterdemokratie, sondern wir machen sie eigentlich für den Moment, wenn es eine Krise gibt.

Die Frage, die ich heute versucht habe in meinem Wortbeitrag zu stellen, ist, wie es kommen konnte, dass wir in dem Moment, als wir das Grundgesetz gebraucht hätten, es sozusagen weggetan haben, weil wir in einem gesellschaftlichen Zustand der hochgradigen Erregung waren, angstgesteuert, panikgesteuert usw., usw., und uns deswegen überhaupt nicht mehr dafür interessiert haben, was wissenschaftliche Daten genannt haben. Kritische Stimmen wurden entfernt, und so konnte es zu diesem Mechanismus kommen.

Das, glaube ich, gilt es tatsächlich zu beachten, wenn wir das nächste Mal darüber diskutieren wollen. Ich bin meinen Kollegen von der kirchlichen Seite sehr dankbar. Denn tatsächlich würde auch ich sagen, dass wir das Grundgesetz 1949, vor allen Dingen Artikel 1, die Würde des Menschen, und Artikel 2, die persönliche Integrität, genau deswegen gemacht haben, aus Erfahrungen des letzten Jahrhunderts, die wir eigentlich nicht machen wollten, und dass wir uns deswegen in Krisensituationen – das war ja mein zentraler Punkt – bitte an Recht und Gesetz halten und nicht Recht und Gesetz einfach mal außer Kraft setzen, weil wir in einen fast hypnotischen Zustand der Gesellschaft geraten sind.

Sie können nicht wegdiskutieren, dass 8 Milliarden Euro ein propagandistischer Aufwand sind, der seinesgleichen sucht. Ich gebe Ihnen, wenn Sie das Risiko bewerten wollen, noch zwei Zahlen dazu, die ich in meiner PowerPoint-Präsentation hatte und die Sie auch in meinen Unterlagen finden.

Die Studien werden ja immer besser. Wir hatten 2022 die erste Studie zum Verhältnis von Impfung zu sogenannten geretteten Personen. Damals wurde errechnet, dass wir 180 Personen von einer Million gerettet hätten – pro Impfkampagnenmonat. 2024, also nur zwei Jahre später, ist eine vergleichbare Studie zu dem Ergebnis gekommen, dass es nicht mehr 180 Personen pro eine Million waren, sondern nur noch knapp 100. Und die Studie vom Oktober 2025 weist jetzt sieben gerettete Personen pro eine Million geimpfte Personen aus.

Das alles zusammengerechnet mit 8 Milliarden Euro, die wir für einen propagandistischen Aufwand ausgegeben haben, inklusive dem Geld, das wir für Maßnahmen, Impfstoffe usw. ausgegeben haben, komme ich zu dem Schluss, wie Frau Hamed heute Morgen gesagt hat, dass wir eine bestimmte Schutzfunktion nicht absolut stellen dürfen. Das Beispiel von Frau Hamed heute Morgen war, dass wir das auch im Verkehrsbereich nicht tun. Dann würde ich wagen, zu formulieren, dass wir nicht auf die Idee kommen würden, für sieben gerettete Personen 8 Milliarden Euro an Kampagne auszugeben und noch einmal 9 Milliarden Euro für Impfstoffe obendrauf. Das ist das, was ich völlige Unverhältnismäßigkeit nenne.

Wenn das Ganze dann auch noch im Grunde unter Außerkraftsetzung von unseren rechtlichen Rahmenbedingungen passiert, zum Beispiel dem Grundgesetz, dann bringe ich einfach eine Warnung an und sage auch noch einmal: Die Demokratie ist dafür da, dass wir sie in der Krise leben, und nicht, dass wir im Krisenmodus keine Demokratie mehr leben.

Vorsitzender: Gut, wir sind ja hier, um den Sachverständigen zuzuhören, und nicht, um mit ihnen zu diskutieren. Sonst gäbe es da einiges anzumerken.

Herr Prof. **Dr. Michael Knipper:** Es gab drei Fragen an mich. Zu pragmatischen Lösungen: Wie kommt man an die entsprechenden Gruppen? – Ich glaube, dass es auf Länderebene schwierig ist, dass es wirklich eine kommunale Sache ist, dass man vor Ort in den Kommunen natürlich weiß, welche Gruppen dort leben, welche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner es gibt, Stadtausländerbeirat, Kreisausländerbeiräte, Sozialdienste, Wohlfahrtsverbände, religiöse Gemeinschaften etc. Da hat man vor Ort den besten Überblick.

Ich weiß, dass in der Pandemie manche Gesundheitsämter das auch gemacht haben, dann auf eigene Initiative gesagt haben: So, wir müssen jetzt mit den Leuten ins Gespräch kommen. – Aber es wurde nicht unbedingt wertgeschätzt. Auf der politischen Ebene hatte ich den Eindruck, weil das gerade in der Anfangsphase der Pandemie war, dass der Diskurs sehr virologisch geführt wurde und diese anderen Dimensionen so ein bisschen in den Hintergrund gedrängt hat.

Ich glaube, das ist vor allem eine kommunale Aufgabe, die aber natürlich vom Land unterstützt werden kann. Da komme ich dann auch zu der Frage: Was brauchen die Stadtteile? – Wichtig ist, dass man die Strukturen, die da sind, stärkt und erhält, gerade soziale Dienste, soziale Arbeit etc., und dass man dann vielleicht noch – das wäre etwas Neues, auch als Lehre aus der Pandemie, vielleicht auch im Hinblick auf Klimakrise und Hitzekrisen etc.; es gibt ja noch andere

Gesundheitsthemen, die auch auf einer lokalen Ebene relevant sind – so etwas wie kommunale Gesundheitsplanung auch in einer partizipativen Art und Weise organisiert mit den Communitys, mit diesen Ansprechpartnern.

Das muss dann wieder lokal gemacht werden, kann aber vom Land natürlich auch im Rahmen der Gesundheitspolitik unterstützt werden. Und das passiert häufig nicht, weil das auch noch eine Sicht ist, die in Deutschland auch im Bereich der öffentlichen Gesundheit noch nicht so etabliert ist – zum Teil schon. Frankfurt ist da sehr gut und andere, auch in Gießen machen wir da Dinge. Also, es gibt das schon, aber es könnte noch gestärkt werden.

Was mir, bezogen auf die Stadtteile, auch noch wichtig ist: Viele der Menschen, die ich dort erlebe, die da eine hervorragende Arbeit machen, sind auf Projektbasis. Die haben mal drei Jahre dieses EU-Projekt, dann drei Jahre das Projekt, dann muss wieder etwas beantragt werden. Da ist keine Kontinuität, auch für die Mitarbeitenden, gerade wenn man so innovativere sozial-, gesundheitsbezogene Projekte machen will. Da brauchen wir eine Stärkung in der Substanz, damit sich die Leute nicht immer wieder ein neues Projekt ausdenken müssen und ein neues Label suchen müssen, einen neuen Geldgeber suchen müssen und, sobald sie anfangen haben, zu arbeiten, überlegen müssen: Wie machen wir in drei Jahren weiter? Was wird unser Geldgeber werden?

Es ist natürlich für Geldgeber immer schön, ein Projekt zeigen zu können und finanzieren zu können und das Logo drauf zu haben. Aber für die kontinuierliche Arbeit, gerade mit den Communitys, die zum Teil keine gute Erfahrung nur mit der deutschen Gesellschaft, mit Behörden etc. haben, braucht man Vertrauen. Man muss Vertrauen aufbauen, man muss wirklich da rein investieren, und das braucht Zeit.

Die letzte Frage war noch einmal zu dem Thema Akzeptanz und Vertrauen. Ich kann auch nicht sagen, wann genau da etwas gekippt ist. Ich hatte den Eindruck, dass gerade im Kontext der Impfung auch die Diskussion um eine Impfpflicht wirklich schwierig war. Zumal aus meiner Perspektive, was ich vorhin auch angedeutet habe, ist es im Bereich der öffentlichen Gesundheit immer besser, Leute zu überzeugen, mit Freiwilligkeit statt mit Druck zu arbeiten. Das hat sich häufig als nicht so hilfreich erwiesen.

Was aber insgesamt wichtig ist, auch wenn wir jetzt die Diskussion um die Zahlen in der Pandemie und so was haben, ist das, was Herr Huster eben gesagt hat. Das würde ich gerne noch einmal betonen. Wir brauchen Strukturen. Das wäre auch etwas, was für die Zukunft aufgebaut werden müsste, und zwar jetzt Strukturen der wissenschaftlichen Politikberatung, die vielstimmig sind, die transparent sind, die gut organisiert sind, wo man dann auch mit so einer dynamischen Lage, wie sie in der Pandemie stattgefunden hat, Schritt halten kann. Dafür ist ja Wissenschaft da.

Wissenschaft ist immer ein Lernprozess. Am Beginn einer Pandemie wussten wir einiges, einiges wussten wir nicht. Dann wussten wir mehr. Dann haben wir gemerkt, das eine hat nicht funktioniert. – Wenn wir Begleitforschung gehabt hätten, hätten wir viel mehr Evidenz gehabt, um die Dinge zu verändern. Das heißt, wir müssen das als Lernprozess organisieren.

Das geht aber nur strukturiert – und das ist eine Aufgabe der Politik. Das kann man der Wissenschaft alleine nicht überlassen, zumal wir auch in der Wissenschaft Hierarchien haben; das haben wir in der Pandemie gesehen. Die Virologie hat da ziemlich gut abgeschnitten in der Hierarchie und an Aufmerksamkeit und Modellierungen, weil es auch technologisch und irgendwie fancy klingt; sie konnte auch einiges beitragen. Aber andere Wissenschaftsbereiche, die gerade auch in der akademischen Welt nicht so angesehen sind, zum Beispiel Sozialwissenschaften, zum Beispiel Kulturwissenschaften, geraten da unter die Räder. Die Medizin ist recht konservativ, sage ich als Mediziner. Da geht es dann eher um Biomedizin und klinische Fragen. Das heißt, gerade die, wo wir vielleicht ein bisschen Innovation und soziale Innovation sehen würden, haben es tatsächlich schwer in Deutschland. Ich glaube, da ist es Aufgabe der Politik, das systematisch zu organisieren und zu strukturieren.

Die Idee, dass zum Beispiel die Fachgesellschaften systematisch eingebunden werden, finde ich sehr gut – und eben auch die Zahlen, die existieren. Es geht ja nicht darum, dass man ein, zwei Studien einmal zitiert, sondern es geht wirklich um die Bewertung von Studien, den Vergleich von Studien. Evidenzsynthese, also das Zusammentragen von wissenschaftlichen Erkenntnissen, ist ein hochkomplexer Prozess. Es geht tatsächlich gerade in der Medizin nicht um ein, zwei Studien, die man dann einmal zitiert, sondern es ist ein hochkomplexer Prozess, an dem man sehr intensiv arbeiten muss. Und das muss organisiert werden. – Das wäre mein Abschlussplädoyer.

Herr Prof. **Dr. Stefan Huster**: Ich fange einmal an mit der Frage: War das, was in den Länderparlamenten gelaufen ist, nicht doch irgendwie gut oder vielleicht sogar sehr gut? – Ich will gar nicht behaupten, dass die Parlamente da irgendwie völlig aus dem Spiel gewesen seien oder so was. Das wäre auch gar nicht richtig. Es gibt gerade eine neue juristische Studie zum Bundestag; ich habe die auch zitiert: ein dickes Buch mit dem schönen Titel „Parlamentarismus in der Krise – Krise des Parlamentarismus?“. Die Antwort ist eigentlich ziemlich eindeutig Nein, dass das Parlament sich da irgendwie ganz gut gehalten hat.

Ich will nur auf zwei Dinge hinweisen, wo wahrscheinlich doch Verbesserungsbedarf besteht. Der eine Punkt ist, dass wir uns doch eigentlich alle relativ einig sind – darüber haben wir heute auch oft gesprochen –, dass bestimmte Interessen einfach nicht gut repräsentiert worden sind: Kinder und Jugendliche, vulnerable Gruppen, Familien usw. Da ist schon irgendwie relativ Einigkeit.

Die Frage ist: Warum ist das eigentlich so? Warum ist das passiert? Ich habe zum Beispiel gleich im März 2020 zwei Artikel geschrieben. In dem einen stand drin: Das wird nicht auf die Dauer gut gehen, dass ihr Kinder und Jugendliche mit dem geringsten Risiko in der Pandemie mit den härtesten Maßnahmen überzieht. Das wird nicht funktionieren. – Der zweite Artikel war: Ihr müsst mehr darauf achten, was die Maßnahmen für Leute in sehr unterschiedlichen sozialen Situationen bedeuten. – Das habe ich im März 2020 beides geschrieben, ist total versickert. Warum eigentlich? Das ist ja eine interessante Frage.

Eine meiner Thesen wäre, dass wir durch die Art und Weise der Beratung der Exekutive eben doch so einen gewissen Tunnelblick hatten. Insoweit würde ich mir da von einer stärkeren Rolle

der Parlamente doch etwas mehr Abbildung von gesellschaftlichen Interessen und Belangen versprechen.

Der zweite Punkt, auf den ich hinweisen will, ist, dass sich im Laufe der Pandemie schon im Jahr 2021 doch in vielen Bundesländern eine Entwicklung beobachten ließ, dass die Parlamente selbst gesehen haben, dass sie jetzt wieder mehr in die aktive Rolle reinkommen müssen. Viele Parlamente haben da zum Beispiel Informationsrechte gegenüber der Regierung verankert, einige sogar Vetorechte gegenüber den Rechtsverordnungen. Das heißt, die Parlamente selbst haben gesehen: Wir müssen sehen, dass wir hier wieder stärker ins Rennen kommen.

Wir haben schon 2021 dazu eine juristische Studie gemacht, wo wir uns das in der ganzen Bundesrepublik in allen Ländern angeschaut haben, geradezu in Tabellenform – Frau Kießling, die damals noch bei mir gearbeitet hat, war da auch beteiligt –, wo wir für alle Länder aufgelistet haben, was es da alles an Versuchen gegeben hat. Das war durchaus ganz eindrucksvoll, zeigt aber auch, dass da offensichtlich ein Defizit wahrgenommen wurde. Wie gesagt, ich will gar nicht die Parlamente beschimpfen oder so. Ich will nur sagen, da war ein strukturelles Defizit.

Das bringt mich jetzt zu der zweiten Frage. Wie schafft man es jetzt, diese Interessen besser abzubilden? – Bürgerräte wären in so einer Notsituation natürlich schwierig, das ist klar. Die Frage pluralistischer, besser zusammengesetzter Sachverständigenräte usw.: Ja, genau, den Vorschlag machen wir in gewisser Weise. Die Frage ist nur: Wer ist denn dann derjenige, der sich wirklich hinsetzt und einmal überlegt: Wen brauchen wir denn jetzt alles? – Da scheint mir so ein Krisenrat, der jetzt nicht speziell für Corona berät, sondern der generell einen Vorschlag macht: „Okay, jetzt ist Krise X, da brauchen wir wahrscheinlich folgende Leute“, irgendwie sinnvoll zu sein.

Denn, ehrlich gesagt, das ist ein Punkt, wo ich schon finde, dass die Politik da relativ versagt hat. Ganz schlimm ist das, wenn Sie Sachverständigengremien haben, die von unterschiedlichen politischen Stellen zusammengesetzt werden. Ich habe schon diese Evaluationskommission erwähnt: Das war jetzt Bundestag und Bundesregierung, und Bundestag dann noch gestaffelt nach Fraktionen; jede Fraktion hat einen hingeschickt. Und es hat keiner koordiniert. Wir haben hinterher ein Gremium mit 18 Leuten gehabt, von denen waren sechs Juristen und kein einziger Epidemiologe. Es hat halt keiner irgendwie daran gedacht, hat keiner vorgeschlagen, keiner hat das koordiniert.

So etwas sind leicht vermeidbare Fehler, würde ich sagen. Deswegen würden wir vorschlagen: Denkt euch irgendein Verfahren aus, dass das ein halbwegs rationaler Prozess ist, wie derartige Sachverständigengremien besetzt werden.

Zum Abschluss noch zur Frage nach dem Rechtsschutz. Darüber ist ja heute Morgen diskutiert worden. Ich bin gar nicht irgendwie kritisch gegenüber der Frage: Muss man da noch einmal über die Rechtsschutzmöglichkeiten nachdenken? Insbesondere, wenn Sie Beschränkungen haben, die unmittelbar im Gesetz stehen, wo Sie gar keinen Einzelvollzugsakt mehr haben, dann sind die Rechtsschutzmöglichkeiten sehr eingeschränkt.

Ich will nur sagen: Es ist grundsätzlich so, dass der Rechtsschutz in einer Notsituation immer irgendwie das Problem hat, das muss schnell gehen. Im einstweiligen Rechtsschutz lassen sich diese Tatsachengrundlagen nicht vollständig aufklären. Das heißt, ich befürchte, es gibt eine natürliche Grenze, an die man da irgendwie stößt. Nur das war mein Petikum. Das kann man sicherlich an der einen oder anderen Stelle verbessern. Aber mein Petikum ist nur: Die Hoffnungen, die man darauf setzen sollte, sind irgendwie überschaubar. Mehr will ich gar nicht sagen.

Vorsitzender: Ich frage nun in das Plenum, ob es weitere Nachfragen gibt. CDU-Fraktion? – Das scheint nicht der Fall zu sein. AfD? – Herr Richter.

Abgeordneter **Volker Richter:** Frau Prof. Dr. Blom, auch bei Ihnen möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Vorhin hieß es immer zu den Herren: schönen Dank. Ich sage zu den Herren und Damen schönen Dank dafür, dass sie hier sind und uns so beigestanden haben. Ich war vorhin etwas nervös; denn ich sehe hier Frau Prof. Dr. Blom. Ich schaute so in die Runde und habe gar nicht nach links geschaut. Entschuldigen Sie, ich habe das gar nicht mehr wahrgenommen durch die ganze Aufregung, die da war.

Ich habe zwei Fragen an Sie. Die erste bezieht sich auf Ihre erste Folie. Darauf stand der 28.02.2020 mit der „Einrichtung des Corona-Kabinetts“. Ich habe aber noch in Erinnerung, dass am 28.02.2020 der Gesundheitsminister Spahn gesagt hatte, Corona sei nicht schlimmer als eine Grippe. Das beißt sich für mich ein wenig. Wenn ein Corona-Kabinett zu diesem Zeitpunkt gebildet worden ist, dann sollte doch der Gesundheitsminister wissen, dass es vielleicht doch schlimmer ist; sonst hätte man das Corona-Kabinett nicht zu gründen brauchen.

Auf der Abbildung 2 – das ist meine zweite Frage – hatten Sie die Maßnahme „Mobiltelefone ohne Zustimmung orten“, und da hatten Sie in der Grafik auch etwas vermerkt. Das hat mich dann doch etwas verwirrt; denn es gab zwar die Corona-Warn-App, die im Juni 2020 oder so herauskam, aber da hätte man auch die Zustimmung gebraucht. Ich glaube, es gab da auch etwas von O₂, die da etwas gemacht hatten. Aber dazu hätte es, glaube ich, auch die Zustimmung gebraucht. Deswegen hätte mich da von Ihnen interessiert, wo diese Datenreihe herkommt und was dahintersteckt.

Herr Prof. Dr. Huster, zu Ihnen habe ich eine Frage. Sie haben gesagt, die Parlamente müssen gestärkt werden. Da bin ich absolut bei Ihnen; und ich bin auch bei Ihnen, was die Expertengremien angeht. Wir hatten damals eine Enquetekommission bilden wollen. Das wurde abgelehnt mit der Begründung, das hätte nichts gebracht. Ich glaube, es hätte sehr wohl etwas gebracht.

Das Problem an der Sache in den Parlamenten – vielleicht können Sie mir dazu eine Lösung sagen, ich habe keine – ist, dass es völlig egal ist, wer regiert. In der Regel ist es so, dass die Regierung am Ende des Tages zwar hört, was die Opposition sagt, sich aber nicht danach richtet. Damals war die SPD in der Opposition, und auch die FDP und wir. Da hat man sich oft darüber

beklagt, dass in den Expertengremien nicht die Leute dabei waren, die auch wir gern dabeigehabt hätten.

Ich möchte ein Beispiel nennen. Frau Prof. Dr. Guérot, ohne dass ich Ihnen jetzt zu nahetreten würde: Nach dem heutigen Tag wären Sie in so einem Expertengremium aufgrund der Regierung, die wir hier haben, wahrscheinlich nicht dabei. Das wäre schade, weil dann eine kritische Stimme fehlte.

Wie gehen wir mit so etwas um, wenn im Parlament im Prinzip die Regierung mehr oder weniger, ich sage es jetzt einmal ganz provokativ, macht, was sie will, und am Ende des Tages die Opposition zwar etwas sagen kann, aber das nicht weiter eingebunden wird? Auch wenn die Regierung jetzt sagen wird, so war es nicht – aber im Kern ist es so. Das würde mich interessieren, wie man da eine Lösung finden kann.

Vorsitzender: Gibt es weitere Fragen? Ich frage BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Das scheint nicht der Fall zu sein. SPD? – Das scheint auch nicht der Fall zu sein. FDP? – Auch nicht.

Dann haben wir jetzt drei Fragen. Zwei richten sich an Frau Dr. Blom, der ich dann auch als Erste das Wort gebe, und dann noch eine an Herrn Dr. Huster.

Frau Prof. **Dr. Annelies Blom:** Ich weiß nicht, ob ich die erste Frage gut beantworten kann. Die Information, dass am 28.02. das Corona-Kabinetts gebildet wurde, habe ich damals von der Webseite des Corona Kabinetts. Ob das stimmt, dass das damals schon war? Woran ich mich erinnere, ist einfach, dass alles sehr schnell gegangen ist. Aber wie das kam, das weiß ich nicht.

Sie hatten eine Frage zu einer Folie. Haben Sie die Folie vor sich, oder soll ich sie noch einmal zeigen? – Sie haben sie da. Okay, gut.

Es ist so, dass wir in der Studie grundsätzlich alles Mögliche gefragt haben, was uns damals eingefallen ist, was es an Maßnahmen geben könnte. Diese Maßnahmen waren damals noch nicht unbedingt im Gespräch. Als wir angefangen haben, zu fragen, ob es in Ordnung wäre, Ihr Mobiltelefon zu tracen, war diese Corona-Warn-App noch gar nicht im Gespräch. Das ist alles wirklich so schnell gegangen, dass das da noch gar nicht entwickelt worden war. Sie müssen sich daran erinnern: Wir haben drei Tage vor dem Lockdown angefangen. Da ging es noch nicht um so etwas. Wir haben damals einfach eine Frage entwickelt, die grundsätzlich darauf abzielt: Wie würden die Menschen darauf reagieren, wenn sie digital – „verfolgt“ ist, glaube ich, ein etwas komisches Wort in dem Kontext –, aber digital getrackt werden würden?

Das war eben die Art von Frage, die wir da gestellt haben. Mehr steckt nicht dahinter.

Herr Prof. **Dr. Stefan Huster:** Das ist tatsächlich eine interessante und wichtige Frage. Gerade als Jurist ist man immer schon relativ politiknah und ist da auch ein gebranntes Kind; denn

typischerweise wird man ja nur von denjenigen eingeladen und dann auch in den Anhörungen befragt, die den Verdacht haben, man wird da schon das Richtige sagen. – Heute übrigens nicht. Heute hat mich die FDP eingeladen. Das fand ich besonders charmant. Das ist eigentlich gar nicht so meine Truppe. Aber gut.

(Heiterkeit – Zuruf: Das spricht für Sie!)

Ich will nur sagen: Der Vorschlag, der gemacht worden ist, so etwas wie einen ständigen Krisenrat einzurichten, der sich dann in der jeweiligen Krise überlegt: „Welche Sachverständigen brauchen wir hier?“, und der dann auch zum Beispiel die wissenschaftlichen Fachgesellschaften anspricht, ist ja gerade ein Vorschlag, der dazu dienen soll, das Verfahren erstens rationaler zu machen, dass man dann auch wirklich diejenigen da hat, die man braucht, zweitens aber auch ein Stück weit zu entpolitisieren. Insoweit kommt das sogar irgendwie Ihrem Anliegen entgegen. Völlig unabhängig davon, ob ich die Meinung dann teile oder nicht, finde ich das auch manchmal irgendwie lustig, wie Beratungsgremien zusammengesucht werden. Hinterher wird gesagt, die Wissenschaft habe das so vorgeschlagen. Dabei weiß man schon vorher, wenn man sich das anschaut, was dabei herauskommen wird. Ehrlich gesagt, weigere ich mich auch meistens, in solche Gremien reinzugehen, weil mir das dann ein bisschen zu kindisch ist.

Ich sehe schon, ich habe an der Stelle das gleiche Unbehagen; und vor allem merkt das auch das allgemeine Publikum. Man verspielt dadurch wirklich Vertrauen in die Politikberatung. Da wäre ich auch dafür, das Verfahren eher von den aktuellen Mehrheitsverhältnissen unabhängig zu machen. Ich meine, Demokratie lebt nun mal auch von Mehrheit; das ist schon klar. Aber wenn man zum Beispiel so einen Krisenrat hätte, der jetzt sagen würde: „Wir haben die Fachgesellschaften gefragt, und wir haben gedacht, wir brauchen jemanden aus der Disziplin, aus der Disziplin, und benannt worden sind jetzt von den Fachgesellschaften der und der“, dann gerät jedenfalls eine Parlamentsmehrheit, eine Regierung, die sich dagegen wendet, erheblich unter einen Rechtfertigungsdruck. Damit wäre auch schon etwas gewonnen.

Vorsitzender: Ich frage, ob es weitere Fragen gibt. – Herr Bamberger, bitte schön.

Abgeordneter **Dirk Bamberger:** Ich möchte noch eines nachschieben. Ich habe mich vorhin tatsächlich bei der Sachverständigen Frau Prof. Dr. Blom nicht für ihre Teilnahme bedankt. Ich habe sie genauso übersehen. Entschuldigen Sie bitte, dass mir das passiert ist.

(Abgeordnete Esther Kalveram: Wir bedanken uns auch bei allen!)

Vorsitzender: Das hätte ich auch im Namen des Hauses gemacht. – Jetzt hat sich noch die AfD gemeldet. Herr Schenk, bitte schön.

Abgeordneter **Gerhard Schenk (Bebra)**: Ich möchte hier noch einen kleinen Beitrag dazu leisten. Frau Prof. Dr. Guérot, Sie genießen für meine Begriffe die höchste Hochachtung und Anerkennung für Ihren mutigen Beitrag, den Sie heute hier geleistet haben. Ich fand, das war eine Sternstunde in der Anhörung eines Ausschusses. Deswegen vielen Dank für Ihren Beitrag. Der kantische Imperativ hat dort wirklich Urständ gefeiert. – Das musste ich einfach einmal loswerden.

Jetzt hätte ich noch eine Frage an die Vertreter der Kirche. Wie konnte es geschehen, und warum wurden die Kirchen genau in dem Zeitraum mehr oder weniger zugesperrt, als die Menschen doch in der größten Not waren und eigentlich den Zuspruch gebraucht hätten? Ich will jetzt nicht ausführen, wie das im Einzelnen abgelaufen ist. Da sind Gottesdienste abgesagt worden, die Kirchen waren zugeschlossen. Es musste mit Maske gesessen werden, es wurde nicht mehr gesungen. Gottesdienst fand praktisch nicht mehr statt, genau in der Situation, wo man eigentlich doch Hilfe suchte.

Das irritiert mich insofern: Wenn man zum Beispiel im Evangelium nach Matthäus oder auch nach Lukas schaut, dann stellt man fest, dass Jesus damals genau das Gegenteil gemacht hat, als er die Leprakranken geheilt hat. Diese Berichte sind ja in der Bibel, die kennen Sie sicherlich.

Also, wie gehen Sie jetzt damit um, auch im Nachhinein? Wie arbeiten Sie das auf, ich würde sagen, aus meiner Sicht, dieses Versagen? Wird es aufgearbeitet, oder gibt es Lehren daraus, in Zukunft vielleicht doch etwas mutiger voranzugehen? Das wäre meine Frage dazu.

Vorsitzender: Ich habe jetzt noch eine Frage der SPD. Frau Kalveram.

Abgeordnete **Esther Kalveram**: Ich muss jetzt doch noch etwas sagen. Ich habe ja eben gesagt, wir bedanken uns bei allen. Nein, wir bedanken uns nicht bei allen. Und ich sage jetzt auch sehr deutlich, dass das, was hier heute passiert ist, aus unserer Sicht schon noch einmal aufgearbeitet werden muss. Die Frage, wie hier Anhörungen organisiert werden, dass bestimmte Menschen im ganzen Haus herumlaufen und Abgeordnete anpöbeln, all diese Dinge gehen unserer Auffassung nach so nicht. Das kann man so nicht machen.

Wir sagen übrigens auch, dass die Anzuhörenden jetzt nicht unter Rechtfertigungsdruck kommen müssen. Dafür sind sie nicht eingeladen. Das ist alles noch eine Frage, der wir uns stellen müssen. Es ist sehr spannend, dass wir jetzt sozusagen die Anhörung zur Aufarbeitung aufarbeiten müssen. Aber das ist nach dem, was hier passiert, wohl nötig. Vielleicht liegt es auch ein bisschen daran, dass die Pandemie noch nicht in der Form aufgearbeitet wurde, wie sie eigentlich aufgearbeitet werden muss.

Jetzt verbinde ich das Ganze doch noch mit einer Frage, und zwar an Frau Prof. Dr. Guérot. Ich habe eben einen Artikel über Sie gelesen, weil mich das interessiert hat. Da stand ganz deutlich drin, Sie sind geimpft, und Sie haben auch Werbung für Impfungen gemacht. Da wundert mich ein bisschen: Wann haben Sie denn für sich erkannt, dass das alles falsch war? Denn, wie gesagt, wenn man den Artikel liest, dann sieht man, für Sie war ganz klar, dass Impfung wichtig ist.

Vorsitzender: Ich gehe jetzt davon aus, dass es keine weiteren Statements und Fragen gibt.

Natürlich wird das aufbereitet werden, gar keine Frage. Ich denke aber, dass das Haus und auch die Mitarbeiter des Hauses, der Verwaltung, mit dieser Situation gut umgegangen sind.

(Beifall)

Dann habe ich eine Frage von Herrn Schenk an den Vertreter der Kirche, an Herrn Dr. Mencke, und eine Frage an Frau Guérot. In dieser Reihenfolge werde ich dann auch die Mikrofone freigeben.

Herr **Dr. Martin Mencke:** Herr Vorsitzender, Herr Schenk, Sie machen damit im Grunde genommen eine neue Beschäftigungsrunde auf, weil es viele Dimensionen sind, die Sie ansprechen. Die Kirchen haben sich natürlich in dem ersten Lockdown an die geltenden Regelungen zu halten gehabt und haben deswegen keine öffentlichen Gottesdienste gefeiert. Wir sind aber zur gleichen Zeit – das wird innerkirchlich sehr gut aufgearbeitet, und da sind positive Wirkungen bis heute spürbar – als Kirchen sehr stark alternativ unterwegs gewesen. In der Tat haben Präsenzgottesdienste nicht stattfinden können, aber innerhalb kürzester Zeit haben Seelsorgende den Kontakt über andere Wege gesucht und ihn auch gefunden.

Deswegen können wir uns dem Vorwurf an uns selbst nicht anschließen, dass die Kirchen in dieser Zeit nur noch schweigsam gewesen wären, sondern unter Berücksichtigung der Infektionslage ist das gestaltet worden, was unserer Meinung nach verantwortbar gestaltbar war.

Es gibt natürlich zahlreiche Untersuchungen und auch Veröffentlichungen darüber, wie sich Kirche da transformiert hat. Zur gleichen Zeit wissen wir natürlich auch, wie wir das als Bürgerinnen und Bürger möglicherweise alle wissen – ich glaube, das hat auch Jens Spahn gesagt –, dass wir uns danach möglicherweise viel verzeihen werden müssen, weil wir vielleicht manchmal nicht so gehandelt haben, wie wir es von heute aus tun würden. Aber das betrifft, glaube ich, alle Gruppierungen und Akteure in der Gesellschaft.

Vielleicht in dieser Kürze. Ansonsten müssten wir da noch sehr weit ausholen.

Frau Prof. **Dr. Ulrike Guérot:** Vielleicht ist es doch sinnvoll, dass ich jetzt einfach einmal sage, dass ich nicht AfD-Mitglied bin, obwohl jetzt jedem klar ist, dass ich von der AfD für diese Anhörung benannt wurde, und tatsächlich auch nicht AfD wähle, aber eine gute Demokratin bin und immer denke, dass man allen zuhört und dass Leute, vielleicht auch Leute, die diffamiert werden, manchmal recht haben, oder man vielleicht sogar annehmen kann, dass sie diffamiert werden, weil sie recht haben.

Ich wurde jetzt persönlich gefragt zur Impfung und zur Werbung, und wann ich skeptisch geworden bin; und ich kann Ihnen sehr präzise antworten. Ich habe nie Werbung für die Impfung gemacht. Ich war beruflich an der Universität Bonn. Ich wurde einmal in einer Sendung im

Deutschlandfunk gefragt, als ich sozusagen noch nicht sanktioniert wurde, ob ich geimpft bin, und leider hatte ich damals nicht die geistige Präsenz, in der Sendung zu sagen, dass das die Redakteurin nichts angeht, den „Spiegel“, oder wer auch immer das schreibt. Aber theoretisch würde ich sagen, es geht niemanden etwas an, ob ich geimpft bin; und wir hatten uns als Gesellschaft einmal darauf geeinigt, dass das so ist. Wir fragen auch nicht, wann Sie den letzten Geschlechtsverkehr hatten. Ich finde, es ist ganz wichtig, dass wir das noch einmal in Erinnerung rufen.

Wenn Sie mich fragen, wann ich skeptisch geworden bin, dann kann ich Ihnen das genau sagen. Das war am 19. Dezember 2019, also weit bevor das Geschehen angefangen hat. Da kam nämlich der Deutschlandfunk morgens um 7 Uhr mit einer Nachricht, in der vermeldet wurde, dass zwei Chinesen an einem unbekanntem Corona-Virus verstorben seien. Ich erinnere mich noch wie heute – weil Sie danach fragen –, dass ich meine Teetasse abgesetzt habe und mich gefragt habe: Warum erzählt mir der Deutschlandfunk inmitten von ganz vielen Nachrichten, dass von 1,4 Milliarden Chinesen zwei an einem Virus sterben? Das hat mich einfach skeptisch gemacht, weil ich gedacht habe, es ist keine Information wert.

Ab da hatte ich dieses Corona im Ohr, wie so eine Musik, und dann nahm diese ganze, sagen wir mal, Geschichte Fahrt auf. Ich erinnere mich sehr gut daran, dass wir Anfang Januar die Heinsberg-Studie angefangen haben, dass es dann das Dashboard gab, auch noch von der Johns Hopkins University, wo ich mich gefragt habe: Haben wir nicht zum Beispiel ein Statistisches Bundesamt in Wiesbaden, dass wir die Daten daher nehmen könnten?

Also, ich will Ihnen damit sagen, dass ich von Anfang an genau das hatte, was gute Wissenschaftler haben, nämlich eine begründete Skepsis. Wissenschaft ist ja nichts anderes, als dass Sie skeptisch sind und dass Sie sagen: Moment mal, das möchte ich noch einmal überprüft haben.

Daraufhin habe ich – und das ist, glaube ich, für Ihre persönliche Recherche über meine Person jetzt auch wichtig – im März 2022, also vor der Debatte über die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht am 22. April 2022, ein Buch geschrieben. Das Buch heißt: „Wer schweigt, stimmt zu“. Dieses Buch war Bestseller, ich habe es 80.000-mal verkauft. In diesem Buch habe ich damals, also im März 2020, genau das gesagt, was ich Ihnen heute gesagt habe, nämlich dass ich eine begründete Skepsis an dem gesamten Geschehen habe.

Der erste Satz von diesem Buch ist: „Die Gesellschaft begann, sich merkwürdig zu verhalten, und stieg in einen Zug, und ich bin nicht in diesen Zug eingestiegen.“ Das heißt, ich habe eigentlich nur geschaut, was die Gesellschaft macht. Ich bin sehr dankbar, dass Sie es gerade auch erwähnt haben, dass wir aus heutiger Sicht sagen können und müssen, dass die Gesellschaft sich merkwürdig verhalten hat.

Das wiederum habe ich versucht in meinem Vortrag deutlich zu machen. Ich habe versucht, den Zusammenhang herzustellen zwischen einem autoritären Übergriff staatlicher Institutionen, und den verbunden mit einem gesellschaftlichen Verhalten, wobei ich auch Wert darauf lege, dass ich auf niemanden mit dem Finger zeige, sondern nur versucht habe darzulegen, wie groß der

Konformitätsdruck war, dass sich praktisch niemand entziehen konnte. Jeder wurde gefragt, ob er geimpft ist oder nicht.

Die Leute haben tatsächlich, wie ich zum Beispiel, ihren Job verloren, wenn sie kritisch waren. Ich bin übrigens nicht die Einzige. Es sind 60 Professoren seit 2020 aus fadenscheinigen Gründen von deutschen Universitäten entfernt worden. Auch das ist übrigens im Moment anhängig im Europarat, und ich kann den Hessischen Landtag nur bitten, das ernst zu nehmen.

Vorsitzender: Frau Dr. Guérot, Sie haben die Frage beantwortet.

Frau Prof. **Dr. Ulrike Guérot:** Ich wurde danach gefragt, und ich habe sehr präzise – –

Vorsitzender: Gnädige Frau, jetzt rede ich. Sie haben die Frage der Abgeordneten ausreichend beantwortet. Sie müssen jetzt nicht noch einmal neu erzählen. Die Frage ist beantwortet. Vielen Dank.

Gibt es weitere Nachfragen? – Herzlichen Dank für die letzte Fragerunde. Ich danke den Sachverständigen auch in dieser Runde, auch wenn es zeitweise ein bisschen holprig war. Das liegt vielleicht auch an der Ernsthaftigkeit der Thematik.

(Wortmeldung des Abgeordneten Yanki Pürsün)

– Da gibt es einen Antrag zur Geschäftsordnung. Die Sitzung ist noch nicht geschlossen. Ich mache nur den Teil mit den Damen und Herren Sachverständigen, und dann habe ich auch noch eine erfreuliche Mitteilung für die Damen und Herren Abgeordneten.

In zweiter Linie möchte ich mich bei Ihnen bedanken, bei den Abgeordneten. Das war eine anstrengende Anhörung über zwei Tage – im positiven Sinne –, hat uns auch gerade zum Schluss noch etwas herausgefordert. Aber ich denke, wenn wir gemeinsam die Zusammenfassung machen, werden wir sehen, dass sich diese Anhörung gelohnt hat. Noch einmal herzlichen Dank an Sie, auch an die ganze Technik, die das hier zu bewerkstelligen hatte.

Jetzt komme ich noch zu den Mitgliedern des Hauptausschusses. Die erfreuliche Mitteilung ist: Am kommenden Mittwoch hätten wir eine reguläre Sitzung des Hauptausschusses. Wir haben dort so gut wie nichts auf der Tagesordnung, außer einem Gesetzentwurf der AfD. Die AfD hat signalisiert, dass sie den nicht jetzt besprochen haben muss, sondern dass sie das auch schieben kann. Wenn die Damen und Herren der anderen Fraktionen zustimmen, dann könnten wir diese Ausschusssitzung ausfallen lassen; denn ansonsten gibt es keine Punkte zur inhaltlichen Beratung. Höre ich Widerspruch? – Nein. Dann werden wir das so machen, und wir informieren die Obleute zeitnah, sofern sie nicht hier anwesend sind.

Herr Pürsün, Sie haben sich noch einmal gemeldet. Bitte schön.

Abgeordneter **Yanki Pürsün**: Herr Vorsitzender, ich hätte die Frage, ob schon feststeht, wie sich der Hauptausschuss in zukünftigen Sitzungen mit diesem Auftrag noch befassen wird.

Vorsitzender: Ich habe vor, am Rande des nächsten Plenums die Obleute genau dazu zusammenzurufen, zum einen um die geplante Polenreise noch ein Stück weit vorzubespochen. Die bedarf auch einer gewissen Vorbereitung, es sieht aber auch dort alles sehr gut aus. Wir haben dort eher das Problem, dass wir ausdünnen müssen. Nochmals vielen Dank an die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für den Hinweis auf das Polen-Institut. Wir wären auch darauf gekommen, aber vielleicht ein paar Tage später. Zum Zweiten sollten wir uns in der Tat darüber verständigen, wie wir jetzt weiter vorgehen – denn wir haben jetzt erfreulicherweise die drei Säulen abgearbeitet; wir müssen noch das Protokoll abwarten – und wie wir es zusammenführen, damit wir gute Handlungsempfehlungen daraus ableiten können, die wir dann der Landesregierung überreichen.

Vielleicht auch noch einmal für Sie: Das ist ja das Ziel, dass wir das, was wir von Ihnen gehört haben, auch gestern von den Kolleginnen und Kollegen, zusammenfassen und zum einen das Material der Landesregierung übergeben, aber daraus auch ein Exzerpt machen, wo wir sagen: Einstimmig, mehrheitlich, wie auch immer, kommen wir zu diesen und jenen Schlussfolgerungen. – So weit dazu.

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Sitzung und wünsche Ihnen allen einen guten Nachhauseweg und, sofern Sie im Wahlkampf sind, einen verletzungsfreien Wahlkampf, und auch den Zuschauerinnen und Zuschauern gutes Nachhausekommen. Ich danke Ihnen.

Wiesbaden, 30. März 2026

Für die Protokollierung:

Vorsitz:

Dr. Ute Lindemann

Holger Bellino

Anlagen

Anlage 1

Präsentation Prof. Dr. Annelies Blom:



COVID-Infektionsmaßnahmen:
Akzeptanz und sozio-ökonomische Folgen

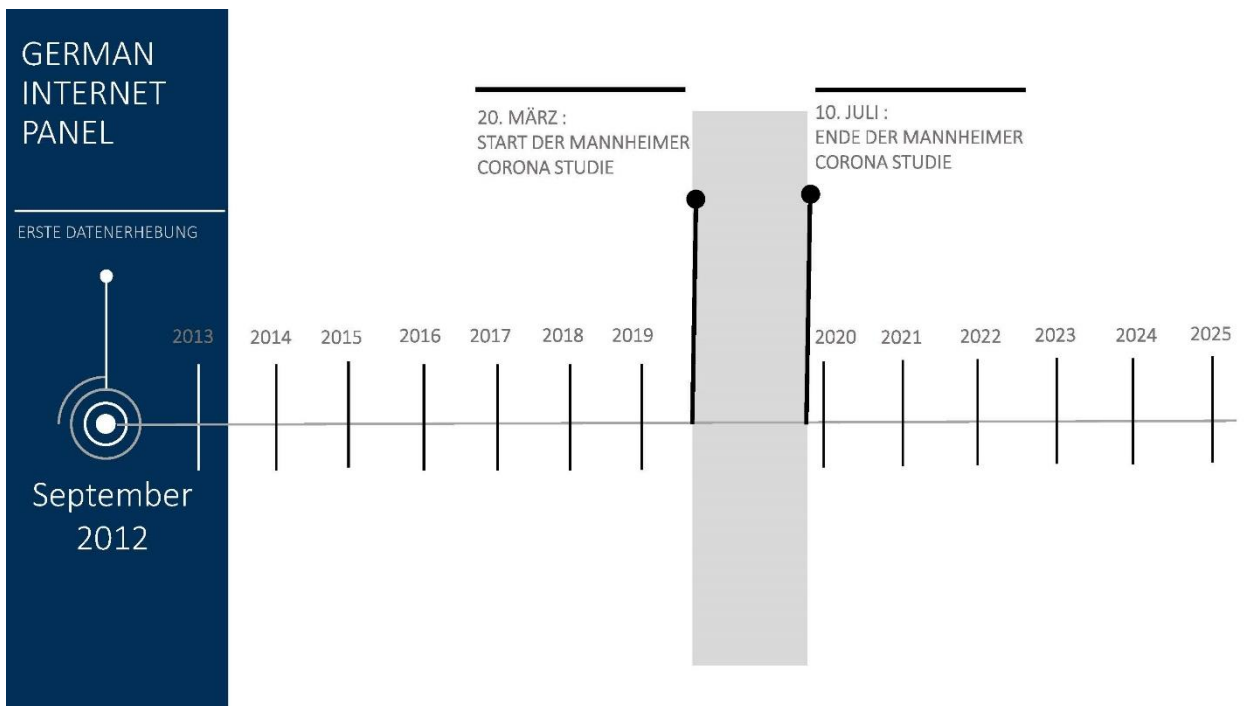
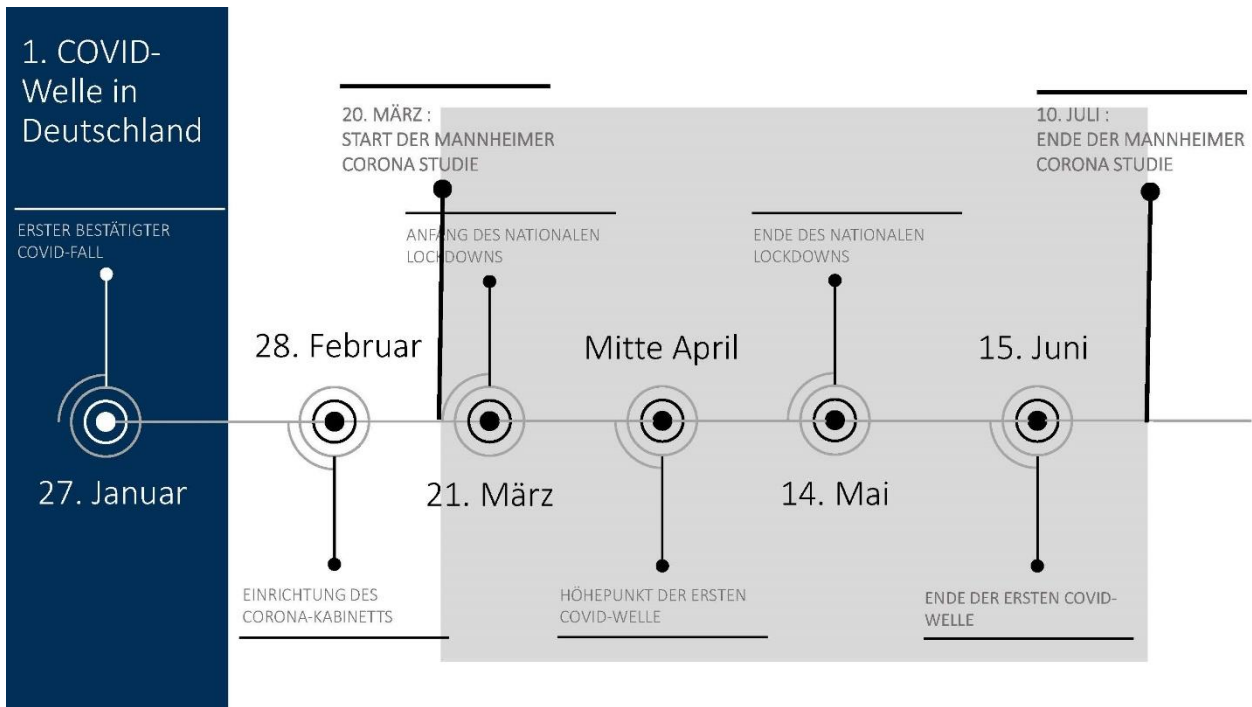
Prof. Dr. Annelies Blom

Universität Bremen

Leiterin der Mannheimer Corona Studie (2020)

Leiterin des German Internet Panels (2012-2022)

GIP und MCS: Hintergründe





Erkenntnisse

Soziale, politische und psychologische Konsequenzen der Maßnahmen

Naumann E., Möhring, K., Reifenscheid, M., Wenz A., Cornesse C., Rettig T., Fikel M., Friedel S, Krieger U. & Blom, A.G. (2020). COVID-19 policies in Germany and their social, political, and psychological consequences. *European Policy Analysis*, 6(3), 191–202

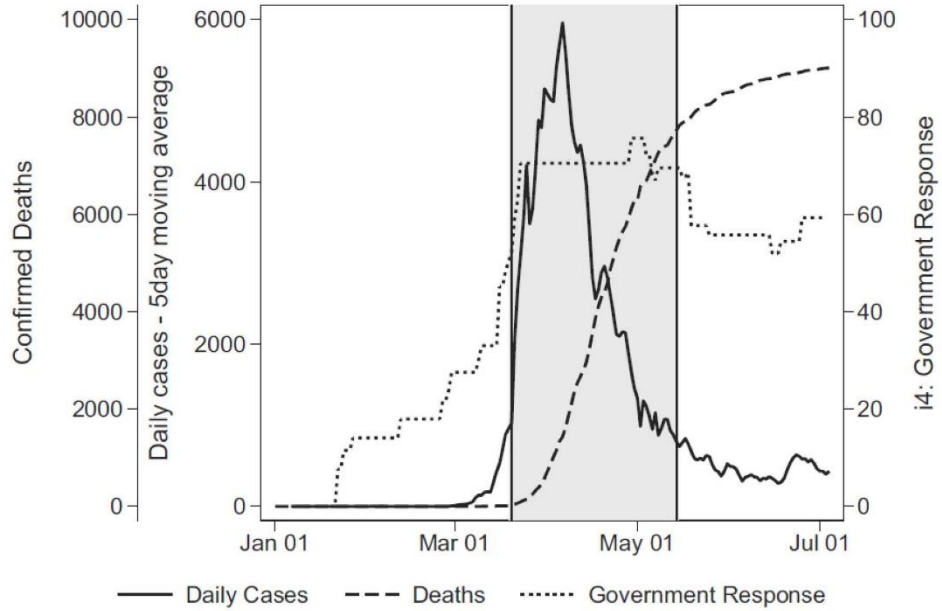


FIGURE 1 On infections, deaths, and government response in Germany, January 1, – June 30, 2020



FIGURE 4 Employment situation of the workforce in Germany—for different educational levels

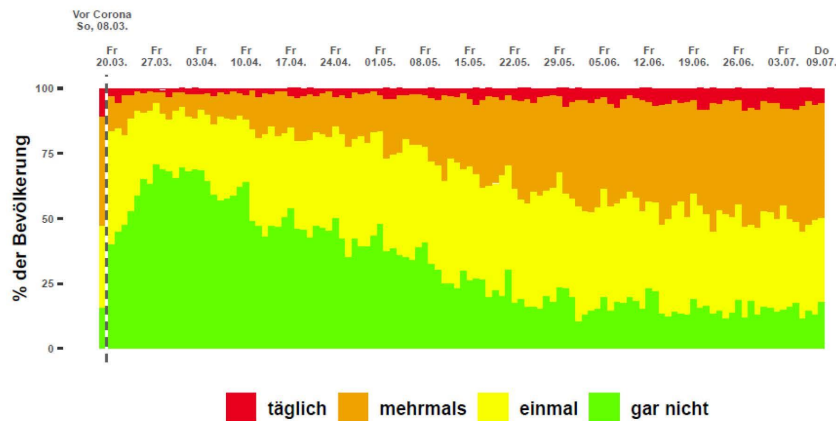


Akzeptanz der Maßnahmen

Blom, A.G., Wenz A., Cornesse C., Rettig T., Fikel M., Friedel S., Möhring K., Naumann E., Reifenscheid M., & Krieger U. (2020). Die Mannheimer Corona-Studie: Das Leben in Deutschland im Ausnahmezustand. Bericht zur Lage vom 20. März bis 09. Juli 2020

https://www.uni-mannheim.de/media/Einrichtungen/gip/Corona_Studie/10-07-2020_Mannheimer_Corona-Studie_-_Bericht_zur_Lage_in_den_Tagen_20_Mrz-09_Jul_2020.pdf

Abbildung 1: Häufigkeit von Treffen mit Freunden, Verwandten oder privat mit Arbeitskollegen pro Woche



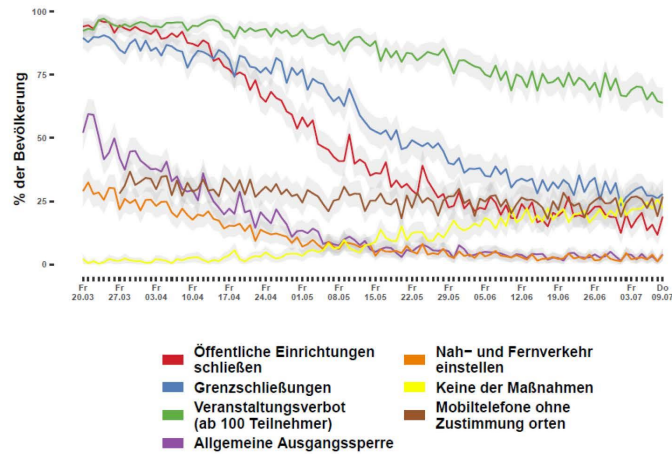
Anmerkungen zur Abbildung:

Fragetexte: Wie oft haben Sie sich in der Woche vom 2.–8. März, also in der Woche bevor die ersten Corona-Maßnahmen in Kraft traten, mit Freunden, Verwandten oder privat mit Arbeitskollegen getroffen? Und wie oft haben Sie sich in den vergangenen 7 Tagen mit Freunden, Verwandten oder privat mit Arbeitskollegen getroffen?

Antwortmöglichkeiten: gar nicht, einmal in dieser Woche, mehrmals in dieser Woche, täglich oder mehrmals am Tag, weiß nicht



Abbildung 2: Anteil der Bevölkerung, der bestimmte Maßnahmen am Tag der Befragung befürwortet

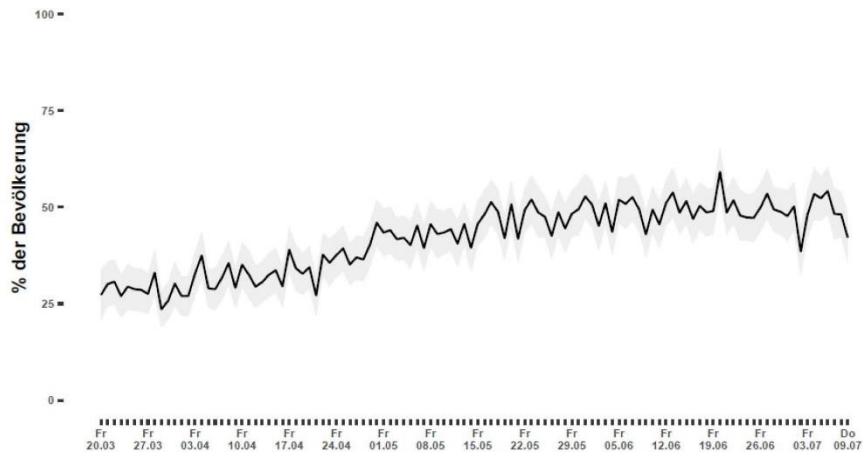


Anmerkungen zur Abbildung:

Fragetext: In Deutschland werden und wurden zur Eindämmung der Corona-Pandemie verschiedene Maßnahmen diskutiert und ergriffen. Wir möchten nun von Ihnen wissen, was Sie von bereits beschlossenen Maßnahmen als auch von möglichen zukünftigen Maßnahmen halten. Welche der folgenden Maßnahmen halten Sie in der heutigen Situation für angemessen?

Antwortmöglichkeiten: Schließung öffentlicher Einrichtungen (z.B. Universitäten, Schulen und Kindergärten), Schließung der Landesgrenzen für Reisende, Verbot von Veranstaltungen mit mehr als 100 Teilnehmern, Allgemeine Ausgangssperre, Einstellung des Nah- und Fernverkehrs, Ortung der Mobiltelefone von infizierten Personen zur Ermittlung von Kontaktpersonen ohne die Zustimmung der Beteiligten, Ich halte keine dieser Maßnahmen in der heutigen Situation für angemessen (Mehrfachnennungen waren möglich).

Abbildung 3: Anteil der Bevölkerung, der den wirtschaftlichen Schaden der Maßnahmen höher einschätzt als ihren gesellschaftlichen Nutzen



Anmerkungen zur Abbildung:

Fragetext: Ist momentan in Deutschland der wirtschaftliche Schaden, den die derzeitigen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie anrichten, größer als ihr Nutzen für die Gesellschaft, oder ist der gesellschaftliche Nutzen größer als der wirtschaftliche Schaden?

Antwortmöglichkeiten: 1 Der gesellschaftliche Nutzen ist größer als der wirtschaftliche Schaden – 7 Der wirtschaftliche Schaden ist größer als der gesellschaftliche Nutzen.



Abbildung 4: Beschäftigungssituation der Erwerbstätigen in Deutschland während der Corona-Krise

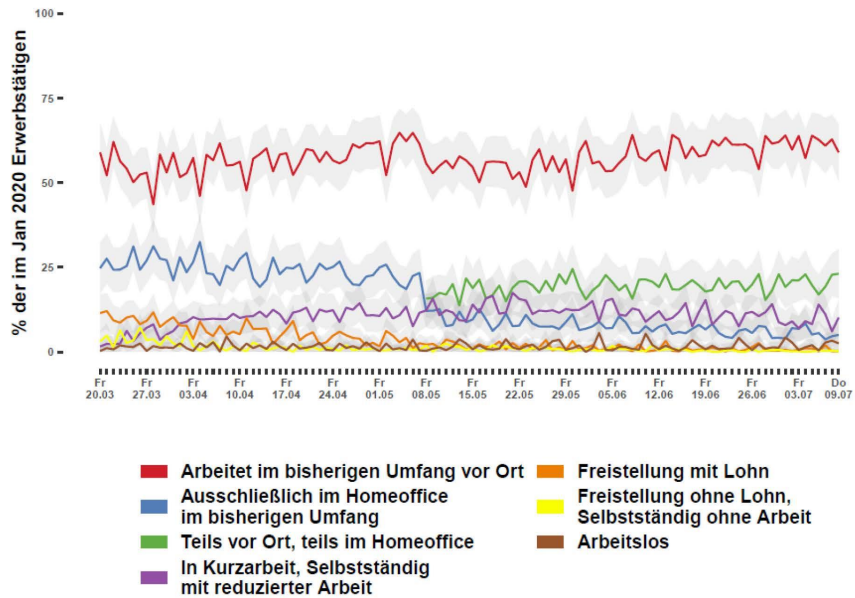
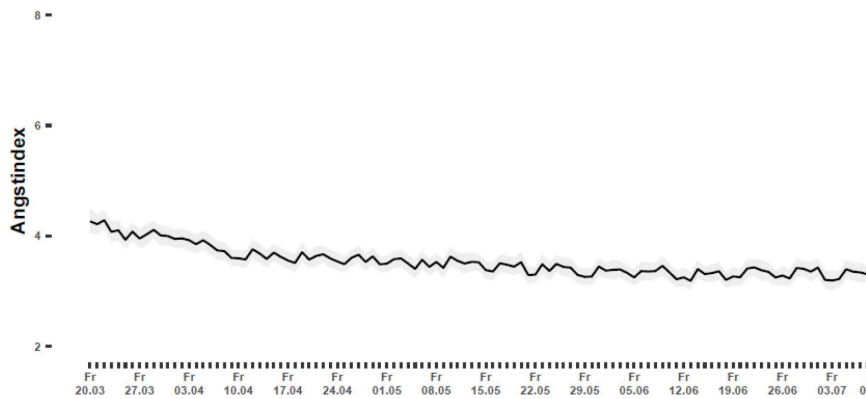


Abbildung 5: Gefühle der Angst im Verlauf der Corona-Krise



Anmerkungen zur Abbildung:

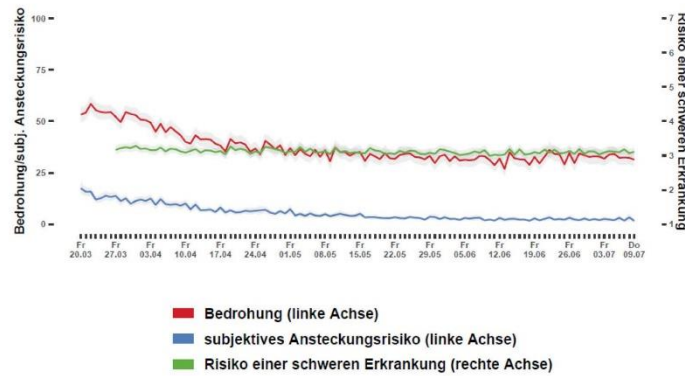
Fragentext: Im Folgenden finden Sie eine Reihe von Aussagen, mit denen Menschen sich selbst beschreiben. Bitte geben Sie an, wie sehr die jeweilige Aussage angibt, wie Sie sich jetzt in diesem Moment fühlen. Es gibt keine richtigen oder falschen Antworten. Überlegen Sie bitte nicht lange und denken Sie daran, diejenige Antwort auszuwählen, die Ihren augenblicklichen Gefühlszustand am besten beschreibt.

Zu bewertenden Aussagen: Ich bin besorgt, dass etwas schief gehen könnte, Ich bin nervös. Antwortmöglichkeiten: überhaupt nicht (1), ein wenig (2), ziemlich (3) oder sehr (4) entspricht.

Indexbildung: Die Antworten auf die zwei Fragen werden für jeden Befragten addiert, so dass sich ein Wert zwischen 2 (keine Angst) und 8 (sehr große Angst) ergibt.



Abbildung 6: Bedrohung, Ansteckungsrisiko und Risiko einer schweren Erkrankung im Verlauf der Corona-Krise



Anmerkungen zur Abbildung:

Bedrohung:

Fragetext: Inwiefern empfinden Sie die Corona-Virus-Pandemie als Bedrohung für sich selbst?

Antwortmöglichkeiten: Überhaupt keine Bedrohung für mich (0) – Extreme Bedrohung für mich (100)

Subjektives Ansteckungsrisiko:

Fragetext: Nun interessiert uns für wie wahrscheinlich Sie es halten, dass Sie oder Personen, die Ihnen sehr ähnlich sind, sich in den nächsten 7 Tagen mit dem Corona Virus anstecken. Denken Sie dazu bitte an 100 Personen, die Ihnen sehr ähneln, also z. B. im gleichen Alter sind, ähnliche Vorerkrankungen haben, in derselben Gegend wohnen, einem ähnlichen Beruf nachgehen und einen ähnlichen Lebensstil haben wie Sie. Was denken Sie, wie viele von diesen 100 Personen, die Ihnen sehr ähnlich sind, werden sich in den nächsten 7 Tagen mit dem Corona Virus anstecken?

Risiko einer schweren Erkrankung:

Fragetext: Angenommen Sie erkranken am Corona-Virus. Für wie wahrscheinlich halten Sie es dann, dass Sie schwer erkranken, so dass Sie im Krankenhaus behandelt werden[müssen]?

Antwortmöglichkeiten: Auf keinen Fall (1) – Auf jeden Fall (7)

Mentale Gesundheit und Gesundheitsverhalten

Mata, J., Wenz A., Rettig T., Reifenscheid, M., Möhring K., Reifenscheid M., Krieger U., Friedel S., Fikel M., Cornesse C., Blom, A.G., & Naumann E. (2021). Health behaviors and mental health during the COVID-19 pandemic: A longitudinal population-based survey in Germany. *Social Science & Medicine*, 287, 114333

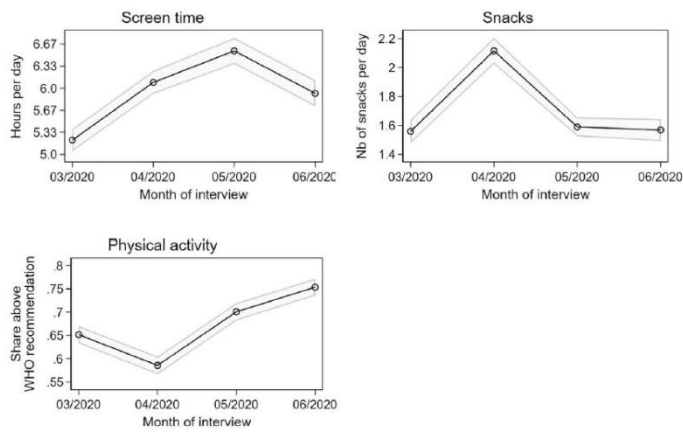
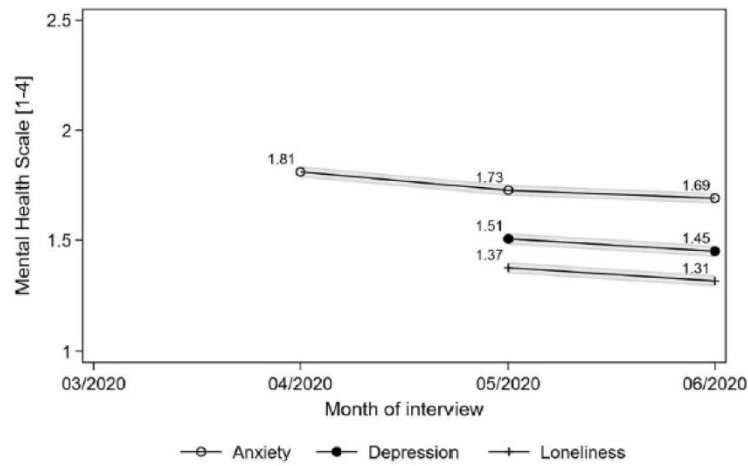


Fig. 3. Changes in health behaviors before and during the lockdown (estimates from multilevel regressions with adjusted values that take changes in control variables in account). Note. Grey shading shows 95% confidence intervals. Nb = number; WHO = World Health Organization. Estimates are adjusted values based on multilevel models with continuous control variables set to their mean values.

Corona Warn App

Blom, A.G., Wenz A., Cornesse C., Rettig T., Fikel M., Friedel S., Möhring K., Naumann E., Reifenscheid M., & Krieger U. (2021). Barriers to the Large-Scale Adoption of a COVID-19 Contact Tracing App in Germany: Survey Study. *Journal of Medical Internet Research*, 23(3), e23362

Aus 100 Personen hätten 56 die App installieren, korrekt ausführen und sich an die Empfehlungen der App halten müssen.



Aus 100 Personen hätten 56 die App installieren, korrekt ausführen und sich an die Empfehlungen der App halten müssen.



Aus 100 Personen hätten 56 die App installieren, korrekt ausführen und sich an die Empfehlungen der App halten müssen.





Fazit

- Die MCS hat viele Erkenntnisse geliefert.
täglich
detailliert
repräsentativ
zur allgemeinen Bevölkerung im Alter von 17-87
- Die Erkenntnisse wurden direkt mit der Öffentlichkeit geteilt.
zusätzliche Analysen für das BMAS
Weiterleitung in das Corona-Kabinett
- **Andere sozio-ökonomische Daten zur allgemeinen Bevölkerung gab es zu diesem Zeitpunkt nicht.**
- Dass es die MCS überhaupt gegeben hat, war großer Zufall.
bestehende Datenerhebung des GIP
ein finanziell gut aufgestellter Sonderforschungsbereich
hochengagierte Projektmitarbeiterinnen
Niemand im Projektteam hatte kleine Kinder.



Um **in Zukunft** auf eine ähnliche Krisensituation vorbereitet zu sein, braucht Deutschland

- eine **langfristige Dateninfrastruktur**,
- auf Basis einer **Zufallsstichprobe**,
- die das Leben der Bevölkerung abbildet,
- die **schnell** auf externe Schocks **reagieren kann**,
- und fähige Personen, die **auf Abruf Mehrarbeit** leisten können.

Anlage 2

Präsentation Prof. Dr. Ulrike Guérot:



